

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Bezugs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insekt- und Gebühre betr. für die fünfzehnjährige Periode oder deren Rest 20 Pf. für Berlin und Veranlassung: Anzeigen 20 Pf. Insekte für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 31. Januar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

### „Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

### „Die Neue Welt“.

Es ist die Pflicht eines jeden Parteigenossen, für die Weiterverbreitung des Zentralorgans der Partei nach Kräften thätig zu sein. Das unser Blatt in bezug auf politische Dinge vortrefflich informiert und häufig in der Lage ist, Nachrichten zu bringen, die keinem anderen Blatte zur Verfügung stehen, das ist allseitig anerkannt.

Ueber dem politischen und wirtschaftlichen Teil werden aber die lokalen Vorkommnisse Berlins keineswegs vernachlässigt. Die Besprechungen unserer Kommunal- und Angelegenheiten sowie die ausführlichen Berichte über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung bringen den Leser in die Lage, die Erscheinungen auf diesem wichtigen Gebiet des öffentlichen Lebens genau zu verfolgen. Der lokale Teil des „Vorwärts“ verzeichnet alle Begebenheiten des Tages und giebt ein getreues Bild des Vereins- und Versammlungslebens, welches in Berlin besonders starke Wellen schlägt.

Ebenso widmen wir dem Feuilleton die größte Aufmerksamkeit. Jetzt veröffentlichen wir einen Original-Roman aus der Gegenwart: „Clotilde“, von S. W. von Walthausen, der in einer deutschen Residenzstadt spielt und tiefe Blicke in das Leben der „guten Gesellschaft“ thun läßt.

Den neuen Abonnenten wird der bereits gedruckte Anfang dieses höchst spannenden Romans gratis nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

**2,20 M. für die Monate Februar und März**

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1896 unter Nummer 7277.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

### Weltpolitik.

Es ist etwas Berausches in dem Gedanken an Kolonien, ja in dem bloßen Wort. Die Phantasie wird entseelt und sie baut wunderherrliche Lustschlösser und Fata-Morgana-Landschaften. Der Lust, der Zauber, die Romantik der Tropen, so wie wir von Jugend an sie uns vorgestellt, nehmen unsere Sinne gefangen und überwältigen den Verstand. So erklärt sich der Tropenfieber, der nur eine, und zwar die roheste Form des Kolonialdeliriums oder Kolonialfiebers ist, von dem nur wenige, mit Kolonien praktisch oder auch bloß theoretisch in Verbindung stehende Menschen verschont bleiben. Es ist, wie wenn der Gedanke an Kolonien eine hypnotische Wirkung hervorbrächte, den Geist einschläfert, die Einbildungskraft von allen Schranken der Ueberlegung befreit, die Urtheilskraft lähmt, die Größenmasse verschöbe, das Traumleben an die Stelle des wirklichen setzt.

An die Geschäfts-Kolonialfrage denken wir hierbei gar nicht, denn bei ihnen weiß man nicht, wo die Grenze ist zwischen ehrlichem Wahnsinn und profitgieriger Berechnung. Wir denken an solche Opfer der Krankheit, die über den Verdacht persönlicher Interessenpolitik erhaben sind. Zum Beispiel an einen Mitarbeiter der sonst in diesem Punkt sattefester „Frankfurter Zeitung“, der, unter Zustimmung der Redaktion, jüngst allen Ernstes ausführte, daß in einem Krieg zwischen England und dem Deutschen Reich alle Vorteile auf Seiten Deutschlands seien, weil wir Deutsche den Engländern ungeheuren, die Engländer uns Deutschen gar keinen Schaden zufügen könnten. Und ähnliches ist während der letzten Wochen in der deutschen Presse tausendmal gesagt worden. Man greift sich an den Kopf. Wie ist es möglich, so aberwitziges Zeug als politische Weisheit auf den Markt zu bringen.

Wir sollen England ungeheuer, die Engländer uns gar nicht schädigen können! Zugegeben, daß die Engländer keine Armee an unserer Küste landen können; zugegeben, daß unsere Küstenverteidigung und unsere Flotte im Stande sind, eine Beschießung und Zerstörung unserer Küsten- und Hafenstädte zu verhindern. Allein was soll aus unserer Handelsmarine werden? Was aus unserem

Seehandel? Was aus unseren Kolonien? Die Uebermacht der Engländer zur See ist so groß, so erdrückend, daß vier Wochen nach Ausbruch des Krieges kein deutsches Schiff auf dem Meer schwimmen, keine der jetzt deutschen Kolonien noch die Reichsflagge tragen würde. Oder glaubt man, daß irgend eine unserer Kolonien auch nur eine Woche lang den Streikkräften widerstehen kann, die England spielend heranschaffen könnte? Und was können wir den Engländern zum Schaden thun? Nichts! So lange wir noch keine Luftflotte haben, die 300 000 deutsche Soldaten aus den Wolken auf die englische Erde herabfallen läßt, sind wir unfähig, den Engländern ein Haar zu krümmen, ja ihnen auch nur zu Leibe zu gehen.

Loch ein anderes Bild. Einen noch interessanteren Fall von Kolonialdelirium — der schlimmsten aller Kolonial- und Tropenkrankheiten.

Die „Grenzboten“, ein wirklich konservatives Organ, nicht bloß ein „sogenanntes“, das heißt ein Blatt, das sich längerer Zeit redlich bemüht, „staatsverhaltend“, also auch reformatorisch zu wirken — denn wer Reformen, durchgreifende Reformen bekämpft, ist kein Staatsverhalter, sondern ein Staats- und Gesellschafts-Umschwärzer — und das sehr häufig über brennende Fragen sich in einer Weise ausgesprochen hat, der wir unsere Anerkennung zu zollen hatten — die „Grenzboten“ haben in ihrer Januarnummer unter der Ueberschrift: „Weltpolitik“ einen „Weltreich“ zu werden, und zu diesem Behufe „Weltpolitik“ zu treiben, welche „Weltpolitik“ darin besteht, daß wir, statuten der „Mann im Mond“ vorläufig noch nicht zu „depossessionen“ ist, auf diesem unserm harten Erdball „hier unter dem wechselnden Mond“ unser Zukunfts-Weltreich einfach zusammenrauben. Ja zusammenrauben. Und ist das nicht einfach? Man höre nur:

Nachdem der „Weltpolitiker“ uns von Türkenloosen, Portugiesen und anderen ausländischen Werthpapieren unterhalten und die nicht ganz neue Klage ausgestoßen hat, daß binnen wenig Jahrzehnten Millionen aus Deutschland ausgewandert sind, und daß diese Millionen, die, wie die ausgewanderten Engländer ein größeres England, so ein größeres Deutschland hätten errichten können, jetzt für das deutsche Vaterland politisch und wirtschaftlich verloren sind (wogegen sich beiläufig manches einwenden ließe), begiebt er sich auf die Suche nach dem deutschen Weltreich. Und wer sucht, — der findet. Unser Weltpolitiker entdeckt, daß wir, abgesehen von den afrikanischen Kolonial-Schattenbildern an der Wand, die er gebührend nichtachtet, thatsächlich schon sehr werthvolle Kolonien haben. Und jetzt lassen wir ihn selbst sprechen:

Giebt es denn nicht schon deutsche Kolonien, wo sich Arbeiter und Kapital gefunden haben? O ja, abgesehen von den Tropen, wo ein Unternehmer immer nur wenige europäische Koyfarbeiter beschäftigen kann, giebt es solche z. B. in Südamerika. In Brasilien giebt es deutsche Dörfer, deutsche Ackerbaukolonien. Aber, sagen die Konsuln und das auswärtige Amt, die sind doch verloren! Es ist sehr traurig, daß Deutsche dorthin gehen, um über kurz oder lang dort zu verwelken. Denn retten können wir sie doch nicht! Wir können nichts gegen das internationale Recht! Mit Verlaub: das sind diplomatische Zwirnsfäden, noch leichter zu zerreißen als juristische. So mag die russische Regierung reden, die an der Kolonisation des eignen Landes genug Arbeit hat, oder die französische, die froh sein muß, wenn keiner auswandert. Eine Regierung aber, wie die deutsche und englische, muß aggressive Kolonialpolitik treiben. Die Russen und die Franzosen haben große Flotten und treiben aggressive Kolonialpolitik. Warum? Vielleicht aus Uebermuth, denn nöthig haben sie es nicht. Die Deutschen haben keine große Flotte, und ihre Regierung treibt eine recht schwächliche Kolonialpolitik. Warum? Weil sie ihre Pflicht nicht kennt, oder vielmehr, weil ihr vom Volke wunderlicherweise die Mittel zur Erfüllung ihrer Pflicht vorenthalten werden. Denn es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der deutschen Regierung, aggressive Kolonialpolitik zu treiben. Stauen sich Wassermassen und gefährden bebauete Felder, so lassen sie von den Behörden im öffentlichen Interesse in Bahnen geleitet werden, wo sie Ergen bringen. Auch wo sich Volkswaffen, die nach Land schreien, gefährlich anstauen, da müssen die Staatsleiter sie wegschaffen, aber nicht irgend wohin, sondern dahin, wo sie der Gesamtheit nützen.

Es ist nicht gleich Krieg nöthig und Eroberung, wenn man solche Kolonien schaffen will. Man braucht zu den Hauptstaaten nur so zu sagen: Wir sind hier und wollen hier bleiben. Uns gebührt die Erde so gut wie euch, und hier gilt Krieg auch im Frieden. Wir wollen auch nicht unversiehlbar werden und unter euren Gesetzen leben, sondern nur bedingungsweise. Eure Regierungen sind nicht ehrlich, eure Gerichte sind beschlich. Wir sind das nicht gewohnt. Unser Mutterland verlangt, daß wir nach unseren Ansprüchen behandelt werden. Somit sind wir nicht durchaus eure Mitbürger, sondern auch noch deutsche Reichsbürger. Wenn dann ein Deutscher vor ein ausländisches Gericht kommt, so sagt der Konsul nicht: Warum geht Du in dieses Land? sondern er handelt wie jener englische Konsul in Mittelamerika, von dem vor einigen Jahren folgende Geschichte durch die Zeitungen ging: Ein Engländer war in einer mittelamerikanischen Republik vor die Schranken des Gerichts ge-

kommen und wurde zum Tode durch die Kugel verurtheilt. Zeit es nun, daß das Urtheil ungeschiedlich oder zu wenig war, jedenfalls stellte sich der englische Konsul mit seinem ganzen Einfluß vor den Verantwortlichen. Auf die Republikaner machte das keinen Eindruck. Da telegraphirte er nach London. Die Republikaner beschleunigten als Antwort den Tag der Hinrichtung; der Tag erschien, die Soldaten waren aufmarschirt und harzten des Kommandos. Da erschien auch der englische Konsul, warf dem Missethäter die englische Flagge über Kopf und Brust und rief: Kill him, but don't hurt the english flag. Ja Du überzeugt, wir haben auch solche Konsuln.

Wir brauchen ein Auswärtiges Amt, das nicht bloß nach dem Loch in den Vogesen starrt und nach den russischen Wäldern, sondern das an den Küsten aller Ozeane Aufgaben für die deutsche Politik sieht, das die deutschen Auswanderer dahin leitet, wo sie Unternehmung mit deutschem Kapital finden, das auch die deutschen Privatkolonien für seine Kinder ansieht, für deren Seiden es zu sorgen hat, auf die Gefahr hin, daß sie eines Tages z. B. in Südamerika den unsfähigen Spaniern das Revolutionshandwerk legen und — abhängig oder unabhängig vom Reich — deutsche Ackerbaukolonien werden. Wie leicht das geschafft werden kann, mag eine zweite Geschichte zeigen. Im Süden Brasiliens liegen Gruppen von deutschen Dörfern, die in den Bürgerkriegen der spanischen Abkömmlinge leidlich verschont geblieben sind. Vor einigen Jahren geschah es doch einmal, daß Regierungstruppen in ihre Nähe kamen, nicht als Feinde, sondern geleitet von den guten Quartieren. Keiende Boten und Feuer-signale vom bedrohten Orte sorgten dafür, daß in den benachbarten Dörfern die freiwilligen Feuerwehren, in Deutschland gebiente Leute und ihre Aeltern, schlüssig alarmirt wurden und sich auf den Marsch nach dem Signalort begaben. Unterdessen war dort die militärische Macht angekommen — sagen wir eine Brigade, die wir aber etwa auf das Drittel einer deutschen schätzen dürfen, mit zertrümmertem Schutzwert, zerlumpt und verhungert. Doch verlangt ihr „General“ vom Schulzen Lebensmittel, Kleidungsgeld und Quartier zunächst für eine Woche. Der Schulze macht ihn darauf aufmerksam, daß morgen mit den frühesten die Feuerwehren so und so vieler deutschen Dörfer hier sein würden, ausgeübte deutsche Soldaten, gut beritten und gut bewaffnet. Er thäte darum gut, seinen Truppen strengste Manneßucht zu empfehlen. Außerdem würde der Ort nur so und so viel Lebensmittel liefern und wünsche die Regierungstruppen nicht länger als eine Nacht in seinen Fluren zu sehen. Dies mit dem nöthigen Nachdruck vorgetragen, wirkte. Am andern Morgen zogen die Soldaten ganz betrübt, aber friedlich von dannen, ohne die Bekanntschaft mit der deutschen Feuerwehre gesucht zu haben.

Eine solche Kolonialpolitik in allen Ozeanen ist natürlich nicht ohne Schiffe möglich. Wer in dem fogen. Völkerkongest gehört werden will, muß zuweilen mit dem Säbel rasseln können. Die deutsche Flagge über dem Haupte des Konsuls hat wenig Achtung, wenn sie nicht auch im Hafen über einigen schwimmenden Kanonen weht. Haben wir denn aber Schiffe?

Die Deutschen können sehr wohl den Engländern z. B. Hongkong nehmen. Angenommen, der deutsche Handel in Hongkong mache jetzt ein Zehntel des englischen aus, so kann er in einigen Jahrzehnten sechs Zehntel ausmachen. Dann ist eben Hongkong deutsch mit oder ohne deutsche Flagge, und es ist eine Leichtigkeit, die deutsche Flagge nicht nur aufzupflanzen, sondern auch zu halten. Unser Handel wächst schneller als der englische, der französische aber geht zurück.

Da es zunächst nur zwei Völker giebt, die zugleich Kapital- und Menschenüberschuß haben, so giebt es auch nur zwei Völker, die sich um die freie Erde und um die Herrschaft über die Meere streiten müssen: die Deutschen und die Engländer. Die Deutschen scheinen das nicht zu wissen, sonst hätten sie doch eine größere Flotte. „Also mehr Geld für die Marine, weiter will er nichts!“ sagen der Fortschrittlermann und der Sozialdemokrat. Jawohl! sage ich dem Fortschrittlermann. Aber das wird sich bejahen lassen, zwar nicht gleich, aber später, und nicht nur für den Fiskus, sondern auch für den Einzelnen. Das gehört zu den laux frais der heutigen Weltwirtschaft. Die Marine gehört zu den Mitteln, die jeder deutsche Produzent heututage gegen den auswärtigen Konkurrenten nöthig hat; haben wir erst eine Flotte und treiben wir Kolonialpolitik, dann wird das deutsche Volk nicht mehr hunderte von Millionen an Portugiesen und Argentinier verlieren, sondern wird sein Geld deutschen Unternehmern anvertrauen, und je mehr deutsche Unternehmungen es im Ausland giebt, um so weniger drückend wird die Ueberproduktion im Inlande sein.

Den Arbeitern aber sage ich: tun ras agitur, um eure Zukunft handelt es sich. Hier in dem überfüllten Deutschland mag das Kapital euer Feind sein. Rückwärts drückt es euren Lohn auf das niedrigste Maß, um seinen Werth zu haben, versucht euch zu Parias zu machen, mit denen der Gebildete nichts mehr gemein hat (wogegen wir ja Gott sei Dank zwei gute Schutzmittel haben: Volksschule und Deet). Das mag hier so sein, aber drauhen ist es anders. Dort ist der einfachste deutsche Arbeiter mindestens ein gelernter Arbeiter. Arbeitsmittel und Arbeiter sind dort keine Feinde, sondern dort sucht das Kapital Arbeiter, lohnt reichlich und giebt Gewinnantheil. Aus dem Dienenden wird dort leicht ein Herr.

Nun, Herren wollen die deutschen Arbeiter nicht werden, sie wollen freie Menschen sein — Niemandes Herr und Niemandes Knecht.

7) Tödtet ihn, aber verkehrt nicht die englische Flagge



auf die Weltpolitik unseres „Grenzboten“ - Zukunftsstaatsmannes. Wir stellen brasilianische Kolonien. Schade nur, daß das nicht so leicht ist. Die brasilianische Republik läßt sich nicht gutwillig Provinzen abnehmen. Und die Vereinigten Staaten würden in einem derartigen Fall mit der Monroe-Doktrin blutigen Ernst machen. Und die übrigen Kolonien, die wir rauben sollen, werden ebenfalls vertheibigt werden, und sämtlich von Mächten, die uns zur See überlegen sind. Aber das ist's ja! Wir brauchen eine große Flotte, damit wir uns mit den Engländern um die Herrschaft über die Welt schlagen können. Leider kostet eine große Flotte ein großes Stück Geld. Dreihundert Millionen Mark her! schreien unsere Kolonialsezer. Oh, Ihr seid zu bescheiden — hängt eine Null dran — und eine genügt einmal für die Flotte nebst den nöthigen Baueinrichtungen — damit könnt Ihr in 20 Jahren ungefähr so weit sein, wie die Engländer heute sind. Und werden die Engländer die zwanzig Jahre lang schlafen?

Genug — und zu viel schon. Da ist nichts zu kritisieren, da ist bloß zu konstatieren. Und dieser Aberwitz, der vor den Irenen gehört, nennt sich Weltpolitik. Gewiß, es giebt eine Weltpolitik. Aber, wenn wir nicht ungesunde Ausgebirgen der Kolonial-Fieberphantasie so bezeichnen wollen, hat keine der alten politischen Parteien in Deutschland eine Weltpolitik und kann keine eine Weltpolitik haben. Denn für die Gründung eines großen, über die verschiedenen Erdtheile sich ausdehnenden Welt- und Raubreichs (oder „Raubstaats“, wie unser neuester Herr Reichskanzler in einem Anzuge von Selbstpersiflage es nannte) nach Art des antiken Römerreichs und der beiden modernen Gegenfüßler: des britischen und des russischen Weltreichs, ist heutzutage kein Platz mehr. Bei der Theilung der Erde sind wir Deutsche, wie Schiller's Poet, der ein guter Deutscher war, zu spät gekommen — und das war ein Glück für uns. So brauchen wir die unvermeidliche Auflösung und Zerreißen der Weltreiche, die mit oder ohne blutigen Kladderadatsch eine sehr unangenehme Sache ist, nicht am eigenen Leibe durchzuführen.

Freilich, es giebt auch ein Weltreich der Zukunft, aber es erobert nicht mit Flinten und Kanonen, nicht mit der Windthorst'schen Bibel in der einen und der Wörmann'schen Schnapsflasche in der anderen Hand — es kämpft mit geistigen Waffen und kennt die Gewalt nur zur Abwehr; statt Ketten zu schmieden, bricht es die Ketten, in denen Jahrhunderte, Jahrtausende lang die Völker geschmachtet — es bringt nicht Knechtschaft und Ausbeutung, sondern Freiheit und Schutz gegen Elend und Unrecht und Unwissenheit.

Dieses Weltreich, welches sich vorbereitet und die übrigen Reiche der Welt — kleine, große und sogenannte Weltreiche — auffaugen, angliedern, erobern wird, ist die internationale Gemeinschaft der Sozialdemokratie, und die einzige Partei in Deutschland, die wirkliche Weltpolitik treibt, ist die deutsche Sozialdemokratie.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 30. Januar.

**Aus dem Reichstage.** Heute gab bei dem Etat des Reichsamts des Innern der Posten: „Behörden für die Untersuchung von See-Unfällen — Ober-See-Amt“, Anlaß zu lebhaften Debatten. Unser Genosse Mehger beleuchtete die schon in früheren Sessionen von unseren Vertretern zur Sprache gebrachten Schäden und Mängel im Schiffsfahrwesen. Es war eine wichtige Aulagerede, die er hielt: die unumgängliche Behandlung der Matrosen, namentlich der Kohlenjäger und Heizer, die unzulängliche Besatzung vieler Schiffe, die mangelnde Kontrolle, die Beiseiteschiebung der Matrosen und Arbeiter wenn es gilt, Untersuchungen anzustellen: — nichts wurde vergessen. Das Beweismaterial, welches Mehger dem Reichstage unterbreitete, war geradezu erschreckend, und speziell schwer belastend für den Bremer Lloyd. Die beiden „Schiffahrts-Interessenten“ des Hauses: Jeben, Rbeder und Mitglied der See-Verusgenossenschaft und Frehe, Abgeordneter für Bremen und persönlicher Freund des „Lloyd“ („der Lloyd bin ich!“ sagte einst stolz der „Lloyd-Meier“, weiland angesehener Vertreter Bremens im Reichstage) traten pflichtschuldigst unserem Genossen entgegen und suchten den Glauben zu erwecken, daß kein Engel so rein ist wie die deutsche Rbederei im allgemeinen und der Bremer Lloyd im besonderen.

Webel antwortete und kam bei dieser Gelegenheit wieder auf den Fall der „Elbe“ zu sprechen. Er zeigte, daß allerdings manches faul gewesen sei an Bord des Schiffes und daß keineswegs die ganze Schuld des Zusammenstoßes auf seiten der englischen Kohlenbarke „Grathie“ gewesen sei. Zu Wasser und zu Lande seien die Interessen des Kapitals maßgebend, die Stimme der Arbeiter würde nicht gehört. Und wo einer für die Interessen der Arbeiter eintrete, werde er gemahregelt. Medner erzählte hier die skandalöse Ausweisung des Oesterreichers Steiner aus Bremen, bloß weil derselbe ihm Material über Mißstände im Schiffswesen gegeben habe. Herr von Wötticher, der nach Webel sprach, suchte die Ausweisung ins Väterliche zu ziehen — „wir haben genug Agitatoren im Lande, und brauchen keinen Import dieser Waare, eher könnten wir einige ausführen“; er erklärte aber, mit der Ausweisung habe er nichts zu thun gehabt — was an das Sprichwort erinnerte: qui s'excuse s'accuse — wer sich entschuldigt, klagt sich an. Nach dem Staatssekretär ein freiwilliger Regierungskommissar und Lloyd-Anwalt: der Juristritter Lenzmann, der seinem Freund Frehe auf Grund eines einmaligen Besuchs in Bremen bezeugte, daß die Lloydsschiffe prachtwoll eingerichtet seien, daß alles wunderbar klappe, und daß die Sozialdemokraten stark übertrieben. Von Mehger wurde ihm dafür tüchtig gebient. Unser Genosse hielt nicht nur alles aufrecht, was er in seiner ersten Rede gesagt, sondern brachte noch eine Fülle neuen Materials vor, über die unumgängliche Behandlung an Bord der Schiffe, über die Straflosigkeit der Schiffskapitäne, selbst wenn Anklagen auf beste substantiirt sind, über die Verdrängung von Einheimischen beim Heizerdienst u. s. w. durch Farbige. Herr Frehe machte den unglücklichen Versuch, letzteres als pure Humanität hinzustellen — für Europäer sei die Beschäftigung gesundheitswidrig heiß, was von Mehger schlagend durch den Hinweis auf die kaiserliche Marine widerlegt ward, in der keine Farbigen verwandt werden.

Webel erwiderte dann in längerer Rede auf die Ausführungen des Herrn v. Wötticher. Er stützte sich in betref-

der „Elbe“ auf das amtliche Protokoll der Verhandlungen des Seeamtes, und konstatierte hinsichtlich der Ausweisung Steiner's, daß er — Webel — am 14. Februar vorigen Jahres den Namen vertraulich dem Herrn Staatssekretär des Innern genannt habe, und daß schon am folgenden Tag der Name bekannt gewesen sei. In Zukunft wird man sich also vor „vertraulichen“ Mittheilungen an Behörden zu hüten haben. Es wirft dieser lehrreiche Vorgang beiläufig ein seltsames Licht auf die Entrüstung gegen den „Vorwärts“, weil derselbe „vertrauliche“ Kundgebungen von Behörden nicht unter den Scheffel stellt. Nach einer staatsmännischen Rede des Windthorst-Wachmeisters Lieber, der als freiwilliger Regierungskommissar und Lloyd-Anwalt Nr. 2, den Kollegen Lenzmann noch zu übertrumpfen sich bemühte, und nach einigen kurzen Bemerkungen Mehger's an die Adresse der beiden freiwilligen Regierungskommissare und Lloyd-Anwälte wurde die Debatte durch die Majorität geschlossen, — sie hatte Grund, eine Fortsetzung zu scheuen.

Morgen Rest der heutigen Tagesordnung.

**Das preussische Abgeordnetenhaus** bot am Donnerstag bei der Berathung des sogenannten „Lehrerdotations-Gesetzes“ ein Bild holder Eintracht. Zwei Minister, die sich in ihren Reden nicht nur nicht widersprachen, sondern sogar gegenseitig mit Lobreden überhäufte, sind ein so seltener Anblick, daß ein Angehöriger der staatsbehaltenden Parteien sich nicht genug daran weiden kann. Herr Miquel, der am Mittwoch bei Beginn der Berathung des landwirthschaftlichen Etats das Haus verlassen hatte, wahrheitsgemäß mit seinem Kollegen Hammerstein mit etwaigen Angriffen der Agrarier häßlich allein fertig werden zu lassen, hielt heute bis zum Schluß der Sitzung an der Seite seines Kollegen vom Kultusministerium, Dr. Boffe, aus und griff gelegentlich zu dessen Unterstützung selbst in die Debatte ein. Miquel wollte sich offenbar dem Kultusminister gegenüber dankbar erweisen, weil dieser in der Begründung der Vorlage die Freigabe des Finanzministeriums lobend hervorgehoben hatte, der einmal in einer schwachen Stunde seine Hand nicht fest genug auf den Geldbeutel gehalten hat und den wirklich bedürftigen Volksschullehrern ein wenig entgegengekommen ist. Daß das was den Lehrern geboten wird, nicht ausreicht, ist bei der bekannten Thatsache, daß der heutige Staat nur für Militär und ähnliche kulturfreundliche Zwecke Geld übrig hat, selbstverständlich. Die Schule, nach Herrn Boffe's Ausspruch das „kostbarste Juwel in der preussischen Krone“, wird heute trotz ihrer Kostbarkeit so flüchtig wie möglich behandelt. Die Debatte verlief äußerst ruhig. Das Zentrum, die Konservativen, Freiservativen und Polen stimmten der Vorlage im allgemeinen zu und erhoben nur gegen einzelne Punkte Bedenken. Während die Reden der Konservativen und des Zentrums bei dieser Gelegenheit dem Wunsch nach einem allgemeinen Volksschulgesetz „auf christlicher Grundlage“ (bedeutend Angelegenheit) Ausdruck gaben, warnte der freiservative Abg. Tschoppe davor, in der heutigen Zeit, wo die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ihren Höhepunkt erreicht hätten, ein solches Gesetz einzubringen. Dasselbe würde nur derjenigen Partei zu gute kommen, die sich über den Zwisch der staatsbehaltenden Parteien freut, um selbst desto ungestörter ihre Maulwurfsarbeit vollenden zu können.“ Eine ablehnende Haltung gegen das Gesetz nahm nun der nationalliberale Abg. Seyffardt ein, weil dadurch die großen Städte gegenüber dem platten Lande zu sehr benachteiligt würden. Dieser Einwand gab Herrn Miquel Gelegenheit, die agrarische Tendenz des Gesetzes zu bekräftigen. Da die großen Städte besser gestellt seien, als das platte Land, so müßten sie auch zu den Kosten in erhöhtem Maße herangezogen werden. Eine wie große Verwüstung der Nothland in den Köpfen der armen Agrarier hervorgerufen hat, beweist die Thatsache, daß die Junker den Worten Miquel's, wenn es der Landwirtschaft gut ginge, ginge es auch der Industrie gut, lebhaften Beifall spendeten, aber die nöthige Schlussfolgerung, wenn es der Industrie gut ginge, hätte auch die Landwirtschaft Vortheil davon, mit Widerspruch und Lachen aufnahmen. Nach dieser Kraftprobe weist wohl niemand mehr an den Nothstand der Agrarier — wenigstens in geistiger Beziehung. Am Freitag wird die Bedeutung fortgesetzt.

**Ministerkrisen-Gerüchte** durchschwimmen die Luft und die „liberale Korresp.“ giebt sie wieder. Es wird angeknüpft an den Artikel der „Hamburger Nachrichten“ zu Kaisergeburtstage, in dem der Fürst Bismarck dem Monarchen eine größere Freiheit in der Wahl seiner Minister wünschte, und die Welt der Ministerien wird flott getrieben zwischen Vorho v. Gulemburg, der als preussischer Ministerpräsident ein neues Sozialistengesetz schaffen soll, und dem in den weitesten Kreisen unbekanntem Grafen v. Wartensleben, der Kanzler werden soll; als seinen Konkurrenten bezeichnet man auch den Fürsten Haffeld-Trachenberg. Auch von Rücktrittsplänen des Herrn Dollmann, des Staatssekretärs im Reichs-Marine-Amt wird gesprochen. Bedeutung hat diese Kanngießerei für uns gar nicht, da es uns im grunde ziemlich gleichgültig sein kann, ob wir eines Tages unter Hohenlohe's oder eines anderen Mannes Ministerium erwachen.

**Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** In der zweiten Nummer der neugegründeten „Deutschen Juristen-Zeitung“ sagt der Verfasser der juristischen Rundschau, Rechtsanwalt Dr. Staub:

In unserer Maltsprechung nehmen die Majestätsbeleidigungs-Prozesse in besorgniserregender Weise überhand. Selbst der preussische Justizminister hat diese Thatsache angegeben und betont die Verfolgung so vieler „unberlegter Majestätsbeleidigungen“ bedauert. Ein solcher Zustand giebt zu denken, und es erscheint durchaus erwägenswerth, wenn von mancher Seite angeregt wird, die Verfolgung der Majestätsbeleidigung von der Ermächtigung des Justizministers oder des Reichskanzlers abhängig zu machen. Warum soll dem Träger der Krone verlag sein, was kein Privatmann missen möchte: die Freiheit, selbst zu erwägen, ob eine Äußerung im Stande ist, seine Ehre zu verletzen, und selbst zu bestimmen, ob der Beleidiger verfolgt werden soll oder nicht? Würde es auch der Würde des Staatsoberhauptes nicht entsprechen, ihm persönliche Antragstellung zuzumuthen, so würde doch die Einhaltung einer Ermächtigung bei seinem ersten Veräther ein empfehlenswerther Ausweg sein.

**Chronik der Majestätsbeleidigungen.** Aus Mainz schreibt unser Korrespondent unterm 27. d. M.: Vor den Schranken der Strafkammer des hiesigen Landgerichts stand heute der aus Marienwerder gebürtige hier wohnhafte Bierwirt Rudolf Pauly, angeklagt der Majestätsbeleidigung. Pauly und dessen Frau fanden im Juli vorigen Jahres vor dem Schöffengericht wegen Mißhandlung ihres Dienstmädchens und wurden beide zu je 15 M. Geldbasse verurtheilt. Pauly gerieth über das Urtheil in Zorn und schrieb an das Polizeiamt einen Brief, worin er den Saubermann Pfeil der falschen Zeugenaussage beschuldigte und verlangte, derselbe solle die Hälfte der Gerichtskosten bezahlen. Dies führte ihn vor die Strafkammer, welche ihn wegen Beamtenebeleidigung und Expressionsverwechslung acht Tage Gefängnis verurtheilte. Infolge dieses Urtheils gerieth Pauly aufs neue aus Rand und Band und schimpfte weidlich auf die Polizei und auf den Kaiser. Als er später mit seinem Dienst-

mädchen Discrepanzen bekam, entließ er dasselbe plötzlich, worauf ihn dieses wegen Majestätsbeleidigung zur Anzeige brachte. Auch in der heutigen Verhandlung blieb das Mädchen bei seiner Aussage unter Eid, während der Angeklagte alles bestritt. Der als ärztlicher Gutachter vernommene Kreisarzt Dr. med. Waller bezeichnete den Angeklagten für einen hochgradigen Alkoholisten, der, weil er glaubte, daß ihm Unrecht geschehen, an jenem Tage in eine so heftige Aufregung gerathen sei, daß er seiner Sinne nicht Herr und nicht im Stande gewesen, die Tragweite seiner Worte zu erwägen. Das Gericht nahm die Schuld des Angeklagten als erwiesen an, trotz des schlechten Lemundes der Denunziantin, auf deren alleinige Aussage sich die Anklage stützte, sprach ihn aber dennoch auf Grund des ärztlichen Gutachtens frei und legte der Staatskasse die Kosten zur Last.

Die schwarze Liste, die der „Münchener Post“ zugeweiht ist, hat folgenden Wortlaut:  
Nr. 981. Ansbach, 29. September 1891.

Präsidentium  
der L. b. Regierung von Mittelfranken.

Betreff: Anhänger und Förderer  
der sozialdemokratischen Partei,  
hier deren Eintritt in die Armee.  
(Mit 1 Beilage.)

Unter Bezugnahme meiner Zuschrift vom 17. September 1891, Nr. 1831, beehre ich mich ein Verzeichniß jener im Jahre 1891 im Reg.-Bez. Mittelfranken angehobenen Mannschaften, welche als der Sozialdemokratie angehörig und bezw. der Theilnahme an sozialistischen Bestrebungen als verdächtig von der betreffenden Behörde bezeichnet wurden, zur geneigten Kenntnisaufnahme und weiter bemessenen zuständigen Verfügung ganz ergebenst zu übersenden.

(gez.) Jenetti.

Nr. 4273. I. München, 8. Oktober 1891.  
Gegenwärtiges zirkulirt (gegen Wiedervorlage) gemäß G.-K.-V. v. 1. ds., Nr. 10621 und D.-K.-O. v. Heutigen, Nr. 8819, für Kenntnisaufnahme beim 1. Infanterie-Regiment und bei den unterstellten Bezirkskommandos.

Die 1. Infanterie-Brigade:  
(gez.) v. Bomhard,  
Generalmajor.

Nr. 4681. München, 4. Oktober 1891.  
Gegen Wiedervorlage den Bataillons-Kommandeuren für vorläufige Kenntniß.

Der Regiments-Kommandeur:  
J. B.  
(gez.) Wolf,  
Oberstleutnant.

Die „Beilage“ bezw. das „Verzeichniß“ hat folgende Ueberschrift:

Verzeichniß  
der im Jahre 1891 im Regierungsbezirk Mittelfranken angehobenen Rekruten, welche der Theilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen verdächtig sind.  
(I. Armee-Korps.)

Die Beilage enthält das Verzeichniß von 18 „Verdächtigen“ mit genauen Angaben von Heimath, Stand, zukünftigem Truppentheile u. s. w. Sehr feinsinnig ist, wie schon in unserer Privatdepeche vom Mittwoch gemeldet war, die Unterscheidung der Grade für die Verdächtigkeit der zukünftigen Vaterlandsverteidiger. Das vorliegende Listen-Exemplar unterscheidet z. B.: „Der sozialdemokratischen Gesinnung verdächtig“; „Neigung zur Sozialdemokratie“; „Anhänger der Sozialdemokratie“ und endlich „Notorischer Sozialdemokrat“.

Schon im Jahre 1893 hat übrigens der bayerische Kriegsminister v. Asch unserem Genossen v. Dollmar gegenüber das Bestehen solcher schwarzen Listen freimüthig eingeräumt und dabei erklärt, daß keine Veranlassung bestehe, die Einforderung von Mittheilungen aufzuheben. Ein besonderes Geheimniß werde daraus nicht gemacht und darum sei es auch nicht „gegen das Prinzip der Offenheit, die sonst in der Armee herrschen soll.“ In Preußen hat man über die Veröffentlichung militärischer Aktenstücke allerdings anscheinend andere Anschauungen.

Eine neue Abgabe an die „Christlich-Sozialen“ enthält die „Konservative Korrespondenz“; es heißt da: „Von gegnerischen Blättern werden einige Aufsätze in der „Pommerschen Reichspost“, die auch von der Zeitung „Das Volk“ zur Unterstützung ihrer gegen die konservative Partei gerichteten Angriffe herangezogen worden sind, als im Zusammenhang mit der Parteileitung der pommerschen Konservativen stehend bezeichnet. Wir sind demgegenüber zu der Erklärung ermächtigt, daß die pommersche konservative Parteileitung den erwähnten Artikeln, insonderheit auch der Forderung, einen allgemeinen konservativen Parteitag einzuberufen, fernsteht, und daß sie die Tendenz jener Äußerungen auf das entschiedenste mißbilligt.“ Und worin bestand diese so entschieden gemißbilligte Tendenz? Eigentlich nur in etwas Mitleid mit dem allerärmsten Elende des frohnden Volkes und in einer leisen Mahnung an die Mächtigen im Lande, sich auch der sozialen Pflichten zu erinnern, die ihnen ihr Besitz und ihre Stellung auferlegt. Aber solchen Ton verträgt eben das Ohr der „sogenannten“ Konservativen nicht.

Die Stellung der Privatdozenten an den deutschen Universitäten. Herr Prof. Dufour hat die Liebe, welche ihm sein bedachtigtes Gutachten über die Regelung des Rechtsverhältnisses der Privatdozenten seitens einer Reihe von Universitätslehrern eingetragen hat, nicht ohne den Versuch einer Erwiderung auf sich sitzen lassen wollen. Seine Auslassungen finden sich im 16. Heft der „Akademischen Review“. Wir beachtlichen nicht, uns in den Streit der gelehrten Herren zu mischen, wollen vielmehr abwarten, bis die in Aussicht gestellte Vorlage der Regierung bekannt geworden ist, — daß eine solche längst geplant wird, bestätigt auch Hirsch. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß jede ministerielle Disziplinargewalt über die Privatdozenten geeignet ist, die kümmerlichen Reste von Freiheit der Wissenschaft zu gefährden; die einzig zuträglichste Art der Regelung der zur Zeit bei verschiedenen Universitäten verschiedenen Rechtsverhältnisse dieser unbesoldeten Vertreter der Wissenschaft an den Universitäten ist die völlige Befreiung aller ministeriellen Nachbesorgnisse.

In dem Mlanbuch über Armenien, dessen wir gestern schon erwähnten, ist ausdrücklich festgestellt, daß die Armenier der angrenzenden Theile waren und von dem Agitator Pomparum Bonapau zu offenen Feindseligkeiten aufgereizt wurden. Dieser Agitator ist aber ein russischer Agent. Das Mlanbuch stellt ferner fest, daß die armenischen Grenz nach weitaus größten Theil erjunden worden sind und daß die Zahl der wirklich



Cyber dieses durch russische Forderungen veranlaßten Bürgerkrieges wenig klein ist verglichen mit den Opfern europäischer Bürgerkriege, z. B. dem französischen des Jahres 1871, der nicht nur hundert, sondern zehntausend „Rebellen“ das Leben kostete. —

Gegen die Buren veröffentlicht die „Times“ einen äußerst heftigen Artikel, in dem sie dieselben beschuldigen, die Grenzen ihres Landes ausdehnen zu wollen, ihre äußeren Angelegenheiten der Kontrolle Englands zu entziehen, gegen die Umländer nicht loyal gehandelt zu haben und gegen die Einwohner Grausamkeiten verübt zu haben. Die Anschuldigungen in dieser allgemeinen Form beweisen natürlich gar nichts und haben nur den einen Zweck, die öffentliche Meinung zu Gunsten des Freiweilers Jameson zu bearbeiten. Immer mehr und mehr wird dieser „Held“ für das offizielle England reklamiert, das damit aber selbstverständlich auch die Verantwortung für seine Thaten übernimmt. Die aber zu tragen, dürfte selbst für die rücksichtslosen englischen Diplomaten schwer werden. Die Burenregierung hat ihrerseits eine Proklamation erlassen, die schwere Anschuldigungen gegen die englische Reformpartei erhebt. Die Verbreitung des Gerüchts: es sei die Absicht der Regierung, die Wägen zu schließen und die Arbeiten in den Bergwerken sistieren zu lassen, wird als ein politischer Kniff bezeichnet, durch den die Unzufriedenheit unter den Kapitalisten sowohl wie unter der Arbeiterbevölkerung genährt werden solle. Die Regierung versichert im Gegenseite hierin: es sei ihr ernstes Verlangen, der Bergbauindustrie jeden ertrocknen Schuß angedeihen zu lassen und sie die Garantien für die Beschaffung eingeborener Arbeitskräfte.

### Deutsches Reich.

Die neue Zuckersteuer-Vorsage ist dem Vernehmen nach bereits von dem Ausschuss für Handel und Gewerbe des Bundesrates im Entwurf beraten und zu einem endgültigen Beschluß gebracht worden. —

Der Gerichtsstand der Presse. Gegen die zur Zeit von den deutschen Gerichten beliebte Auslegung des § 7 der Strafprozeßordnung, daß zwar mit der Ausgabe einer Druckschrift ein eventuelles Vergehen vollendet sei, dasselbe aber überall da fortgesetzt werde, wo die Druckschrift zur Kenntnis des Publikums gelange, und Strafverfolgung daher auch im Bezirk jedes Gerichts eintreten dürfe, in welchem eine derartige Fortsetzung des vollendeten Vergehens festgestellt werde, richtet sich eine Petition des Vereins „Deutscher Presse“ an den Reichstag. Es heißt darin:

Wir können die Wichtigkeit dieser juristischen Konstruktion, welche einen ambulanten Gerichtsstand der Presse schafft, nicht anerkennen, wie sie denn auch in juristischen Fachkreisen von namhaften Rechtsverständigen, sowie von einzelnen Gerichtspräsidenten bestritten ist. Da sie sich aber auf rechtswissenschaftliche Grundsätze zu stützen vorgibt und in der Praxis, wie eine Reihe von rechtskräftigen Entscheidungen verschiedener Gerichte darthut, in immer weiterem Umfange Geltung zu gewinnen droht, so macht sich gebieterisch die Nothwendigkeit geltend, durch einen Akt der Gesetzgebung die Presse in ihrem guten Recht zu schützen.

Daß namentlich der Zustand der Tagespresse, welcher politischen Richtung sie auch angehören mag, ein unerträgliches, der Presse wie der Rechtsprechung gleich unzulässiges, wenn Zeitungen nicht nur bei dem zuständigen Gericht des Aufgabensortes, an dem sich die verantwortliche Redaktion befindet, sondern im ganzen Bereich ihres Vertriebs nach dem Belieben einer jeden Anklagebehörde strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, bedarf keiner weiteren Ausführung. Jede Partei hat bereits Gelegenheit gehabt, in ihren Organen sich über eine derartige, offenbar der Absicht des Gesetzes widersprechende Erweiterung des Gerichtsstandes zu erkränken und an sprechenden Beispielen die Unvereinbarkeit der erklärten Doktrin mit den Anforderungen an die praktische Leistungsfähigkeit der Presse und ihrer Vertreter nachzuweisen. Eine Wiederholung dieser bekannten Beschwerden halten wir hier nicht für erforderlich; sie dürften vernünftlich genug gewesen sein, um den Anspruch einer gesetzlichen Sicherstellung zu begründen und zu rechtfertigen.

Unsere dringende Bitte geht daher dahin:

Der hohe Reichstag wolle dem Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderungen und Ergänzungen der Strafprozeßordnung zu § 7 der letzteren eine Bestimmung des Inhalts einfügen, daß bei den durch die Presse begangenen Straftaten als Ort der That nur derjenige anzusehen sei, an dem die Druckschrift erscheint. —

Der Bund der Industriellen, ein Gegenstück zum Bund der Landwirthe, der durch seine, sagen wir eigenartige Organisation das Wort des Herrn v. Stumm von der Nothwendigkeit der Unternehmer-Koalitionsfreiheit zu schanden macht, erläßt ein Rundschreiben Nummer 4, das große Thaten verspricht: die Umgestaltung der Handelskammern, die Durchsicht und Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung, die Einrichtung industrieller Schiedsgerichte, die Einwirkung auf die Wirtthschafts- und Steuerpolitik — das ist das etwas reichhaltige, dafür aber auch desto unbestimmtere Programm des Bundes. Die „Abn. Zig.“, die natürlich dem Konkurrenzunternehmen des von ihr vertretenen Zentralverbandes deutscher Industrieller nicht eben freundlich gegenübersteht, spottet weiblich über die kleinen Gernegroße, die da meinen, sie seien sogar in der — preussischen Thronrede erwähnt. Ans kann der häusliche Streit in den Reihen der Unternehmer schon recht sein. —

Zum Boykott der Christlich-Sozialen. Im Evangelischen Vereinsbunde zu Breslau hat am Dienstag eine Vorantastung der Christlich-Sozialen Vereinigung für Schlesien stattgefunden. Große Bewegung rief die Mittheilung hervor, daß das Konfessionsforum der Provinz Schlesien an die dem geistlichen Stande angehörenden Vorstandsmitglieder die Auforderung gerichtet, resp. den Wunsch ausgesprochen habe, sie möchten aus dem Vorstände der Christlich-Sozialen Vereinigung ausscheiden. Zwei derselben, von denen angenommen wird, daß sie der Raumann'schen Richtung angehören, die Pastoren Pichers und Wittenberg, legten darauf hin freiwillig ihr Amt nieder. Die Herrn wichen also muthig zurück. —

Aus Stettin meldet das Herold-Telegraphen-Bureau, daß insolge Streitigkeiten mit seinem Vorgänger bei dem Kaiser-Festmahls der Hauptmann v. Mantuffel einen Selbstmordversuch gemacht hat und daß er schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht wurde. Hauptmann v. Mantuffel scheint danach das Opfer eines jener vielen tragischen Konflikte geworden zu sein, die ihren Ursprung in dem eigenthümlichen Ehrenkodex des Offizierskorps haben und deren verhängnisvolle Folgen von Zeit zu Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken.

Weimar, 29. Januar. (Eigener Bericht.) Am 28. Januar wurde unser Landtag zu einer neuen Sitzungsperiode einberufen. — Die bedeutsamste Vorlage bildet das neue Wahlgesetz zum Landtage, welches bereits am 30. Januar zur 1. Lesung gestellt ist. Gegenwärtig wird im ganzen Ländchen eine Petition zur Einzeichnung verbreitet, in welcher das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie solches bereits von 1848—1852 im Großherzogthum bestand, verlangt wird. Die Regierungsvorlage läßt für 21 Abgeordnete das Wahlmänner-System bei den Wählern, anstatt wie bisher bis zu 3000 jezt bis 4000 M. Einkommen forstbestehen. Also eine Verschlechterung.

Darmstadt, 29. Januar. (Eig. Bericht.) Der hessische Landtag tritt bereits am 4. Februar wieder hier zusammen. Einer seiner Hauptberathungspunkte bildet der Antrag des Ab-

geordneten Haas-Offenbach, das in Hessen bestehende Weinsteuer-Gesetz, welches seit 5 Jahren suspendirt ist, gänzlich abzuschaffen, wogegen der Finanzausschuß der zweiten Kammer in seiner nationalliberalen Mehrheit empfiehlt, das Gesetz beizubehalten und dessen voraussichtlichen Ertrag in der Höhe von 800 000 M. wieder in das Budget einzustellen. Der Zentralvorstand des hessischen Wirtheverbandes hat eine rege Agitation dagegen eingeleitet und hält im ganzen Großherzogthum allgemeine Versammlungen ab. Begreiflich ist die gegen diese ungerechte und speziell die Wirtthe drückende Steuer gerichtete Agitation, wenn man erwägt, daß bei der letzten Abstimmung im April 1894 sich nur eine einzige Stimme Mehrheit gegen die Einstellung des Steuerertrages in das Budget ergab. Die Mehrheit von damals bestand aus 7 Nationalliberalen, 5 Deutschfreisinnigen, 5 Ultramontanen, 3 Sozialdemokraten und 2 Antisemiten, zusammen 22 Abgeordnete gegen eine Minorität von 21 nationalliberalen Stimmen. Fünf Abgeordnete fehlten damals, zwei Abgeordnete, unsere Genossen Cramer und Debig, konnten an der Abstimmung nicht theil nehmen, weil zur Zeit ihr Wahlbezug nicht war. Die Konstellation steht für dieses Mal derart, daß, wenn nicht wieder wie vor drei Jahren, einige nationalliberale Mannesgeister „umfallen“, das lästige und ungerechte Steuergesetz endgiltig begraben wird. Aber — man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, bei Nationalliberalen ist eben alles möglich! —

Mülhausen i. Elsaß, 30. Januar. (Privatdepesche des Vorwärts.) Der aus Lyon gebürtige Staatsangehörige Rood-Dollus, der hier seinen Wohnsitz hatte, wurde wegen einer Revanche-Rundgebung auf einem Balle heute vom Bezirkspräsidenten aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen.

Nun sind aber wohl endlich die Reichslände endgiltig an Mit-Deutschland angegliedert. —

### Ungarn.

Budapest, 30. Januar. Abgeordnetenhans. In der fortgesetzten Debatte über den Titel Obergespanne sagte der Verortlicher Sajary in den Schlussworten seiner Rede, die liberale Parte bedürfe keiner Vertik, wie sie sich in diesem Falle zu verhalten habe, die Opposition mache aus jedem individuellen Fehler ein System. Auf allen Seiten des Hauses sind Leute, denen beim Bau von Vignalbahn-Koncessionen erteilt wären, und bei der Opposition noch verhältnismäßig mehr als bei der liberalen Partei. Graf Sajary protestirt gegen die Annahme, daß sein Antrag eine stigmatisierende Wirkung besitze. Sein Antrag habe keine rückwirkende Kraft, er beziehe sich auch nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft, um den Verdächtigungen ein Ende zu machen. Der Handelsminister Daniel giebt hierauf die Erklärung ab, er sei bereit, jedem Abgeordneten sämtliche Aktien bezüglich der Vignalbahn-Angelegenheit zur Verfügung zu stellen. In der nunmehr folgenden Abstimmung über den Titel Obergespanne wird der Antrag des Grafen Sajary einstimmig angenommen. Damit fallen alle übrigen Anträge fort, mit Ausnahme des Ergänzungsantrages auf Entsendung einer parlamentarischen Kommission, welcher bei namentlicher Abstimmung mit 182 gegen 133 Stimmen abgelehnt wird. Auch der Antrag des Abg. Pazmany über die Aenderung des Antrages Sajary auf die Mitglieder des Oberhauses wird abgelehnt.

Man wird in Ungarn schon dafür sorgen, daß die parlamentarische Kommission vom Eisenbahnpapama Len Schleiter listet. —

### Frankreich.

Für die endliche Einigung der verschiedenen sozialistischen Fraktionen und Organisationen Frankreichs plädiert in der „Petite Republique“ unser Freund und Genosse G. Deville. Er schlägt vor, die allen Sozialisten gemeinsamen Prinzipien und Forderungen zu formulieren und auf Grund des so festgestellten Programms eine gemeinsame Organisation zu schaffen. Wir können nur wünschen, daß die französischen Sozialisten aller Fraktionen die Worte Deville's, des Uebersetzers von Marx' „Kapital“, beherzigen mögen. Der jetzige Zustand des Aneinanderbergehens, wobei es mitunter auch zu Reibungen kommt, hat wahrhaftig nun lange genug und zu lange gedauert.

Die wichtig die Gründe sind, welche bisher die Einigung der verschiedenen Fraktionen gehindert haben, erhebt schlagend aus der Thatfache, daß die bekanntesten und einflussreichsten Mitglieder der verschiedenen Fraktionen brüderlich in einer und derselben Zeitung zusammenarbeiten. Die drei letzten Leitartikel der „Petite Republique“ sind gezeichnet: G. Deville, P. Lafargue, Ed. Vaillant, also sogenannte „Marxisten“ und „Blanquisten“. Auch Paul Brousse und Allemane, die Führer der beiden Possibilisten-Fraktionen, schreiben fleißig Leitartikel für die „Petite Republique“. So gut wie ein gemeinsames Parteiorgan kann man doch gewiß auch eine gemeinsame Parteiorganisation haben. —

Der Ministerrath beschäftigte sich heute mit dem Budget für 1897, das am Sonnabend in der Kammer eingebracht werden wird. In dem Budget ist die neue Einkommensteuer enthalten, die an die Stelle der Mobiliensteuer und der Thür- und Fenstersteuer treten soll. Die neue Einkommensteuer soll 150 Millionen Franks ergeben und in Sägen von 1 pCt. bis 5 pCt. je nach der Höhe des Einkommens erhoben werden. Steuerpflichtige, deren Einkommen unter 2500 Franks beträgt, bleiben von dieser Steuer befreit. —

Paris, 30. Januar. Die radikale Linke und die ängstliche Linke der Kammer gedenken beim Ministerpräsidenten Bourgeois Schritte zu thun, um die Durchführung des administrativen Personals zu veranlassen. —

Der Tonlinstanz. Auch in der Wandelgängen der Kammer ergabte man sich gestern, daß in dem Amtszimmer des Untersuchungsrichters Popfner gelegentlich der Untersuchung über das Opium-Monopol in Indo-China auch der Name des Präsidenten der Republik ausgesprochen worden sei, da im Jahre 1890 Herr Faure Untersuchungssekretär für die Kolonien war und einem einflussreichen Journalisten diebezügliche Mittheilungen gemacht haben sollte. Eine Anzahl unzufriedener Deputirten soll an der Hand dieses Umstandes die Forderung gegen den Präsidenten der Republik zu erneuern beabsichtigen. Hierzu kommt, daß auch der frühere Redakteur des „Matin“, Herr Edwards, im Laufe seines Verhörs über dieselbe Angelegenheit dem Untersuchungsrichter verschiedene Briefe vorgelegt haben soll, die Herrn Faure kompromittiren und welche derselbe in seiner Eigenschaft als früherer Marineminister schrieb. Herr Faure scheint aber den Nachforschungen kein großes Gewicht beizumessen; er will den Zeitungen nicht einmal die Wichtigkeiten zugeben lassen. Man ist der festen Ueberzeugung, daß die neue Kampagne vollständig resultatlos verlaufen wird. —

### Belgien.

Die sozialistische Propaganda im Heer macht dem belgischen Kriegsminister sehr große Sorge; und in seiner Angst ist er auf den sonderbaren Gedanken verfallen, die sozialistische Gefahr würde verschwinden, wenn die allgemeine Dienstplicht nach deutschem Muster eingeführt würde. Von der allgemeinen Dienstplicht will aber die liberale Kammermehrheit nichts wissen. Vielleicht ist es für den belgischen Kriegsminister ein kleiner Trost, zu erfahren, daß seine deutschen Kollegen auch bei der allgemeinen Dienstplicht die sozialistische Gefahr fürchten. —

### England.

London, 30. Januar. (G. N. of G.) Das Transportschiff „Victoria“, welches Dr. Jameson und dessen Offiziere nach England überführt, wird nicht vor dem 22. Februar in

Southampton eintreffen. Der Dampfer hat Ordre erhalten, die Reise nur mit halber Fahrgeschwindigkeit zu machen, da die Regierung nicht wünscht, daß die Gefangenen vor der Eröffnung des Parlamentes in England ankommen und erst nach dem Chamberlain Gelegenheit gehabt hat, im Hause der Gemeinen über die Lage aufklärende Mittheilungen zu machen. —

### Italien.

Rom, 30. Januar. Die oppositionellen Blätter polemisieren heftig gegen General Baratieri und protestiren gegen seine Pläne. Durch den Schachzug Menelli's sei Baratieri zur Unthätigkeit verurtheilt. Sollte er die Schaaner angreifen, so würde Menelli die Truppen Galliano's sofort niedernehmen lassen. Man befürchtet, die Schaaner würden Abirgal hinterherrs angreifen.

Die „G. N. of G.“ melden hierzu aus Rom: General Baratieri ist angewiesen worden, energisch gegen Menelli vorzurücken. Man ist entschlossen, der Empfindungspolitik ein Ende zu machen. Crispiati hat dem Obergeneral den Befehl zugehen lassen, die Friedensunterhandlungen sofort einzustellen. —

Rom, 28. Januar. (Eig. Bericht.) Im Auslande wird man, wenn man es auch nicht überall zu erkennen gegeben hat, erfreut gewesen sein, aus Italien über Kundgebungen des Jubels wegen der Uebergabe von Makalle Berichten zu hören. Der Hergang ist folgender gewesen. Schon einige Tage vor der Uebergabe hatte Crispiati persönlich den ministeriellen Journalisten empfohlen, zu verhindern, daß die zu erwartende Uebergabe einen ungünstigen Eindruck mache; das Fort habe seinen Zweck erfüllt u. s. f. Am Tage des Eintreffens der Nachricht von der Uebergabe ließ die offizielle „Agenzia Stefani“ an die sämtlichen Präfekten des Königreichs folgendes Telegramm ergehen:

Wir bitten, uns schleunige Mittheilung über etwaige Kundgebungen des Jubels wegen der Befreiung von Makalle zu machen. —

Die Präfekten verstanden sehr gut, daß es sich um einen Befehl der Regierung handelte, Jubel-Kundgebungen nicht sowohl zu melden, als solche zu veranstalten, und sie handelten danach. Erleichtert wurde ihnen ihr Bemühen dadurch, daß die ersten Telegramme, welche aus der Hauptstadt nach den Provinzen gelangten, mit absichtlicher Zweideutigkeit nur von der „Befreiung Makalle's“ sprachen, worunter man auch eine Befreiung durch italienische Waffen verstehen konnte. Wenn aber auch ein Theil der Kundgebungen echt gewesen und auf Grund einer wirklichen Kenntniß von dem Vorfalls erfolgt wäre, so dürfte man die italienische Bevölkerung deshalb kaum tadeln. Ein unvernünftiger und zwecklos, nicht wegen wirklicher Interessen des Staates, sondern nur wegen des Sensationsbedürfnisses der Regierung geführter Krieg kann in der Bevölkerung kaum einen anderen Wunsch übrig lassen, als den, daß die Zahl der Menschenopfer so gering als nur irgend möglich sein möge.

### Rußland.

Die armenischen Unruhen. Der die armenischen Distrikte bereisende Spezial-Berichterstatter der „Abn. Zeitung“ meldet aus Tiflis im kaukasischen Rußland, daß die Stimmung der zahlreichen Armenier in Rußisch-Transkaukasien eine recht unzufriedene und gereizte sei. Hierzu habe namentlich das Einschreiten der russischen Regierung gegen die armenischen Kirchen-schulen beigetragen. In Tiflis war in den letzten Tagen eine armenische Erhebung geplant. Diese wurde indes durch das barmherzige Einschreiten der Priester und der Behörden vereitelt. Zahlreiche Armenier sind verhaftet worden. — Auch eine Korrespondenz desselben Blattes aus Konstantinopel besätigt, daß an verschiedenen Stellen der asiatischen Türkei, namentlich in Kurdistan, der Aufruhr weiter um sich greift. In letzterem Distrikt befinden sich die wilden Bergstämme in offener Empörung. Dieselben sind gut bewaffnet mit zahlreichen Gewehren, die sie aus Rußland haben.

### Serbien.

Belgrad, 30. Januar. Das Manifest des Zentral-Ausschusses der radikalen Partei betreffend die Aufgabe ihrer passiven Haltung und den Eintritt der Partei in die politische Aktion ist im „Objel“ veröffentlicht. Dieser Schritt der Partei schließt die Anerkennung der Gesetzmäßigkeit des bestehenden Zustandes in sich, weil in dem Manifeste im Widerspruch mit den bisherigen Behauptungen der radikalen Organe ausgesprochen wird, die radikale Partei sei überzeugt, man werde die gegenwärtig geltenden Gesetze und Verordnungen achten und gegenüber jedermann in gleicher Weise anwenden, sowie ferner, daß die radikale Partei nicht politische Nachgesühle nähre, sondern nach Eintracht strebe. Letztere werde dem Vaterlande in der Stunde der Gefahr helfen, das Land aus schweren und gefährlichen Tagen angeht, die äußeren Ereignisse zu retten, welche intensio einen ernsteren Charakter annehmen im Hinblick auf das Schicksal Serbiens und des serbischen Stammes. —

Belgrad, 30. Januar. Die hiesige Kaufmannschaft, unterstützt durch einflussreiche Abgeordnete, stellte bei der Regierung das dringende Ansuchen, angeht, daß seitens Ungarn vorläufige Sperre für den serbischen Schweinehandel das Moratorium aus schließlich gegen Ungarn zu erlassen.

Daß Oesterreich-Ungarn sich eine solche Maßregelung vom kleinen Serbien gefallen lassen würde, ist natürlich ausgeschlossen, deshalb wird die serbische Regierung sich wohl hüten, den Zündstoff im Orient zu vernehren.

### Bulgarien.

Ferdinand's Mißerfolg. Der „Neuen Freien Presse“ in Wien zufolge melden Depeschen, die gestern aus Sofia hier eingetroffen sind, daß Prinz Ferdinand von Bulgarien im Vatikan keine Erfolge erzielt, vielmehr die Ueberzeugung mitgenommen habe, daß für den Uebertritt des Prinzen Boris keine Indulgenz gewährt werden würde. Es scheint sogar, daß dem Prinzen die Exkommunikation angedroht worden sei. Diese Erfahrungen hätten den Prinzen in seinem bisherigen Entschlusse erschüttert. Sofern nicht eine Aenderung dieser neuen Sinnesänderung eintrete, würde ein Ministerium Grewow-Petlow gebildet werden, da Stoilow den Wunsch des Volkes nach baldiger Konversion theilt und hierfür engagirt sei, während Grewow der Ansicht sei, daß der Uebertritt des Prinzen Boris, welcher für Bulgarien nur ein sekundäres Interesse habe, so lange Prinz Ferdinand regiere, eventuell sich bis zur Großjährigkeit des Prinzen Boris verschieben lasse.

Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt aus Sofia, daß die Situation aus höchst gespannt ist. Die Regierungskreise wie die Kammer bleiben dabei, obwohl sie sich in eine Verschiebung des Laufaktes um wenige Tage fügten, daß heute oder morgen die Entscheidung fallen müsse. Des Fürsten Ferdinand Audienz beim Papst, die neuerdings bloß in engem Kreise bekannt, deprimirt stark, jedoch wohl mit Unrecht. Es ist Thatfache, daß augenblicklich, bis 4 Uhr nachmittags, noch keine einzige Nachricht oder Instruktion des Fürsten für morgen eingetroffen ist. —

### Partei-Nachrichten.

Zum Solinger Streit. Unser Braunschweiger Organ will nicht zugeben, daß dieser Streit lokaler und persönlicher Natur sei. Wir haben keine Lust, jetzt weiter auf die unerquickliche Materie einzugehen, — bei dem unvermeidlich gewordenen Austrag der Sache vor der Gesamtpartei wird sich die Wichtigkeit unseres Urtheils herausstellen, das übrigens das Urtheil so ziemlich aller Nicht-betheiligten ist, welche den Streit genauer verfolgt haben. —



In den nächsten Gemeinderathswahlen wird der sozialdemokratische Wahlkreis in Langenbichlau in Schlesien eigene Kandidaten aufstellen.

In Bezug auf die Parteigeschäfte an stelle des aus der Partei ausgeschlossenen bisherigen Vertrauensmannes August Holz geht von dem Genossen R. Oberbeck stellvertretungsweise geföhrt.

### Vollzweiliches, Gerichtliches etc.

Nach 15 1/2 monatiger Gefangenschaft ist am Mittwoch Genosse Reinhold Scheib, Redakteur der „Volkswacht“, aus dem Gefängnis in Breslau entlassen worden. Er bekam die harte Strafe auferlegt, weil er nach Ansicht der Justiz die deutschen Richter, den Klerus, Oberbefehlshaber und die Gendarmen (letztere durch einen Keißel über den Krawall in Antonienbütte beleidigt, ferner zum Massenhaß aufgereizt haben soll. Die Breslauer Parteigenossen veranstalteten zu Ehren des zurückgekehrten erprobten Freundes am Donnerstag Abend eine kleine Festlichkeit. Möge er sich von den Strapazen des Gefängnislebens recht bald und vollständig wieder erholen, um mit der alten Frische und Zuversicht weiter zu kämpfen für die Erlösung des Proletariats.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Essentielle Sitzung vom Donnerstag, 30. Jan., nachmittags 5 Uhr.

Die Zuteilung der Stadtbezirke an die Stadtverordneten behufs Ausführung von Nacharbeiten ist im allgemeinen von dem besonderen Ausschuss für die Wahl der Ausschüsse u. s. w. besorgt worden. In 3 Fällen sind Differenzen verblieben, über die heute durch Stimmzettel Beschluß gefaßt werden soll. In betreff des Stadtbezirks 315 war vom Ausschuss Stadtv. Wernau als recherchierender Stadtverordneter vorgeschlagen worden, außerdem ist Stadtv. Kleinert gemeldet. Letzterer wird heute sofort gewählt, nachdem Stadtv. Singer mitgeteilt hat, daß Stadtv. Wernau ebenfalls wünscht, daß die Wahl in diesem Sinne erfolge.

Für den Bezirk 208 ist Stadtv. Langenbucher vom Ausschuss vorgeschlagen; gemeldet ist Stadtv. Wernau. Gewählt wird Langenbucher mit 72 gegen 13 Stimmen.

Im Stadtbezirk 20 rivalisieren die Stadt. Kollmann und Ladewig; gewählt wird Ladewig.

Die Vorlage wegen des Verkaufs der Restfläche von 970 Quadratmetern von den Rest-Grundstücken Spittelmarkt 8/10 für 451 400 M., d. h. zum Preise von 1220 M. für den Quadratmeter an den Kaufmann Jacques Nathanson ist in der Ausschussberatung abgelehnt worden. Der Ausschuss schlägt jedoch vor, den Magistrat zu ermächtigen, die fraglichen Grundstücke zu veräußern, sobald ein Gebot von 550 000 M. erzielt wird und der Käufer gleichzeitig auf etwaige Entschädigung für die Anrumpfung der Grundstücke Kurstr. 28/29, M. Kurstr. 17 und Oberwasserstraße 15 verzichtet resp. dieselbe erstattet.

Der Ausschussantrag wird ohne Debatte angenommen.

In Sachen der Urania-Uhren und Säulen hat der von der Versammlung eingesetzte Ausschuss nach zweimaliger Sitzung beschlossen, dem Plenum folgende Vorschläge zu unterbreiten:

- den Magistrat zu ersuchen:
  - die vorhandenen Säulen nach den Bestimmungen des Vertrags mit der (fallirten) Urania-Gesellschaft in das Eigentum der Stadt zu übernehmen;
  - a) wegen Fortbetriebes der vorhandenen Säulen und ihrer Einrichtungen,
  - b) über weitere Aufstellung zentral regulierter Uhren in den verschiedenen Stadtgegenständen;
- einstweilen die zum Betriebe und zur Beleuchtung der Uhren in den Säulen erforderliche, im vorläufigen Betrage von 4500 Mark an die Gesellschaft „Normalzeit“ zu zahlende Summe zu bewilligen.

Stadtv. Mommsen referirt. Eine Debatte findet nicht statt; der Ausschussantrag gelangt einstimmig zur Annahme.

Stadtv. Esmanu und Mitglieder aller bürgerlichen Fraktionen haben beantragt:

den Magistrat darüber um Auskunft zu ersuchen, ob bei der Einschätzung zur Waplaststeuer darauf Rücksicht genommen ist, daß Höfe und anderes Zubehör zu bebauten Grundstücken von der Waplaststeuer befreit bleiben.

Frau wird vom Stadtv. Mommsen die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern, betr. Erörterung der Waplaststeuer, vom Stadtv. Wallach die Ueberweisung der Sache an den Staatsausschuss beantragt, während ein anderweitiger Vorschlag dahin geht, mit dem Magistrat in gemischter Deputation über die bei der Waplaststeuer hervorgetretenen Schäden und Mißstände zu verhandeln.

Stadtv. Esmanu hält es für durchaus verfehlt und für ein Unglück für Berlin, daß auch Höfe, die etwas größer sind als das von der Bau-Ordnung vorgeschriebene Minimalmaß, und Vorgärten zur Waplaststeuer herangezogen, die betreffenden Grundstücke also um so schneller der Bebauung mit hohen Häusern entgegengeführt werden. Es sei auch bei den verschiedenen Einschätzungs-Kommissionen verschiedene Verfahren worden, was bei der Reueit der Sache nicht verwunderlich sei; eigenhümlich aber berühre doch, daß ca. 90 pCt. aller Veranlagten reklamirt haben und daß gerüchweise verlautet, daß der Ertrag der Steuer nicht 1 Million, sondern 10-11 Millionen hoch sei. (Hört, hört!) Die Bestimmungen der Waplaststeuerordnung seien unklar, wie überhaupt die Regelung dieser Seite der Steuerreform recht stiefmütterlich davongekommen sei. Zahlreiche Grundstücke, die nur Fabrikgebäude oder Wohngebäude mit einschließlichen Straßenfronten hätten, würden im Sinne dieser Steuerordnung als Waplaste angesehen. In diesem Sinne müßten dann auch die Kohlenplätze der Eisenbahnen und die Vorgärten der Kasernen herangezogen werden. Gehe es so weiter, so würden fast alle Fabrikbetriebe aus Berlin hinausgewungen werden. In solchem Sinne habe die Versammlung seinerzeit die Waplaststeuer, und noch dazu eine so hohe, nicht beschlossen.

Stadtrath Hirsfeld: Eine allgemeine Anweisung, solche Grundstücke von der Steuer freizulassen, ist nicht ergangen, denn sie würde mit der Steuerordnung in direktem Widerspruch gestanden haben. Die Bestimmungen, wie sie jetzt besteht, entstammt der von den beteiligten Ministerien erlassenen Mustersteuer-Ordnung. (Hört! hört!) Was ein selbständige Grundstücke im Sinne der Steuerordnung ist, muß im konkreten Fall nach Lage und Umfang desselben entschieden werden. Der Steuerausschuss ist bemüht, in dieser Beziehung zu einheitlichen Normen zu gelangen; definitive Klarheit kann nur durch das Verwaltungs-Streitverfahren herbeigeföhrt werden.

Stadtv. Wallach hält dafür, daß schon die Steuer-Deputation Abhilfe schaffen wird, wenn Höfe und Vorgärten zu Unrecht zur Waplaststeuer herangezogen werden. Seine früheren Zweifel über den Werth dieser Steuer seien aber durch die Erfahrungen mit der Ein- und Durchführung ihrer Veranlagung nur noch verstärkt worden.

Stadtv. Mommsen betont, daß er mit seiner Gegnerschaft gegen die Waplaststeuer nach dem Gange der Entwicklung Recht behalten habe. Aber die Waplast-Steuer bestehe in der Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts sei erst nach 2 bis 3 Jahren zu erwarten. Die 10 bis 11 Millionen der Veranlagung seien ein Märchen; es würden höchstens 2 Millionen herauskommen. Um über die Schwierigkeiten schon jetzt hinweg zu kommen, müsse man einen eigenen Ausschuss einsetzen.

Stadtv. Kalisch ist der Meinung, daß man, wenn das jehe Verfahren beibehalten wird, einer ganz wilden Waplaste entgegen gehen (Zustimmung), im Widerspruch zu der Absicht, die mit der Einführung der Steuer verfolgt wurde; denn die große Mehrzahl der Betroffenen werde die Waplaste nicht halten können, sondern um jeden Preis verkaufen müssen. Redner tritt dem Antrag Mommsen bei.

Stadtv. Hugo Sachs fordert den Magistrat auf, das Märchen von den 10 bis 11 Millionen auf offiziell zu setzen. Die Steuerordnung müsse auch die Zweckbestimmung der betreffenden Höfe und Gärten in betracht ziehen, sonst dränge man, wie ein ganz frappanter Fall beweise, der ein großes Gartengrundstück in den Zellen betreffe, mit aller Gewalt auf die Bebauung der vorhandenen Gärten und Höfe hin.

Stadtrath Hirsfeld bestätigt die Zahlenangaben des Stadtv. Mommsen.

Stadtv. Preuß bekämpft den Vorschlag des Stadtv. Sachs als eine ganz besonders lauschulartige Fassung.

Stadtv. Spinola besorgt, daß man mit der Waplaststeuer doch vielleicht insofern auf eine schiefe Ebene gerathe, als man damit wider Willen auf die Beseitigung der vorhandenen Plätze u. s. w. hinwirke. Das würde im hygienischen Interesse sehr bedauerlich sein.

Ein Schlusssantrag wird angenommen. Stadtv. ordneter Stadthagen, der noch gemeldet war, protestirt gegen die Abstimmung über den Antrag Mommsen, der ganz anderen Inhalts sei und nicht auf der Tagesordnung gestanden habe; die Versammlung entscheidet aber gegen ihn und nimmt den Antrag Mommsen an.

Ein Antrag Cassel geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, baldigt mit der Versammlung in gemischter Deputation über diejenigen Maßnahmen zu beraten, welche geeignet sind, von der Stadtgemeinde die schweren Nachteile abzuwenden, welche derselben durch § 25 des dem Landtage vorgelegten Lehrer-Besoldungsgesetzes drohen.

Stadtv. Cassel führt aus, daß das zitierte Gesetz die Finanzen Berlins mit einem Schlage bedrohe, wie er sobald nicht gegen die Stadt geföhrt worden sei. Schon jetzt erhielten die Städte über 10 000 Einwohner nichts von den gesetzlich garantierten staatlichen Alterszulagen-Zuschüssen; nach dem Gesetz sollte Berlin auch die bisher vom Staate auf Grund des Volksschulgesetzgesetzes gezahlten Zuschüsse zu den Lehrergehältern im Betrage von 800 000 M. verlieren. Es handle sich um eine Zuwendung für die Lehrerdotationen, die im wesentlichen dem platten Lande zu gute kommen solle und wofür die großen Städte bluten sollen. Auf die Verfassung könne man sich nicht berufen; durch die Gesetzgebung von 1888 und 1889 habe Berlin ein wohlverordnetes Recht auf diesen Zuschuß. Die Verfassung mache keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Städten, sondern spreche nur von „nachgewiesenen Unvermögen“, in welchem Falle der Staat eintrete. Diese Vorschrift bleibe unbeachtet, ebenso der Umstand, daß Berlin gar keine Verpflichtung habe, für das höhere Schulwesen zu sorgen, während thatsächlich hier sieben staatlichen Gymnasien und zwanzig städtische Gymnasien und Ober-Real Schulen gegenüberstehen. Wollte der Staat die Kosten hierfür übernehmen, so ließe sich darüber reden, was aber vorgeschlagen werde, sei doch eine leimische Illustration zu dem starken Festhalten der Verfassung. Berlin habe nicht nur die vom Staate erhaltenen Zuwendungen, sondern den dreifachen Betrag für Schulzwecke, namentlich für Besoldungsverbesserungen verwendet; es lasse sich also vom Staate nichts schenken. Da mit Berlin auch eine Reihe der anderen großen Städte betroffen werden, so sei es nicht unmöglich, daß durch Petitionen an den Landtag oder durch Vorstellungen bei den Behörden etwas erreicht werde. Die Absenbrüdel-Behandlung Berlins durch Regierung und Landtag dürfe nicht fortbauern; event. müsse Berlin auch den sog. Anstandsfordernungen, die immerfort an die Stadt gestellt werden, ein Nein entgegensetzen.

Stadtv. Singer: Ich kann den Antrag nur unterstützen; er muß in gemischter Deputation beraten werden, was gegenüber dem geplanten Attentat zu thun ist. Hoffentlich wird dann, wenn wir etwa mit einer Vorstellung an den Landtag gehen wollen, nicht wieder der Oberpräsident unserm Vorsteher bei 300 M. Geldstrafe die Absendung des Briefes verbietet (Heiterkeit); unmöglich wäre es bei fudiger Interpretation nicht, auch diese Angelegenheit als politische zu betrachten. Auch möchte ich, daß, falls diese Ungehörlichkeit Gesetz wird, der Redner und seine Freunde mit ihrer Andeutung am Schlusse seiner Rede Wort halten werden. Zugroße Hoffnungen auf Erfolg zu legen, hieße aber doch mit offenkundigen Thatsachen verfahren spielen. Das Lehrerbildungsgesetz ist das neueste Produkt des so wandlungsfähigen Herrn Miquel, eines der kleinen Mittel, mit denen die Regierung die Agrarier verschöndern will, daß sie die großen Mittel, Doppelwährung und Antrag Kanis, verweigert; auf dem Wege des Staatszuschusses sollen die Junker beruhigt und für andere Zwecke der Regierung gewonnen werden, und dafür sollen Berlin und die großen Städte bluten. Dem gegenüber ist es Aufgabe der städtischen Behörden, der Regierung und dem Abgeordnetenhaus das Verwerfliche dieses Vorschlages vor Augen zu führen, ihnen zu sagen, daß wir unsere Mittel nicht hergeben wollen, um den Junkern für Schulzwecke mehr zuzuwenden, als sie an Staatssteuern zahlen. Was die Verfassungsfrage betrifft, so wäre allerdings Berlin in der Lage gewesen, dem Staate seine Pflicht viel deutlicher zu machen, wenn es die Volksschule in Verbindung mit den Bürgerschulen auf ein Niveau gebracht hätte, daß für die Kinder der Bürger die höheren Schulen überflüssig geworden wären. Von einer gesetzgebenden Versammlung, die eigentlich nur die Skurrilität einer solchen ist (Vorsteher Langenbucher bittet, solche Ausdrücke zu vermeiden), ist nicht viel zu erwarten; die Zeiten, wo sie der Hort des Liberalismus war, sind vorüber. Die Mehrheit haben Konservative und Nationalliberale; das Zentrum hat für Ausdehnung der Bildung und Erziehung nicht viel Sympathie. Im allgemeinen gilt für die Mehrheit Berlin als der Wasserlopf, den man nach Möglichkeit schlecht behandeln muß. Hier wird uns das Opfer einer Million zugemutet, während gleichzeitig die Regierung, wenn es sich um Ueberlassung fiskalischen Eigentums handelt, von Berlin wahre Bücherpreise verlangt, wie z. B. für den Botanischen Garten, sobald es der Stadt gar nicht würdig erscheint, noch weiter zu verhandeln. Wie man die wissenschaftlichen Institute zurückdrängt, um mitten in der Stadt Kasernen zu errichten, illustriert sehr deutlich die gegen Berlin herrschende Stimmung. Dieses Schicksal ist auch nicht ganz unverdient. Hätte Berlin nicht immer nachgegeben, hätte es sich auf einen der Selbstverwaltung angemessenen Standpunkt gestellt, sich nicht als Prügellamm gebrauchen und sich nichts aufdiktiren lassen, so stände es jetzt besser (Widerpruch). Wir haben bisher nicht etwa eine Unterstützung bekommen, sondern der Staat hat seine Verpflichtung anerkannt, auch seinerseits zu diesen Schullasten beizutragen. Den den Städten bisher geleisteten Beitrag nimmt man zurück, während die Abwanderung vom platten Lande in die Städte progressiv wächst und in diesen nicht bloß die Krankenpflege- und Armenlasten, sondern auch die Schullasten steigt. So werden die Städte mit doppelten Ruben gepicht zur Aushilfe vertrackter oder angeblich nothleidender Junker! Das ist Kanigerei im kleinen (Heiterkeit), wozu wir die Hand nicht bieten wollen. Hoffentlich wird auch die geeignete Form der entschiedenen Abwehr gefunden werden. (Weisheit.)

Stadtv. Cassel führt aus, daß das zitierte Gesetz die Finanzen Berlins mit einem Schlage bedrohe, wie er sobald nicht gegen die Stadt geföhrt worden sei. Schon jetzt erhielten die Städte über 10 000 Einwohner nichts von den gesetzlich garantierten staatlichen Alterszulagen-Zuschüssen; nach dem Gesetz sollte Berlin auch die bisher vom Staate auf Grund des Volksschulgesetzgesetzes gezahlten Zuschüsse zu den Lehrergehältern im Betrage von 800 000 M. verlieren. Es handle sich um eine Zuwendung für die Lehrerdotationen, die im wesentlichen dem platten Lande zu gute kommen solle und wofür die großen Städte bluten sollen. Auf die Verfassung könne man sich nicht berufen; durch die Gesetzgebung von 1888 und 1889 habe Berlin ein wohlverordnetes Recht auf diesen Zuschuß. Die Verfassung mache keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Städten, sondern spreche nur von „nachgewiesenen Unvermögen“, in welchem Falle der Staat eintrete. Diese Vorschrift bleibe unbeachtet, ebenso der Umstand, daß Berlin gar keine Verpflichtung habe, für das höhere Schulwesen zu sorgen, während thatsächlich hier sieben staatlichen Gymnasien und zwanzig städtische Gymnasien und Ober-Real Schulen gegenüberstehen. Wollte der Staat die Kosten hierfür übernehmen, so ließe sich darüber reden, was aber vorgeschlagen werde, sei doch eine leimische Illustration zu dem starken Festhalten der Verfassung. Berlin habe nicht nur die vom Staate erhaltenen Zuwendungen, sondern den dreifachen Betrag für Schulzwecke, namentlich für Besoldungsverbesserungen verwendet; es lasse sich also vom Staate nichts schenken. Da mit Berlin auch eine Reihe der anderen großen Städte betroffen werden, so sei es nicht unmöglich, daß durch Petitionen an den Landtag oder durch Vorstellungen bei den Behörden etwas erreicht werde. Die Absenbrüdel-Behandlung Berlins durch Regierung und Landtag dürfe nicht fortbauern; event. müsse Berlin auch den sog. Anstandsfordernungen, die immerfort an die Stadt gestellt werden, ein Nein entgegensetzen.

gewisser Fanatismus hindurchgeschlungen. Man brauche allerdings nicht zu befürchten, daß die Stadt nunmehr die Fürsorge für ihre Lehrer länglicher bemessen werde. Redner plaidirt dafür, daß man des trockenen Tones endlich satt sein und der Landesvertretung etwas mehr die Zähne zeigen, auch gewissen noblen Wünschen nicht mehr die bisherige, von der Bürgerschaft stark gemißbilligte Konnivenz beweisen möchte, bis den gerechten Ansprüchen Berlins genüge gethan sei.

Stadtschulrath Vertram hofft von Vorkehrungen an den Landtag vor allem deshalb Erfolg, weil Berlin hier in Gemeinamkeit stehende mit zahlreichen großen Städten; er bittet, die von der Versammlung beabsichtigten Schritte thümlich zu beileben.

Auf Anregung des Bürgermeisters Kirchner wird die spezielle Bezeichnung auf § 25 aus dem Antrage entfernt und mit dieser Modifikation der Antrag einstimmig angenommen.

Von den Stadtv. Kreiling u. Gen. ist beantragt, den Magistrat zu ersuchen:

- mit dem Bau eines Feuerwehrrdeposits in der Tempelhofer Vorstadt schleunigst vorzugehen und die Mittel dafür in den nächsten Etat einzustellen;
- zur möglichen Verhütung eines Unglücks, wie es bei dem Brande in der Bergmannstraße 24 am 20. Januar er. vorgekommen ist, sofort in jener Vorstadt eine Filiale der Feuerwehrr provisorisch zu errichten, resp. dort, um die Feuersicherheit einigermaßen zu gewährleisten, einen vollständigen Löschzug unterzubringen.

Der zweite Antrag soll einem sofort zu ernennenden Ausschusse überwiesen werden.

Der Antrag wird nach länger Debatte und nachdem Stadtrath Bail erklärt hat, daß der Antrag I schon in aller nächster Zeit zur Verwirklichung gelangen wird, in allen Theilen angenommen.

Dem Verein deutscher Eisenbahn-Verwaltungen will der Magistrat im Sommer 1896 anlässlich der 50jährigen Jubelfeier seines Bestehens ein Fest geben und beantragt, daß zu diesem Zwecke in den Etat 1896/97, Extra-Ordinarium, 15 000 M. eingestellt werden. Der Verein, dem nicht nur sämtliche Eisenbahnen Deutschlands, sondern auch die der österreichisch-ungarischen Monarchie, Rumänien, Holland, Belgien, sowie die Warschau-Wiener Bahn angehören, ist 1846 in Berlin begründet worden. Die letzte Generalversammlung hat beschlossen, die nächste im Sommer 1896 stattfindende Generalversammlung in Berlin abzuhalten und mit dieser die Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins zu verbinden.

Stadtv. Singer tritt in längerer, vielfach beifällig aufgenommener Ausführung für die Ablehnung des Magistratsvorschlages ein. Er erinnert an die wenig erquicklichen Folgen, welche ein ähnliches, der Naturforscherversammlung gegebenes städtisches Fest für viele Festtheilnehmer gehabt, hält es für richtiger, wenn die Staatbehörden, statt diesem Verein ein Fest zu geben, den Eisenbahnschaffnern im Winter Pelze lieferten, und weist schließlich auf die städtische Finanzlage hin.

Nachdem auch die Stadtv. Hellriegel und Esmanu namens ihrer Fraktionen eine ablehnende Erklärung abgegeben haben, wird der Magistratsantrag unter großer Heiterkeit einstimmig verworfen.

Zur Fortsetzung der Versuche mit der Mülverbrennung fordert der Magistrat eine Nachbewilligung von 30 000 M., da die früher bewilligten 100 000 M. Anfang Februar erschöpft sein werden. In der Begründung wird ausgeführt, daß die im Zeitraum von Februar bis April wenig günstig ausgefallenen Versuche sich später bedeutend besser gestaltet haben. Je weiter sich die Versuche in die warme Jahreszeit hinein erstrecken, war eine auf die bessere Brennbarkeit des Mülls zureichende Steigerung der verbrannten Mengen und eine Abnahme des erforderlichen Zuzuges zu bemerken. Bereits im Juni war ein Zufuß von Brennstoffen nur ganz ausnahmsweise erforderlich. Von Mitte Juli bis in den November war ein Zufuß überhaupt nicht nöthig.

Die Vorlage wird angenommen.

Zur Errichtung einer öffentlichen Dampfer-Anlegestelle am linken Ufer der Spree oberhalb der Weidenbrücke erteilt die Versammlung die Zustimmung.

Der Antrag Wohlgenuth betr. die Erhaltung des Botanischen Gartens als öffentlicher Park wird von der Tagesordnung abgelehnt.

Der Kostenantrag für die volle Anstaltsverpflegung der Geisteskranken in Dalldorf und Herzberge soll für die drei Jahre vom 1. April 1896/99 von 2 M. auf 2,20 M. täglich erhöht werden.

Stadtv. Dr. Jabel widerspricht dieser Erhöhung und weist namentlich die Bezugnahme auf die noch höheren Sätze der Charitee als unzutreffend zurück. Er bittet, es bei dem bisherigen Satze zu belassen.

Die Versammlung beschließt nach der Vorlage des Magistrats, Schluß 9 Uhr.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Strasbourg i. G., 30. Januar. (B. G.) Heute Nachmittag um 3 Uhr wurde der Landesauschuss durch den Statthalter Fürsten Hohenlohe-Langenburg eröffnet. In der Eröffnungsrede dankte der Fürst die Vorlagen an, welche der Landesauschuss zu erledigen haben wird, und wies dabei auf die günstige Finanzlage des Landes hin.

Wien, 30. Januar. (B. G.) Die Gemeinderathswahlen in Wien beginnen am 24. Februar.

Prag, 30. Januar. (B. G.) Die Wahlen auf der Insel Gamla stehen seit heute früh in Flammen. Der Brand konnte erst mittags lokalisiert werden. Sämtliche Mühlen sind vernichtet.

Prag, 30. Januar. (B. L. B.) Seit Mitternacht stehen die Dolmetschen Mühlen auf der Insel Campa in Flammen. Es gelang den Brand auf seinen Heerd zu beschränken, doch dürften demselben die sämtlichen Mühlen zum Opfer fallen.

Paris, 30. Januar. (B. G.) Die angeblich ausgebrochene Revolution in Kharum wird von den Blättern eifrig besprochen. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Meldung von den englischen Blättern erfunden sei, um die Oskapanu Egyptens durch England rechtfertigen zu können.

London, 30. Januar. (B. G.) Nach einer Meldung des „Daily Graphic“ hat Deutschland bei verschiedenen Schiffswerften zwanzig Torpedoboote bestellt.

London, 30. Januar. (B. L. B.) Der Casse-Dampfer „Dumottar Castle“ ist am Dienstag auf der Andreise in Kapstadt angekommen.

Rom, 30. Januar. (B. G.) Dem Vernehmen nach wird der Kriegeminister die ganze Altersklasse 1875 in den nächsten Tagen einberufen zwecks weiterer Absendung von zehn Bataillonen nach Afrika.

Rom, 30. Januar. (B. G.) Wie aus Afrika gemeldet wird, hat General Baratieri geföhrt die Offensive ergriffen.

Lissabon, 30. Januar. (B. L. B.) Als der König gestern Abend im offenen Wagen sich auf der Rückfahrt befand, schleuderte ein, der anarchistischen Partei angehörender Arbeiter Steine gegen den Wagen des Königs. Ein Stein traf den Flügeladjutanten, welcher sofort aus dem Wagen sprang und den Attentäter verhaften ließ, der alsdann Hochrufe auf die soziale Republik ausbrachte.

Konstantinopel, 30. Januar. (B. G.) Die nunmehr begonnenen Verhandlungen der in Zeitun eingetroffenen englischen und italienischen Konsuln mit den russischen bereiten große Schwierigkeiten, denn die letzteren lehnen es prinzipiell ab, ihre Schürer und die Waffen anzuliefern.



## Reichstag.

27. Sitzung vom 30. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, Niederding. Die Staatsberatung wird fortgesetzt bei Kapitel 9 des Ordinarius der Ausgaben im Reichsamts des Innern: „Behörden für die Untersuchung von See-Unfällen“.

Abg. Meßger (Soz.): Ueber die im vorigen Jahre vom Staatssekretär v. Bötticher in Aussicht gestellte Novelle zur Seemanns-Ordnung, welche der technischen Kommission für die Seeschiffahrt zur Begutachtung übergeben werden sollte, ist bis heute etwas Weiteres nicht in die Öffentlichkeit gedrungen, abgesehen von einem in den letzten Tagen in Hamburger Seemannskreisen umlaufenden Gerücht, daß von verschiedenen Rhedern auch einige Seeleute zur technischen Kommission nach Berlin gesendet worden seien. Wenn das richtig ist, so muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß diese Leute nicht einmal die Achtung, geschweige das Vertrauen ihrer Berufsgenossen besitzen. Jedenfalls hat dies Gerücht eine große Mißstimmung in den Kreisen der Seeleute hervorgerufen. Neben der Seemanns-Ordnung wäre auch das in den letzten Jahren erlassene Gesetz wegen Untersuchung der See-Unfälle einer Prüfung zu unterwerfen. Die Befugnisse der Seemänner und des Oberseemans als oberster Instanz müßten erweitert und ergänzt werden nach der Richtung, daß die Seemänner nicht nur berechtigt wären, die Seemänner darauf hin zu untersuchen, ob dabei Menschenleben zu Grunde gegangen oder Schiffe gekentert seien, sondern daß sie feststellen haben, ob Schiffer oder Steuermann durch Handlungen oder Unterlassungen den Unfall und dessen Folgen verschuldet haben und ob wegen der Bauart und Beschaffenheit oder Besetzung des Schiffes der Unfall vorgekommen ist. Bisher können die Seemänner höchstens dem Schiffer und dem Steuermann das Patent aberkennen, es müßten ihnen noch Ansätze praktischer Seeleute weitere Strafbefugnisse eingeräumt werden. Ferner verlangen sie die Einsetzung einer Reichs-Oberseebehörde, welche die Kontrolle über die auslaufenden Schiffe ausüben hat. Bei Gelegenheit der vorjährigen Interpellation Stumm-Manteuffel versprach der Reichskanzler, der Sicherstellung und Seetüchtigkeit und der besseren Ausrüstung der Schiffe sein besonderes Augenmerk zu schenken. Abg. Jebens erklärte die Ansicht von den Herren v. Stumm und v. Manteuffel befürwortete Schaffung einer Reichs-Seebehörde für überflüssig im Gegensatz zu den Gutachten hervorragender Sachverständigen und Autoritäten, auch vieler Schiffskapitäne. Herr Jebens meinte, die Kontrolle der Vertrauensmänner der Berufsgenossenschaften, jetzt erst durch die Kontrolle der Versicherungsbeamten des Norddeutschen Lloyd, reiche vollkommen aus, um die Sicherheit des Seeverkehrs außer allen Zweifel zu stellen. Wie steht dieser Widerspruch im Einklang mit der bestehenden Beaufsichtigung des Schiffbaues bei der Binnenschiffahrt. Eine ganze Reihe von Bundesstaaten besitzt in dieser Beziehung strenge Vorschriften, so Sachen bezüglich des Abverkehrs. Herr v. Stumm hat im vorigen Jahre Herrn Müller gegenüber trotz seiner Achtung vor der Gewissenhaftigkeit seiner Kollegen bezüglich der Kontrollvorschriften über die Dampfessel das Bekenntnis gemacht, er möchte doch die Interessen des Geldsacks nicht allzuschroff mit ihren Pflichten in Gegensatz bringen. Sind etwa die Rheder aus besserem Dolze geschnitten, als das andere Unternehmertum? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Zahl der Schiffsmannschaften auf den Schiffen des Norddeutschen Lloyd geht von Jahr zu Jahr zurück; die Arbeitskräfte werden auf das äußerste von den Rhedern ausgenutzt. Herr Jebens behauptete, daß von Seiten der Schiffseigner alles geschähe, um die Sicherheit des Seeverkehrs zu gewährleisten; er berief sich namentlich darauf, daß er alle Sicherheitsvorschriften auf seinen Schiffen beachtet habe. Daß die Firma Jebens das thut, wird auch von Seeleuten anerkannt, aber es giebt auch noch eine ganze Menge anderer Rheder, bei denen das nicht der Fall ist. Das beweisen die Feststellungen der Seewarte in bezug auf die Prüfung der nautischen Instrumente, der Loternen, des sogenannten Chronometers, eines sehr wichtigen Instruments u. s. w. Trotz der wiederholten Warnung des Vorschers der Seewarte sind die Vorschriften in unverantwortlicher Weise vernachlässigt worden. Eine private Kontrolle genügt nicht. Nebener weist nach, daß auch die großen Seeschiffe ganz ungenügend besetzt sind; das gelte namentlich für die Besetzung der Rettungsboote; auf einem großen Schiff käme auf jedes Rettungsboot nur ein Mann Besatzung. Was soll geschehen, wenn auf hoher See ein Unglück passiert? Nebener tritt die Namen mehrerer solcher Schiffe, u. a. der „Augusta Victoria“ und des „Fürst Bismarck“, welche die vorgeschriebene Besetzung durchaus unterschreiten. Bei den kleineren Schiffen ist es noch viel schlimmer, das ist wiederholt auch von den See-Ämtern anerkannt und gerügt worden. Die Beaufsichtigung in der Nacht ist eine durchaus unzureichende. Es giebt Mannschaften, welche nicht rudern, oder bootstundig sind. Man hat gelegentlich des Unfalls der „Elbe“, wobei hervorgehoben wurde, daß die Vorrichtungen zum Herunterlassen der Boote nicht genügend seien, darauf hingewiesen, solche Sachen kämen überall vor und in anderen Ländern sei es auch nicht besser. Ich bin heute in der Lage, Ihnen auf Grund eines Briefes eines Matrosen nachzuweisen, daß der Lloyd-Dampfer „Stettin“ nicht die genügenden Vorrichtungen hat. Der Dampfer „Stettin“ hatte in Gegenwart des Reichskommissars ein Bootsmanöver gemacht, wobei sich herausstellte, daß in den Booten weder Wasser noch Brot vorhanden war. Der Kommissar hat dies scharf gerügt und es wurde ihm versichert, daß das Versäumnis nachgeholt werden würde. Das ist aber nicht geschehen. Das Schiff ging so in See. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Nothfalle wären die Boote unbrauchbar gewesen. (Hört! Hört!) Und das passierte im März, nachdem erst der Untergang der „Elbe“ so viel Staub aufgewirbelt hatte. Auf verschiedenen Hamburger Schiffen, die nach Ostafrika gehen, werden Chinesen und Malayen als Heizer verwendet, die später durch Weiße ersetzt werden müssen.

Die Zustände hinsichtlich der Verproviantierung der Schiffe sind geradezu ungenügend. In den Seemanns-Entschädigungen wird der Proviant geradezu als schlecht und für die Menschen untauglich bezeichnet. Infolge dieser schlechten Nahrung entsteht häufig der Skorbut. Diese Krankheitsfälle kommen wenig zur öffentlichen Kenntnis, weil das Seemannsamt sich nur mit den Todesfällen infolge von Skorbut beschäftigt. Ferner wäre auch auf die Waschanstalt und Reinigungs-Anstalten an Bord ein wachsameres Auge zu richten. Die Krankheiten der Heizer sind auf diese ungenügenden Vorrichtungen zurückzuführen. Sie haben ja im vorigen Jahre bei der Kanalfahrt Gelegenheit genug gehabt, sich die Waschanstalt anzuhalten für die Heizer anzusehen. Auf vielen Schiffen ist nur ein einziges Faß, aus dem zwölf Leute und mehr sich reinigen sollen. In den heißen Zonen erkranken dann die Leute an ausfahrigem Hautausschlag. In allen diesen Punkten muß Wandel geschaffen werden, und ich bitte die Regierung, mit den entsprechenden Gesetzesvorschlägen recht bald hervorzutreten. Die ordent-

lichen Gerichte, Schöffengerichte u. s. w. empfehlen sich nach unseren Erfahrungen für die Aburtheilungen dieser Fälle nicht. Die Seeleute erhoffen und erwarten den Saub der Sozialreform, welchen die Landarbeiter schon lange haben. Sie wollen nicht in Noth und Gefahren ringen, um die Dividenden der Rheder zu vermehren, sondern die Empfindung haben, daß sie im Staate der Sozialreform leben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: Die Korrektur der Seemannsordnung ist jetzt gesetzlich Gegenstand der Fürsorge der Reichsverwaltung. Eine Novelle ist bereits der technischen Kommission für Seeschiffahrt unterbreitet, die auch praktische Seeleute und zwar nicht nur von den Rhedereien angeführte gutachtlich vernommen wird. Die Revision des Seemanns-Gesetzes hat man bisher nicht ins Auge gefaßt. Die Seemänner sind keine richterlichen Behörden, sie haben nur die Unfälle zu untersuchen und die Schuldfrage zu erörtern; alles übrige verbleibt den ordentlichen Gerichten. Diese Zuteilung hat sich in der Praxis bewährt. Eine Reichs-Seebehörde zur Beaufsichtigung des gesammten See-Schiffsverkehrs erscheint wohl nicht erforderlich; wir haben ja schon Reichsbehörden auf diesem Gebiete genug. Für den Schiffsbau allerdings wünschen auch wir eine Kontrollbehörde; dieser Gedanke hat aber in den beteiligten Kreisen keine Sympathie gefunden, und die inzwischen von uns gethanen Schritte zur Anbahnung einer passenden Privat-Kontrolle sind nicht ohne Erfolg geblieben. Sollten sich die allerdings hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten nicht ausgleichen lassen, so würden wir auf die Reichskontrolle zurückkommen. Die sonst vom Vorredner gerügten Mängel würden auch beim Vorhandensein einer Reichskontrolle nicht unmöglich gemacht worden sein. Auf den Kleinschiffen habe ich auch bei anderen Gelegenheiten als bei der Kanalfahrt, bei Besuchen, die ich ihnen unerkannt abgefaßt habe, alles in promptester Ordnung gefunden; Sie sollten auch selbst hingehen und prüfen, statt Gewährsmännern zu vertrauen, die sehr brav und aufrichtig sein mögen, aber eventuell nicht mit dem hinreichenden Verständnis ausgerüstet sind.

Abg. Jebens (noll.) tritt dafür ein, daß das Material der gesammten deutschen Rhedereien fast ohne Ausnahme festlich und solide gebaut und ausgerüstet ist. Auch seien die Rheder wirklichen Verbesserungen, auch mit Kosten verknüpft, durchaus zugänglich. Wie solle die Reichs-Kontrollbehörde die deutschen Schiffe kontrollieren, welche an den amerikanischen und andern überseeischen Küsten Küstenschiffahrt treiben und oft zehn und mehr Jahre draußen bleiben? Ein Gesetz zu machen über die richtige Besetzung der Schiffe haben selbst die praktischen Engländer bisher nicht fertig bekommen.

Abg. Frese-Bremen (fr. Sp.) theilt mit, daß er mit dem Abg. Penzmann im vorigen Frühjahr in Bremerhaven die Schiffe „Guns“ und „Havel“ des Lloyd unerkannt besichtigt und genau das Vorhandensein und gute Funktionen der Rettungs-Einrichtungen untersucht habe. Sowohl in dieser Beziehung, als hinsichtlich der Sauberkeit hätte sich alles in bester Ordnung befunden. Die Klagen des Herrn Meßger über zu geringe Besetzung der Schiffe trafen bei manchen Schiffen kleiner Rhedereien zu, die beim Mangel ausreichenden Verdienstes mit den Mannschaften leider sparen müßten. Für die Auswandererschiffe seien jedenfalls Kontrollen genug vorhanden. Zahlreiche der Anführungen des Abgeordneten Meßger fanden ohne Beweis da. Die Verbesserung der Sicherheitsvorrichtungen sei von selbst auf den Schiffen eingetreten, ohne daß es dazu der Einwirkung einer öffentlichen Behörde bedürft hätte. Zum Schluß bringt Nebener eine Klage des Kapitäns des „Prinz Heinrich“ über Mangel an Signalen des südlichen Theiles des Norddeutschen Meeres zur Sprache.

Abg. v. Stumm (Rp.) hält wie im vorigen Jahre die Einführung einer Reichsaufsicht über den Schiffahrts-Verkehr für ein nothwendiges Erfordernis.

Abg. Nebel (Soz.): Es ist mir sehr natürlich und erklärlich, daß der Herr Abg. Jebens und der Vertreter von Bremen dem Herrn Staatssekretär ihren Dank aussprechen für die große Wärme, mit welcher er die großen Rhedereien verteidigt hat. Es wäre besser gewesen, die Unrichtigkeit der hier vorgebrachten Thatsachen zu beweisen. Das ist in keiner Weise geschehen und alles, was die Herren hier vorgebracht haben, hat in der Hauptsache das nicht getroffen, was mein Parteigenosse vorgebracht hat. Herr Frese hat auseinandergesetzt, wie vortrefflich die Einrichtungen im Bremer Lloyd seien, geht daraus hervor, daß als er und Herr Penzmann unangemeldet nach Bremerhaven gekommen seien und dort mehrere Schiffe untersucht hatten, alles in schönster Ordnung gewesen sei, insbesondere habe das Herablassen der Boote nur 4-5 Minuten und das Schließen der Schotten nur wenige Sekunden in Anspruch genommen. Diese Ausführungen stehen aber in schroffem Widerspruch mit dem, was amtlich festgestellt worden ist bei der Untersuchung des Unfalls der „Elbe“. Wenn die Herren unmittelbar nach dem Untergang der „Elbe“ und nach der hier stattgefundenen sehr erregten Debatte nach Bremerhaven fuhren, dann hätte ich ihnen gleich sagen können, daß sie nunmehr alles in schönster Ordnung finden würden. Ich habe schon im vorigen Jahre ein Telegramm mitgeteilt, nach welchem der Lloyd, sobald das Unglück bekannt wurde, alles dasjenige gethan habe, was er jahrelang unterlassen habe. Ich bin hier im vorigen Jahre von den verschiedensten Seiten angegriffen worden, namentlich auch von dem Abg. Lieber, der einmal über den atlantischen Ocean hinüber und einmal überseeisch gefahren ist und sich daher großer Sachkenntnis rühmte. Das Telegramm, das ich damals verlas, lautete: „Lloyd läßt keine Bootsmanöver; Seeleute, die 11-18 Jahre im Dienst sind, haben solche Manöver noch nicht mitgemacht; zahlreiche Proben von Schottenschließen; Sonnabend hat es 1/2 Stunde gedauert, bis das Hauptschott geschlossen werden konnte. Übungen im Ausschlagen der Boote gingen nicht. Tane und Binden mit Oelfarbe beschmiert.“ Ich habe zu konstatieren, daß mit Ausnahme eines Falles, des Schottenschließens, worüber keine Untersuchung stattfinden konnte, bei dem Unglücksfall der „Elbe“ alles übrige, namentlich die Unmöglichkeit des Ausschlagens der Boote in rechtzeitiger Weise und an der schlechtesten Einrichtung der „Elbe“ bezug der Unfähigkeit der Mannschaft, den Dienst zu verrichten, gescheitert ist. Ich habe damals nicht angetreten, privatim dem Staatssekretär den Namen des Vertrauensmannes zu nennen; er war der Vorsitzende einer in Bremerhaven ihren Sitz habenden Organisation der Feuerleute; der Mann ist 4 Jahre zur See gefahren, also ein Sachverständiger. Und was ist der Dank gewesen? Der Mann ist, weil er kein Reichsdeutscher war, ausgewiesen worden. (Hört! Hört! und Psi! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt, wo sein Name bekannt war, war er mit einem Mal eine sehr lässige Person und wurde ausgewiesen. Angesichts einer solchen Thatsache haben wir allerdings allen Grund, Ihnen die Namen unserer Gewährsmänner zu verschweigen. Ich bin aberzeugt, daß die Ausweisung nicht an der Schuld des Staatssekretärs lag, aber in Bremen sind die Interessen des Bremer Lloyd im Senat so mächtig, daß was der Lloyd wünscht, im Senat geschieht. Wenn der Herr Staatssekretär mir den Rath gegeben hat, ich sollte mich nicht auf die erste beste Mittheilung eines Anonymus hin zu Anklagen verleiten lassen, so irrte er sich gewaltig, wenn er meint, daß ich das

thue. Wenn wir Anklagen erhalten, so verlangen wir, daß die Leute die Sache kennen und meine Mittheilungen stammen von Leuten, welche das Seewesen aus dem Innern und zum Theil selbst Schiffe geführt haben, die Sachverständige im eminenten Sinne sind.

Es ist ungemein auffallend, daß von den zehn Booten der „Elbe“ nur bei dreien der Versuch gemacht wurde, sie flott zu bekommen und daß es nur bei zweien gelungen ist, und daß von diesen nur eins gerettet wurde, letzteres natürlich unabhängig von den Einrichtungen auf der „Elbe“. Bis zum Untergang der „Elbe“ sollen mindestens 1/2 Stunde verlossen sein und doch sollen nach den Angaben des Herrn Frese 4-5 Minuten genügen, um die Boote zur See zu bringen! Nebener verliest mehrere Zeugnisaussagen zum Beweis für die mangelhafte Einrichtung der „Elbe“. Die „Grathie“ soll nur 7 Mann Besatzung gehabt haben und die beiden auf Waage befindlichen Personen sollen unmittelbar vor dem Zusammenstoß in die Cabine gegangen sein, um sich dort Kaffee zu locken. Diesen Leuten, die sich der denkbar größten Pflichtverletzung schuldig gemacht haben, wird das Patent aberkannt, und das soll eine Strafe sein! Wenn die „Grathie“ auch die Hauptschuld trifft, so ist doch auch festgestellt, daß auch der wachhabende Offizier auf der „Elbe“ nicht seine Pflicht gethan hat. Von unserem See-Kommando ist der „Grathie“ das Zeugnis ausgestellt, daß ihr nach dem Zusammenstoß kein Vorwurf daraus zu machen war, daß sie nach dem Zusammenstoß sich so schnell wie möglich davon gemacht hat. Das See-Kommando hat als wünschenswerth bezeichnet, daß auf den großen transatlantischen Schiffen Manöver abgehalten werden. Es ist weiter die Frage angeregt, ob die Besatzung der Schiffe ausreichend ist, um das nöthige Material an Rettungs-mannschaften zu bieten. Die „Elbe“ hatte 10 Rettungsboote und nur 73 Mann, aber keiner wußte im Moment der Gefahr, was er zu thun hatte. Man hat gesagt, die Besatzung reiche aus, es kommt aber nicht so sehr auf die Zahl an, als darauf, wieviel von den Leuten als wirklich seefähige Leute angesehen werden können. Ein neuer Dampfer, die „Patria“, hat 92 Mann Besatzung und 19 Rettungsboote, von den 92 Mann aber sind nur 8 wirklich seefähige Personen. Während in den übrigen Gewerbebetrieben, und seien sie noch so klein, es für nothwendig erachtet wird, das Inspektoren angestellt werden, ist es bei der Seeschiffahrt so gut wie gar nicht der Fall. Die Unfallinspektoren genügen nicht, die werden um all die Dinge herumgehen, wo für die Gesellschaften hohe Ausgaben entstehen. Herr Jebens hat kein Recht zu betonen, was in den letzten Jahrzehnten für die Ausrüstung der Schiffe geschehen sei. Das thun die Direktoren schon deshalb, weil sie selbst auf den Schiffen fahren. Wenn die Herren von der Regierung so häufig auf Seeschiffen fahren müßten, wie auf der Eisenbahn, so würden nach den verschiedensten Richtungen hin wohl mehr Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Es ist unter den Seeleuten der verschiedensten Nationen eine allgemeine gehörte Klage — ich habe mich darüber informirt — daß insbesondere die großen Dampfer mit besonderer Rücksichtslosigkeit auf dem Meere fahren; der Kapitän muß alles daran setzen, daß er Zeit erspart, weil er sonst Gefahr läuft, seines Amtes verlustig zu werden. In dem Seeverkehr hat sich ebenso gut wie in allen anderen Berufen eine Ueberproduktion herangebildet; das Angebot ist ein sehr großes und für diejenigen Leute, die riskiren, irgendwelche Ausrichtungen für ihre Schiffe zu verlangen, heißt es, wenn Euch das nicht paßt, dann könnt Ihr gehen.

Die Zahl der Mißhandlungen, die namentlich mit den sogenannten Kohlenzeubern vorgenommen werden, ist immer noch sehr groß; es vergeht fast kein Monat, wo nicht vor dem See-Kommando Fälle von Mißhandlungen dieser Menschen, die meist sehr arme Leute sind, die von Deutschland nach Amerika auswandern wollen oder umgekehrt, und sich dann verbinden als Kohlenzeuber, um umsonst die Fahrt machen zu können, zur Verhandlung kommen. Es müßte Vorsorge getroffen werden, daß die Zahl der Heizer so auskömmlich ist, daß sie sich häufig abwechseln können. Wenn jemand 4 Stunden bei der größten Hitze vollständig nackt Kohlen heranschleppen muß, so stellt das Ansprüche an die Körperkräfte, die die wenigsten leisten können. Die Leute, die hierzu herangezogen werden, müssen auch kräftig und fähig sein, diese Art Dienste zu verrichten. Es wird in meinen Berichten hervorgehoben, daß gewöhnliche Menschen für den Dienst nicht brauchbar sind. Unter den seemannisch gebildeten Matrosen hat sich das Urtheil herausgebildet, daß das Fahren auf Dampfern eines wirklichen Seemanns unwürdig ist. Dazu kommt der häufige Wechsel der Leute. Was ist das treibende Motiv für das rücksichtslose Fahren der Kapitäne? Der Profit und die Hoffnung auf Auszeichnung. Der Staatssekretär meinte, die Regierung wende sich an die Arbeiter durch die Vermittlung der Rheder. Diese nehmen natürlich nur solche Arbeiter, die ihnen passen. Diese stehen in einem solchen Abhängigkeits-Verhältnis, daß sie gar nicht frei reden können. Da steht man immer wieder den Vortheil ein, der aus einer freien Organisation hervorgeht. Das Recht, das die Unternehmer haben, müssen die Arbeiter auch haben. Die Arbeiterinteressen werden auf das schmachlichste verletzt. Dem muß ein Ende gemacht werden. Wir werden mit diesen Beschwerden kommen, bis wir Anerkennung für unseren Standpunkt bekommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: Ich muß das Gaus doch bitten, die Ausführungen des Vorredners, dessen Objektivität ich nicht befreite, mit Vorsicht aufzunehmen. In dem Erkenntnis ist ausdrücklich gesagt, daß die Katastrophe nicht auf Mängel in der Beschaffenheit, Ausrüstung, Beladung oder Besetzung, sondern auf die erhebliche Beschädigung zurückzuführen sei, welche das Schiff bei dem Zusammenstoß erlitten hat. Aus dem Bericht ergibt sich auch, daß die von ihm gegen die Offiziere und gegen die Mannschaft erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen. Es sind nur drei Boote von den vorhandenen 10 zu Wasser gelassen worden, und das es nicht mehr waren, liegt an dem außerordentlich unglücklichen Umstände, daß das Schiff sich auf die Seite legte und die an der hochstehenden Seite des Schiffes befindlichen nicht zu erreichen waren. Zwischen dem Zusammenstoß und dem Untergang der „Elbe“ lagen nur 15-20 Minuten, in dieser Zeit waren 7 Boote zum Ausschlagen freigegeben worden. Davon rechtzeitig sich nach dem Urtheil der Schluß, daß die Mannschaft in anerkannter Weise gearbeitet hat. (Hört! Hört! links.) Auch sind die Passagiere nach dem Wortlaut des Urtheils sämmtlich gerettet gewesen. Die Besetzung der größten Dampfer des Norddeutschen Lloyd ist derart, daß der erhobene Vorwurf über ungenügende Schiffbesatzung in seiner Allgemeinheit nicht zutrifft. Die „Elbe“ hatte unter ihrer Besetzung 38 durchgebildete Seeleute. Selbstverständlich ist die Ausweisung seines Gewährsmannes aus Bremen nicht auf mich zurückzuführen; mir ist diese Ausweisung vollständig fremd geblieben bis zu ihrer Durchführung und ich habe auch nicht den leisesten Anstoß dazu gegeben. Aber auch der Norddeutsche Lloyd ist an dieser Ausweisung ganz unschuldig. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und die Ausweisung steht mit dieser Mittheilung an den Vorredner auch garnicht in Zusammenhang. In Bremer-



haben ist früher die Fremdenpolizei und die Vereinigungsgesetzgebung etwas lax gehandhabt worden; der neue Inhaber der Polizeigewalt zog die Fäden namentlich bezüglich der Vereine und Versammlungen etwas straffer an und wies diejenigen, welche dagegen agitatorisch die Unzufriedenheit schärften, aus dem bremischen Gebiet aus. (Fronische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Ja gewiß, wir sind ja so gesteuert, daß wir unseren Bedarf an sozialdemokratischen Agitatoren im Inlande decken können. (Große Heiterkeit.) Außerdem war noch etwas Liebe mit im Spiel; dieser Ausländer wollte nämlich eine Wittwe heirathen, welche im Besitze einer Gastwirtschaft war, in der sich die Genossen zu Versammlungen zu vereinigen pflegten; das hat die Polizei verhindert und ich glaube, sie hat recht daran gethan. (Heiterkeit und Zustimmung rechts.)

Ob die Dampfer ihre Fahrten in beschleunigtem Tempo zurücklegen, ist schon Gegenstand internationaler Erwägung auf dem Kongress zu Washington gewesen; Vorschriften über die Fahrgeschwindigkeit auf See zu erlassen, hat man aber doch für bedenklich angesehen. Die Beobachtung dieser Vorschriften würde sich sehr schwer kontrollieren lassen, wenn man nicht jedem Schiff einen Kontrollbeamten mitgeben wollte; es lassen sich aber auch garnicht einheitliche Vorschriften geben, weil die Schiffe außerordentlich verschieden sind hinsichtlich ihrer Fähigkeit schnell zu fahren und schließlich auch die Vertheidigung der Fahrtrassen in Betracht kommt. Was die Kohlenzieher betrifft, so scheinen die früheren recht häufigen Selbstmorde unter diesen in neuerer Zeit abzunehmen; auf den bremischen Schiffen sind von 28 im Jahre 1889 auf 3 im Jahre 95, auf den hamburgischen seit 1891 von 12 auf 5 zurückgegangen. Die Ursache liegt allerdings darin, daß ganz ungeeignete Personen für diesen schweren Dienst der Kohlenbeschickung verwendet worden. Es sind das körperlich leistungsfähige Leute, welche umsonst über die See zu gelangen hoffen. Die großen Schiffsahrtsgesellschaften gehen bereits gegen diesen Zustand vor; es sollen nur taugliche Personen und zwar nach ärztlicher Untersuchung eingestellt werden. Mißhandlungen kommen ja freilich vor, es wird aber auch sehr scharf dagegen eingeschritten. Die Zahl der Verurtheilungen steht allerdings nicht im Verhältniß zu der Anzahl von Denunziationen.

Bei uns wäre sicher der Steuermann der „Grathie“ auch vor den Strafrichter gekommen, wenn er in Deutschland überhaupt zu fassen war. Eine verschärfte Kontrolle der überseeischen Dampfer vor ihrer Abfahrt ist eingeführt; alle in Frage kommenden Abdecker sind mit vollem Verstandnis entgegengekommen. Der Norddeutsche Lloyd hat für jedes seiner Schiffe eine Bootrolle vorgeschrieben, welche ergibt, was jeder einzelne Mann der Besatzung im Falle der Gefahr zu thun und zu lassen hat. Im Ausgangs- und Endhafen werden mit den Mannschaften Uebungen angestellt in der Bedienung der Boote, der Schließung der Schotten, der Handhabung der Apparate zur Belüftung von Feuerstellen; und da kann man doch etwas hoffnungsvoller in die Zukunft sehen als die Herren Sozialdemokraten es thun. Das Unglück der „Elbe“ ist nun genug breitgetreten; lassen Sie den Unfall ruhen!

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Herr Bebel bezeichnet die Herren Jepsen und Frese als Seefahrts-Interessenten; ich zähle nicht zu dieser Kategorie und bestätige Herrn Frese, daß beide Schiffe, die wir in Bremerhaven inspizierten, von oben bis unten sich in ordnungsmäßigem Zustande befanden. Die „Elbe“ ist von einem Schiffenunfall überrascht worden; die hervorgerufenen Uebelstände sind in der Hauptsache auf die Pöbeligkeit des Falles zurückzuführen. Der Stewart hat eidlich versichert, daß alle Passagiere geweckt worden sind, ich schenke diesen eidlichen Zeugnis Glauben, was die Sozialdemokraten nicht zu thun scheinen. Unter den Gewährsmännern der Sozialdemokraten befindet sich auch nach meinen Erkundigungen ein Mann, der zwar fernwärtige Erfahrungen besitzt, aber bloß einmal als Kohlenknecht nach Amerika gefahren ist und später wegen Trunksucht vom Lloyd entlassen worden ist. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Freiwilliger Regierungskommissar! Glocke des Präsidenten.) Es ist jedenfalls besser, wenn sich die Reichstags-Abgeordneten selbst an Ort und Stelle um Informationen bemühen, als wenn sie sich auf die Zuschriften von Gewährsmännern stützen, die sie nicht kontrollieren können. Das vorgeschickte Material der Dampfergesellschaften an Kapitänen darf nicht verunglimpft oder angegriffen werden. Disziplin muß sein; aber kein Lloydkapitän wird sich der hohen Verantwortlichkeit für die ihm anvertrauten Mannschaften entschlagen. Unsere deutschen Schiffe können in jeder Beziehung den Wettkampf mit den englischen Schiffen aufnehmen. Die Interessen der Abheber gehen mich gar nichts an; aber mein Gerechtigkeitsgefühl fordert, daß auch die Klagen der niederen Stände begründet und berechtigt sind. In Uebertreibungen stimmen nicht ein, wenn sie sich gegen Personen richten, die eine Verunglimpfung nicht verdient haben.

Abg. Wegner-Hamburg protestirt nochmals gegen die Unterstellung, als ob die Sozialdemokraten sich bei ihren Anklagen auf die Mittheilungen eines dunklen Anonymus gestützt hätten. Wenn die Regierung bei den Kapitänen eine Enquete veranstalten würde, dürfte sich das Bedürfnis einer Reichs-Seebehörde sehr schnell als ein sehr dringendes erweisen. Die vorhandenen Reichsbehörden hätten also nur eine sehr beschränkte Kompetenz. Es sei sehr zu bedauern, daß eine Durchsicht des Seeeunfall-Gesetzes nicht in Aussicht stehe. Herr v. Bötticher müsse ja alles schon und vorzüglich finden auf den Schiffen des Lloyd, denn auch unerkannt würde er nicht in die Lage kommen, dasjenige zu sehen, was er nicht sehen solle. Wenn daraus verwiesen werde, daß die Seemannsordnung den Kapitän mit Strafen bedrohe, der die Sicherheitsvorschriften außer Acht lasse, so übersehe man doch, daß es in der Praxis mit der Ausführung dieser Vorschriften bedenklich hapert. Machen die Seeleute Anzeigen, so werden zeitnahe Erhebungen angestellt, welche die Seeleute nicht abwarten können; die Untersuchungen verlaufen ergebnislos und die schuldigen Kapitäne bleiben ruhig Schiffsführer. Dagegen werden diejenigen, welche die vorgeschriebenen Zustände zur Anzeige gebracht haben, auf alle Weise gemahregelt (hört! hört!). Auch kämen in dieser Beziehung sehr viele wunderbare Freisprechungen vor. Das Mißverhältniß zwischen den Denunziationen und den Verurtheilungen sei also garnicht auffallend. Redner führt einen besonderen Fall einer derartigen Freisprechung an, die erfolgt sei, trotzdem der auß ärgste mißhandelte Kohlenzieher am Tage nach der Mißhandlung starb. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Todesfall mit den Mißhandlungen nicht im Zusammenhang stand (Natürlich! bei den Sozialdemokraten), sondern die Folge eines Hitzschlages sei. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Staatsanwalt habe wenigstens die Fugstritte und die Behandlung mit dem Gummischlauch für strafbar gehalten, das Gericht habe aber den Uebelthäter kostenlos freigesprochen! Wie könne man da noch von Uebertreibungen reden?

Abg. Frese verwahrt die Bremer Behörden dagegen, daß sie sich von dem Lloyd oder von irgend Jemand beeinflussen lassen. Wenn die Offiziere der „Elbe“ schuld an der Katastrophe hätten, könnten es doch nicht die Leute der „Grathie“ gewesen sein. Daß die Kapitäne wider besseres Wissen etwas thun würden, nur um sich im Amte zu erhalten, sei eine Unterstellung, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden könne. Chinesen und Malaien eignen sich thatsächlich besser als Kohlenzieher als Leute weißer Rasse. Der Lloyd habe die Maßregel schon längere Zeit durchgeführt, daß nur ärztlich geprüfte Leute eingestellt werden. Kohlenzieher und Heizer hätten in den

Tropen nur 8 Stunden Dienst, je 4 Stunden Dienst und 8 Stunden frei. Die Kollision der „John“ im Kanal mit einem italienischen Schiffe habe bei dichtem Nebel stattgefunden, der Mannschaft sei keine Schuld beizumessen gewesen. Der Unfall der „Havel“ ist darauf zurückzuführen, daß der amerikanische Zwangslöcher unrichtige Anordnungen traf, denen der Kapitän vergeblich widersprach. Die Untersuchung führte ebenfalls zur Freisprechung. Dasselbe gilt von einem Unfall, der die „Traue“ betrafen hat.

Abg. Bebel: Unsubstanzirtes Material haben wir nicht vorgebracht, sondern ganz bestimmte Dinge, die der Staatssekretär nicht widerlegt hat. Herr Lenzmann ist falsch unterrichtet, wenn er glaubt, daß die Deutschen mehr kritisiert als andere Nationen, was Seeschiffahrt betrifft. Er erinnert sich nicht, wie Jahre lang der englische Abg. Plimsoll gegen die schrecklichen Zustände auf den Seeschiffen in englischen Unterhause angeklagt hat, schärfer und rücksichtsloser als es je im deutschen Reichstage geschehen ist. Herr Lenzmann beruft sich auf sein Gerechtigkeitsgefühl. Gerade dieses ist ja auch für uns das treibende Motiv. Dieses Gerechtigkeitsgefühl hätte ihn verhindern sollen, hier gegen uns Dinge auszusprechen, welche haarstarr an eine Verdächtigung streifen. Mein Gewährsmann Steiner ist ein Mann, der die Seeschiffahrt aus dem Fundamente kennt. Er ist nicht einmal als Kohlenzieher über den Ozean gefahren, sondern war vier Jahre als Heizer thätig, nachdem er sechs Jahre in Bremerhaven an der Spitze der dortigen Organisation der Heizer und Kohlenzieher gestanden, also in steter Berührung mit den Leuten gewesen war und alles, was er sagt, beweisen kann; seine Ausführungen über die „Elbe“ sind durch nichts widerlegt worden. Ich war davon überzeugt, daß Herr v. Bötticher an der Ausweisung unschuldig war, aber die noch alante Art, wie er die Ausweisung zu rechtfertigen versucht hat, hat einen sehr bösen Eindruck gemacht. Warum geht man übrigens bloß gegen unsere Agitatoren los, warum nicht gegen die antisemitischen und die des Bundes der Landwirthe, die auch aus dem Auslande, z. B. aus Oesterreich kommen, um bei uns Agitation zu treiben? Herr v. Bötticher hat die wirklich bei einem so lange im Amt befindlichen Beamten überraschende Naivität, hier zu erklären, daß der Lloyd an der Ausweisung unschuldig sei, da es nicht in den Akten stehe. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ja, das glaube ich; aber ich weiß auch, daß, nachdem ich am Sonnabend, den 14. Februar, den Namen dem Staatssekretär genannt hatte, schon am darauffolgenden Sonntag Herr Sartorius, der Vorsitzende des Nautischen Vereins, im Besitze dieses Namens war. (Hört! hört! links.) Nichts ist natürlicher, als daß nun Herr Sartorius an die Direktion des Lloyd und dann auf privatem Wege an die Senatoren die Nachricht gelangen ließ: hört mal, der Kerl klagt an, unheimlich zu werden. Der Staatssekretär brauchte sich also nicht auf die Akten berufen, die für solche Dinge natürlich nicht vorhanden sind. Es ist eben die alte Sache, was allen andern recht ist, ist den Arbeitern nicht billig. Und hat man es gar mit einem Ausländer zu thun, mag derselbe auch viele, viele Jahre in Deutschland leben und für Angehörige des Deutschen Reiches seine gesunden Knochen in Marthe getragen haben, wie dies bei Steiner der Fall gewesen ist, so ist das ganz gleich; je edler und besser die Motive sind, desto mehr muß er bestraft werden, das ist die Moral im heutigen Staate. Meine Gewährsmänner sind alte, erfahrene, zuverlässige Seeleute, wie ich Herrn Lenzmann nochmals erkläre. Einer von ihnen ist 18 Jahre auf See gefahren und war in höheren Stellungen thätig; der erklärt u. a., daß die Schotten in den meisten Fällen nicht gebrauchsfähig sind.

Die Fahrt des Herrn Lenzmann mit Herrn Frese ist erfolgt, nachdem der Unfall der „Elbe“ schon 4-5 Wochen alt war; in diesem Zeitraum hat man Hals über Kopf mit äußerster Ausdauer eben alle die Vorrichtungen getroffen, welche vorher nicht in ausreichendem Maße vorhanden gewesen sind und deren Mangel die Katastrophe der „Elbe“ mit verschuldet hat. Von dem Kapitän der „Elbe“ habe ich nichts gesagt; ich habe lediglich den amtlichen Bericht angeführt und mich auf das unverdächtige Zeugnis einer der getreteten Kaufleute bezogen. Derselben Bericht ist zu entnehmen (Redner zitiert die betr. Stellen), daß von seiten der „Elbe“ nichts geschehen ist, um dem Zusammenstoß aus dem Wege zu gehen und daß es nicht geschehen ist, macht die „Elbe“, wenn auch in geringem Umfange, an dem Zusammenstoße mit schuldig. Diese Ausführung richtet sich gegen den ersten Offizier der „Elbe“, der mit untergegangen ist. Der Reichskommissar erklärte ausdrücklich, daß dieser seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen ist. Man kann nicht sagen, daß dies bloß die Ansicht des Anklägers ist; das Gericht hat entschieden, daß den wachhabenden Offizier der Vorwurf trifft, daß er nicht durch Signal mit der Dampfweife verfehlt hat, der „Grathie“ aus dem Wege zu gehen. Der Mangel der Bootsmänner wird ebenfalls in dem Urtheil hervorgehoben, und daß mit den Schotten auch nicht alles geklappt hat, daß sie versagt haben, betont das Urtheil in gleicher Weise. Was will man denn noch mehr? Daß es auf allen Schiffen des Lloyd gleich mangelhaft bestellt sei, habe ich garnicht behauptet. Wir haben den Fall „Elbe“ nicht mit Vorliebe breitgetreten, der Fall hat ein enormes Aufsehen gemacht und zu weitläufigen Erörterungen geführt, ehe wir dann kamen, ihn hier vorzubringen. Daß wir es thaten, ist doch selbstverständlich, es handelt sich in erster Linie um das Leben zahlreicher Arbeiter. Ich habe mich auf das Zeugnis des Herrn Wiltmann, eines nationalliberalen, keineswegs aber sozialdemokratischen Mannes berufen und aus seiner Schrift nachgewiesen, daß die einfachsten Vorschriften und Schutzmahregeln vernachlässigt wurden, woraus sich die Nothwendigkeit ergibt, ebenso, wie für die Industrie Inspektoren einzusetzen, auch für die Seeschiffahrt besondere Seeschiffs-Inspektoren zu ernennen.

Redner weist dem Abgeordneten Frese nach, daß er ihn mehrfach mißverstanden habe. Ich habe nicht behauptet, was ich, soweit man es überhaupt von einem Abgeordneten verlangen kann, hier nicht zu beweisen im Stande wäre, und alles, was ich angeführt habe, stützt sich entweder auf die Aussagen durchaus vertrauenswerther sachverständiger Männer, oder sogar auf offizielle Angaben, die hier niemand bestritten kann. Solange nicht das Mißtrauenswesen über die Seeschiffahrt ein ganz anderes wird, wie es heute ist, werden Sie noch recht oft Verhandlungen dieser Art hier im Hause haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lieber (Z.): In Bezug auf die „Elbe“ hat die Reichsbehörde vollumfänglich ihre Schuldigkeit gethan, sodas der Vorredner keinen besseren Zeugen für sich anrufen konnte, als den Reichskommissar selbst. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Annahmen des Vorredners zum theil nicht behätigt sind, namentlich daß für die Rettung nicht das nöthige geschehen sei. (Abgeordneter Bebel: Habe ich nicht behauptet!) Sie haben getadelt, daß nur drei Boote in's Wasser gelassen sind, während festgestellt ist, daß durch die Neigung des Schiffes zur Seite die fünf Boote der einen Seite garnicht zu gebrauchen waren. Herr Bebel hat meine Sachverständigkeit bemängelt, weil ich nur einmal nach Amerika hin und zurück gefahren sei. Ich bin auf vier Schiffen gefahren, nicht zum Vergnügen, sondern zu meiner Information namentlich auch über die Schicksale der Passagiere des Zwischendecks. Ich habe diese Verhältnisse genau kennen gelernt. Ich habe mich selbst überzeugt, daß beim Nebel die Schottenthüren halb geschlossen werden, damit sie im Falle eines Zusammenstoßes schneller ganz geschlossen werden könnten. Aber Zeugnisse, die Herrn Bebel nicht passen, scheinen für ihn nicht zu gelten, auch wenn sie von Kollegen aus dem Reichstage abgelegt werden. Um für die Passagiere und Mannschaften besser zu sorgen, bedurfte es der Darlegungen des Vorredners nicht; auch ohne diese

hat sich eine Uebereinstimmung des Reichstages herausgestellt, daß eine solche Fürsorge stattfinden müsse und auch die veränderten Regierungen haben sich in ganz demselben Sinne ausgesprochen. Auf das Zeugnis der englischen Konkurrenten sollte man sich hier im Reichstage nicht berufen. Es wird von allen febrilesten Leuten festgestellt, daß die englischen Schnell dampfer am rücksichtslosesten fahren. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Wegner bestritt, daß die Regier und Malaien so leistungsfähig seien, wie die weißen Heizer. Dafür könne er sich auf Aussagen von Sachverständigen berufen. Die Farbigen sind ein williges und billiges Menschenausbeutungsmaterial. Aber natürlich, solche unheimlichen Thatfachen werden immer in der bekannten reaktionären Redensart als Uebertreibungen bezeichnet.

Darauf wird die Debatte geschlossen. In persönlicher Bemerkung protestirt Abg. Lenzmann dagegen, daß seine Einwendungen als reaktionäre Redensart bezeichnet sind.

Abg. Bebel stellt fest, daß Herr Lieber die Ausführung, die er heute gemacht hat, im vorigen Jahre nicht gemacht habe.

Die Ausgaben werden genehmigt. Nach 5 Uhr wird die weitere Berathung verlagert bis Freitag 1 Uhr. Außer dem Etat wird die erste Berathung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle auf die Tagesordnung gesetzt.

## Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat in ihrer Sitzung am Donnerstag die Wahl des Abg. Krupp (Essen) mit Mehrheit und die Wahl des Abg. Wieske (Brandenburg a. d. S.) einstimmig für gültig erklärt.

In der Justiznovellen-Kommission wurde gestern mit 11 gegen 9 Stimmen der Verschlechterungsantrag der Regierungsvorlage, § 369 Nr. 5 Str.-Pr.-O. dahin zu ändern, daß ein Wiederaufnahme-Verfahren nur dann zugelassen werden soll, wenn die Unschuld durch neue Thatfachen oder Beweismittel bewiesen wird, so daß nicht ein „nichtsichuldig“, sondern ein „unschuldig“ vom Gericht ausgesprochen wird, abgelehnt. Diese Rückwärtsrevision der schon jetzt völlig unzulänglichen Bestimmungen über die Wiederaufnahme eines zu unrecht Verurtheilten erklärten die Regierungsvertreter für durchaus notwendig und veranlaßten durch den Versuch, ihren offensichtlich zu ungunsten einer gerechten Rechtsprechung wirkenden Vorschlag durch alle möglichen Scheingründe planibel zu machen, eine tagelange Debatte. In der nächsten Sitzung (Freitag) beginnt die Berathung über den Theil der Vorlage, der die Entschädigung unschuldig Verurtheilter betrifft.

## Wucherprozeß Pariser und Genossen.

Landgerichts-Direktor Böcker theilt nach Eröffnung der Sitzung mit, daß wiederum ein Zeuge sein Richterseinen durch Krankheit entschuldigt habe und dadurch noch einer der zur Anklage stehenden Fälle ausgeschieden werden müsse. — Ein Fall, bei welchem die Angeklagten Pariser, Herrmann und Meyer beteiligt sind, betrifft den früheren Kaufmann, jetzigen Rentier S., den früheren Mitinhaber einer sehr bedeutenden und besten Fundirten Firma. Der Zeuge hatte vor Jahren zur Begleichung der Ehrenschuld eines verstorbenen Bruders schnell einige tausend Mark nötig. Um sich seinem kranken Vater und seinen Söhnen nicht anvertrauen zu brauchen, ließ er durch Vermittelung des Angeklagten Herrmann in mehreren Fällen auf Dreimonats-Agypse 2000 bis 6000 M. Herrmann gab die Wechsel an Pariser und Meyer weiter. Nach der Behauptung der Anklage sollen sich diese etwa 15-20 pCt. auf das Vierteljahr abgezogen haben, sie bestritten dies aber ganz entschieden und behaupten, daß nur 5-6 pCt. in Abzug gebracht worden seien. Pariser erklärt, daß ihm der Geldnehmer als der Mitinhaber einer Weltfirma bekannt gewesen sei und er sich deshalb gar nicht darum bekümmert habe, zu welchem Zweck das Geld gebraucht wurde. Der Angekl. Meyer giebt an, daß er nicht weiter gehen, als dem ihm bekannten Herrmann einige Wechsel zu diskontieren. Herrmann hat sich 2-2 1/2 pCt. Provision in Abzug gebracht. Bis zu dem im Januar 1893 erfolgten Tode seines Vaters löste der Geldnehmer seine Verbindlichkeiten ein, dann ließ er sich in einigen Fällen von Pariser verpfänden. Mit der Beitreibung wurde der Angeklagte Niederich betraut. — Angekl. Pariser bestritt, daß letzteres geschehen sei, um den event. Einwand des Wuchers abzuwehren. Er habe R. nur als Inlasso-Mandat benutzt und auch in solchen Fällen, in denen er nur 6 pCt. berechnete, stets die Klagen durch dritte Personen führen lassen, weil er seit 16 Jahren sehr nervös sei und lange Zeit in einer Kaltwasser-Heilanstalt zugebracht habe. — Der Zeuge S. erklärt, daß er sich in keiner Weise als bewußt betrachte. Es habe sich bei ihm damals um diekrete Regelung einiger Geldangelegenheiten gehandelt und er habe die ihm von dem Angeklagten gemachten Abzüge als eine angemessene Diskretionsprämie betrachtet. Der Zeuge bestritt, daß er in einer Notlage sich befinden oder leichtsinnig gehandelt habe. Er hätte jederzeit sofort aus dem Geschäft oder von seinem Vater die nöthigen Gelder erhalten können, die er gebrauchte. Aus der Beweiserhebung über diesen Fall, namentlich aus der Vernehmung des Justizraths Kleinholz geht jedoch hervor, daß der Zeuge sehr leichtsinnig gewesen sein muß. Nach dem Tode des Vaters hat sich herausgestellt, daß S. eine Schuldenlast von über 100 000 M. hatte und Pariser etwa 42 000 M. Wechsel auf ihn besaß. Die Mutter des Zeugen, der behufs Begleichung seiner Angelegenheiten aus der Firma austrat, betraute den Justizrath Kleinholz damit, in Akfordverhandlungen mit den Gläubigern des Zeugen einzutreten. Bei dieser Gelegenheit hatte sich Pariser zunächst bereit erklärt, mit einer Zahlung von 40 pCt. zufrieden zu sein, ist dann aber hievon wieder zurückgekommen. Der Staatsanwalt versucht wiederholt Aufklärung darüber zu erhalten, aus welchem Grunde der Zeuge sich nicht anderwärts Geld verschafft habe und wie eigentlich seine finanzielle Lage gewesen. Die Aussagen des Zeugen sind aber unklar; soviel ergibt sich aber, daß der Zeuge die 30 000 Mark Spielschulden, die unter seinen Verbindlichkeiten figurirten, erst längere Zeit nach jenen Geschäften mit Herrmann und Pariser gemacht hat. Aus den weiteren Vernehmungen des Zeugen ist zu ersehen, daß er zu den Personen gehörte, die in der Broschüre des inzwischen wegen Erpressung zu drei Jahren Gefängnis verurtheilten sogenannten Amtswahns Krause „Der Wucher und seine Geldleute“ genannt werden sollten. Er hat sich, um dieser Unannehmlichkeit zu entgehen, durch einige hundert Mark losgelaufen.

Es wurden noch einige Fälle der Anklage verhandelt, welche seinerzeit besonders bemerkenswerthe Momente zu Tage förderten. Der Staatsanwalt beantragte die Vertagung der ganzen Verhandlung, weil er es für geboten erachtete, auch diejenigen Fälle zu dem Gesamtbilde heranzuziehen, über welche wegen Ausbleibens von Zeugen nicht verhandelt werden konnte. Der Gerichtshof war derselben Meinung und vertagte die Verhandlung.

## Tokales.

Die Charlottenburger Parteispedition macht darauf aufmerksam, daß zum Monat Februar neue Abonnementsaufträge für den „Vorwärts“ und das „Vollblatt“ von dem Parteispediteur Schornberg, Kantstr. 111, Hof 3 Tr., sowie von den Votenfrauen entgegengenommen werden. Desgleichen sind sämtliche Zahlungen bei dem Parteispediteur oder den Votenfrauen zu leisten. Der Vertrauensmann.



**Verkauer Hausagrariatum.** Die Agitation des Bundes der Landwirthe und unserer brotwerbenden Agrarier kann fast als Kinderpiel gegenüber der Interessenvertretung bezeichnet werden, die im rothen Hause von den liberalen Hausagrariern geübt wird. Die minimale Bauplatzsteuer, die Berlin eingeführt hat, und die schwerlich mehr als 1-2 Millionen jährlich abwirft, ist den Vertretern der Grundstücksbesitzer außerordentlich verhaßt. Offen den Antrag auf Abschaffung der Bauplatzsteuer zu stellen, dazu fehlt den Herren der Muth. Der Bericht über die letzte Stadtverordneten-sitzung zeigt, daß ihnen selbst der Muth fehlt, einen Gegner der Hausagrariere in der Öffentlichkeit zu hören. Sie haben beschloffen, einen Ausschuß einzusetzen, der hinter geschlossenen Thüren über die Bauplatzsteuer, d. i. also darüber beraten soll, wie die Kosten der Grundstückspekulationen herabzusetzen sind. Und das nennt sich „liberal!“

**Prekariatenthum.** Die Schädlichkeit, mit der die „Deutsche Warte“ ihre hiesigen Berichterstatter entlohnt, ist schon mehrfach von uns geäußert worden. Bisher war aber anzunehmen, daß dies mittelparteiliche Blatt das geistige Eigenthum anderer wenigstens der Form nach achtete, mochte das Honorar, welches den Proletariern der Presse geboten wurde, auch um das Doppelte geringer sein, als das von der Mehrzahl der übrigen Berliner Blätter gezahlte.

Sein Durchmusterern sind wir gestern darauf gekommen, daß die „Deutsche Warte“ auch vom geistigen Diebstahl der allergrößtlichen Form lebt. In Nummer 29 dieser Zeitung vom Donnerstag Morgen findet sich eine Korrespondenz aus London mit der Ueberschrift „Das Jubiläum eines Weltblattes“. In geparterter Schrift sagte die „Deutsche Warte“ der Ueberschrift die Anmerkung hinzu: „Von unserm eigenen Korrespondenten“; damit war der Artikel „London, 28. Januar.“ Gleich die Einleitung kam uns recht bekannt vor und als wir einige zwanzig Zeilen gelesen hatten, wurde uns sofort klar, daß die Originalkorrespondenz der „Deutschen Warte“ nichts war, als der wörtliche Abdruck eines Artikels, den die „Züricher Post“ vor etwa sechs Tagen aus der Feder eines bekannten, in London lebenden Sozialdemokraten gebracht hatte.

Auf solche Weise wirtschaftet ein Blatt, das sich ganz besonders berufen fühlt, das heilige Eigenthum vor den Angriffen der bösen Sozialdemokratie zu schützen!

**Vergeltendes Mähen.** Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „In der Strafsache wider „Undekant“ forschte die Behörde unangeseht nach dem Thäter. In der Druckerei von S. Müller u. Sohn, wo der Anmerkungs-Erlaß des Kaisers für das Militär gedruckt wurde, haben eingehende Untersuchungen stattgefunden. Sämmtliche Angestellte mußten einen vollständigen Lebenslauf ausfüllen und der Firma einreichen. Insbesondere wurden die etwa vorbestraften Schriftsetzer und Stereotypenre von der Polizei beobachtet, Verbote sandten statt, kurzum, die Kriminalpolizei hat sich bisher die größte Mühe gegeben, den Thäter, der dem „Vorwärts“ jenen Erlaß zugestellt hat, zu ermitteln. Allgemein nimmt man an, daß der Schuldige nicht unter dem Druckereipersonal zu suchen sei, sondern daß sich irgend ein Beamter einer Indiskretion schuldig gemacht habe. In der Redaktion des „Vorwärts“ soll niemand wissen, wer der Absender des betreffenden Schriftsatzes gewesen ist.“

Was an der Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ richtig ist, wissen wir nicht; zweifelhaft ist jedenfalls, ob die Fehler der genannten Offizin sich eine Behandlung, wie sie vielleicht Justizbeamten gegenüber angewendet wird, gefallen lassen. Komisch klingt die Mittheilung des Blattes von der schärferen Beobachtung der vorbestraften Angestellten. Von politischen „Vergehen“, die einen Menschen nur ehren können, abgesehen, ist doch notorisch, daß Vorstrafen den Menschen wahrlich nicht geneigt machen, sich einer Partei zuzuwenden, die wie die sozialdemokratische am allerwenigsten zweifelhafte Elemente in und um sich duldet.

**Menschenwürde.** Die unter dieser Stückmarke von uns gebrachte Meldung über den empfindlichen Vorfall, der sich in einer Lederwarenhandlung in der Potsdamerstraße abspielte, hat jetzt dem Inhaber des Geschäftes, Herrn J. Wortmann, Potsdamerstr. 14 Veranlassung gegeben, mit seiner Person hervorzutreten und unsere Mittheilung, in einer „berichtigenden“ Zuschrift, die mit den zu erwartenden Abschwächungen versehen ist, zu bekräftigen.

Herr Wortmann schreibt also: „Am 20. Januar kaufte in meinem Geschäft ein Herr, welcher sich für einen Fürsten ausgab und in dessen Hutkutter ich eine Fälschung wahrnahm, eine Anzahl Reitgeräten und wandte sich an zwei gerade anwesende Ausdräger mit der schmerzhaften Aufforderung, ihm für ein gutes Trinkgeld zu sagen, welche der von ihm ausgewählten Geräten am besten ließe. Die freundliche Miene des Käufers überzeugte die Burken, daß es sich um einen Scherz handelte, sie sagten zu und empfingen mit sehr vergnügten Gesichtern wahrhaft fürstliche Trinkgelder. Wie ich die Fortsetzung des Scherzes verbot und die Burken fortgeschickte (zu ihrem Bedauern, wie sie nachher erklärten), veranlaßte der Käufer den ihn fahrenden Droßknecht zu der gewünschten Auskunft. Dieser war eben so schnell bereit, und der Käufer zahlte wieder verschwenderisch, so daß der Käufer, wie ich jetzt energisch dem Spaß ein Ende machte, nur schwer zum Gehen zu bewegen war, und hat, es doch noch einmal zu gestatten. Hieraus ist ersichtlich, daß der Käufer niemandem wehe gethan, sondern sich nur einen Scherz erlaubt hat, der mir allerdings in meinem Laden nicht gefiel, so daß ich ihn verbot.“ — Zugleich übersendet uns Herr Wortmann folgende Erklärungen: 1. „Die unterzeichneten, im Laden der J. Wortmann'schen Koffer- und Lederwarenfabrik beschäftigten Angestellten, welche diesen Vorfall mit ansehen, erklärten, daß obige Beschreibung desselben wahrheitsgetreu ist. (gez.) M. Meuter, J. Simon, D. Zraet.“ 2. „Wir Endunterzeichnete erklären, daß vorstehend erwähneter Käufer uns mit seinen Reitgeräten nicht im mindesten wehe gethan, geschweige denn solche auf uns geschlagen hat. Wir protestiren dagegen, daß wir uns einer demüthigenden Handlung unterworfen haben, denn die Art, wie uns der Käufer behandelte, überzeigte uns, daß er sich nur einen Scherz machte. (gez.) Georg Selchow, Alfred Meier.“

Mit uns wird mancher Mann die Meinung hegen, daß Herr Wortmann besser gethan hätte, sich über die beschämende Affäre auszusprechen. Es ehrt ihn aber, daß er nachträglich erklärt, mit den Hochzeiten des russischen Prätendenten nicht einverstanden gewesen zu sein.

**Das neue mit Fahrrädern versehene Dienstmanns-Institut** verlangt von seinen Angestellten, daß sie 1,50 M. täglich an die Direktion abliefern. Nur ist die Beschäftigung der Leute so gering, daß sie, wie sie in einer an die Direktion gerichteten Zuschrift mittheilen, durchschnittlich den Tag nur 2 M. einnehmen. Sie bitten daher die Direktion, vorab mit täglich 75 Pf. und Sonntags mit 50 Pf. vorlieb zu nehmen; andernfalls seien sie gezwungen, die Beschäftigung aufzugeben. Die Antwort der Direktion steht noch aus. Zu rügen ist, daß das Institut weder für die Krankenversicherung noch für die Alters- und Invaliditätsversicherung der Angestellten sorgt.

**Eine Eisenbahn** wird auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung in Betrieb gesetzt. Die Einrichtung ist zur Zeit noch in Chicago, doch soll der Bahnbetrieb am 1. Mai eröffnet werden.

**Die Königin'sche Entdeckung im Kriegsministerium.** Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: Das Kriegsministerium hat Veranlassung genommen, in Verbindung mit der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt Versuche darüber anzustellen, ob die Königin'sche Entdeckung für kriegsärztliche Zwecke dienstbar zu machen und zum Nutzen kranker und verwundeter Soldaten zu verwerthen sein wird. Infolge dessen ist eine Reihe photographischer Auf-

nahmen von anatomischen und kriegsärztlichen Präparaten gemacht, in denen Geschosse und Geschosstheile in den Weichtheilen und Knochen stecken. Die Photographie geben ein deutliches Bild der stattgehabten Knochenverletzungen und lassen den Sitz des festengebliebenen Projektils mit Sicherheit erkennen. Die Versuche werden in größerem Maßstabe fortgesetzt, und wir hoffen, bald darüber näheres berichten zu können.

**Im Zirkus Busch** ist ein neues Ausstattungsstück: „Die Jagd nach dem Glük“ in Vorbereitung, das demnächst in Abwechslung mit der Pantomime „Ihrens, das Waldmädchen“ gegeben wird. Die Novität schildert das Leben eines modernen Glädritters und schließt mit dem vor den Augen des Publikums stattfindenden Brande und völligen Untergang eines vom Bliz getroffenen Schiffes.

**Vierter Klasse.** Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Die Auskräftung der Personenwagen vierter Klasse mit Sitzbänken ist nunmehr auf den preussischen Staatsbahnen vollständig durchgeführt. Da es im Interesse des reisenden Publikums erwünscht erscheint, das die gleiche Einrichtung auch bei den preussischen Privatbahnen getroffen werde, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Eisenbahn-Kommissionen veranlaßt, den Vorständen der ihnen unterstellten Privatbahnen ein gleiches Vorgehen zu empfehlen. Sie sollen ihm bis zum 1. Mai berichten, wie sich die Vorstände zu dieser Anregung gestellt haben.“

**Die Untersuchung gegen die Wittwe Auguste Sch eid n e r** aus Rixdorf wegen Gattenmordes, Urkundenfälschung, Betrugs in zahlreichen Fällen etc. wird vom Rixdorfer Amtsgericht geführt, in dessen Gefängniß die Beschuldigte sich auch befindet. Fast täglich melden sich neue Beschädigte, so daß die Akten bereits einen stattlichen Umfang erreicht haben. Sehr gravierend für die Beschuldigte sind die nachstehenden Feststellungen: Wie wir bereits mittheilten, hatte die Schreibere ihren älteren Sohn bei einer Lebensversicherungsgesellschaft mit 20 000 M. versichert. Vor einiger Zeit erhielt nun der Gastwirt B. einen anonymen Brief mit 3 M. Inhalt, in welchem er aufgefordert wurde, den bei ihm verkehrenden jungen Scheidner betranken zu machen, da es sich um eine Wette handelte. Unterzeichnet war der Brief mit „Vier gute Freunde“. Da B. in der That glaubte, es handle sich um einen Scherz, machte er am nächsten Tage mit Scheidner ein kleines Bechergelage, doch wurde Sch. feinerwegs betrunken. Bald darauf erhielt auch der Gastwirt B. einen ähnlichen Brief mit 10 M. Einlage. Nach dieses Schreiben war mit der Unterschrift „Vier gute Freunde“ versehen und erluchte den Wirth, den jungen Scheidner betranken zu machen. Die Wettenden würden dann weitere 50 M. in dem Lokal verkaufen. Dem Gastwirt kam die Sache aber verdächtig vor und er zeigte den Brief dem Scheidner, der ost bei ihm verkehrte. Erklärend erklärte dieser, daß es die Handschrift seiner Mutter sei, und daß letztere ihm schon längere Zeit nach dem Leben trachte. Der Wirth verwahrte den Brief und hat ihn nunmehr dem Untersuchungsrichter zur Verfügung gestellt. Es ist anzunehmen, daß die Person den jungen Mann während seiner Trunkenheit hat vergiften wollen. Wie verurteilt, wird die Scheidner in der Untersuchungsphase streng bewacht, da sie bereits wiederholte Selbstmordversuche gemacht haben soll.

**Die bei den Einbrüchen in einer Waffenfabrik** in der Prenzlauerstraße theilhaftig gewordenen Knaben sind von der Polizei wieder sämtlich aus der Haft entlassen worden, nachdem sie ein volles Geständniß ihrer Schuld abgelegt. Die Knaben haben das in den letzten Jahren so beliebt gewordene Indianerspiel betreiben wollen, wozu ihnen der nahe Friedrichshain mit seinen dichten Büschen und als Winterpflanze dienenden Bäumen die beste Gelegenheit bot. In diesem Park sind auch die fehlenden Waffen aufgefunden worden. Die Schlagringe und Zeichenmesser haben die jugendlichen Abenteuer nur theil verschont, zum theil verloren, und es sind auch thätiglich dergleichen Gegenstände in der Prenzlauerstraße gefunden und dem Waffenhändler R. ausgehändigt worden. Die Polizei hat die Strafsakten der Staatsanwaltschaft übergeben, wiewohl noch keiner der Knaben in strafwürdigem Alter steht.

**Eine Verbände** gerieth am Mittwoch Abend 7 Uhr an der Kurfürstenbrücke in der Nähe des königlichen Markfalls in Brand. Die Feuerwehr rückte in einer Stärke von nicht weniger als vier Kompanien aus und die Polizei sperrte die Lange Brücke und die Breitestraße ab. Nach solcher Anstrengung war das Feuer in wenigen Augenblicken gelöscht.

**Schwer verunglückt** ist am Donnerstag, morgens gegen 8 Uhr die 23jährige Franziska Wolz, die bei ihren Stiefelern, den Eheleuten Lark in der Schulendorferstr. 17a wohnt. Das Mädchen war in der Dachpappfabrik von Wigandow in der Schausstr. 70 beschäftigt und stand gestern Morgen im ersten Stock mit einem Balken in der Hand, um einen augenbühnenden Ead mit Pumpen nach dem Boden zu ziehen. Als sie den Ead anheben wollte, that sie einen Fehltritt und stürzte aus einer Höhe von 5 Metern in die Tiefe hinab. Innerlich schwer verletzt mußte die Verunglückte in ein Krankenhaus gebracht werden.

**Ein Fall entsetzlicher Rohheit** wird, wie die „N. A. Z.“ meldet, erst nachträglich bekannt. Im Nagel'schen Restaurant in der Schwedterstraße fand Sonntag ein Wustelball statt. Gegen 1 Uhr drängte sich in der Versammlung ein Mann ein, der alsbald mit einigen der Anwesenden Streit anfang. Der Vorsitzende des Vereins forderte daher den Eindringling auf, den Saal zu verlassen. Da zog der Patron ein Messer hervor und schlugte dem Verein zufliehenden den Bauch auf. Der entsetzliche Vorgang hatte sich so schnell abgespielt, daß es keinem der vor Schrecken starren Zeugen der That möglich war, den Messerschelden zurückzuhalten. Dieser stürzte sich nun auf den ihm zunächststehenden und brachte ihm einen vier Zoll tiefen Stich im linken Unterschenkel bei. Einen dritten machte er durch einen Fehltritt in den Unterleib kampfunfähig, und schließlich verwundete er noch einen vierten durch einen Stich in die Brust. Jetzt erst löste sich der die Anwesenden lähmende Schreck, und es gelang, den Rasenden zu bändigen und zwei herbeigerufenen Schutzleuten zu übergeben. Die Verletzten wurden nach der Anfallstation in der Schönbauer Allee gebracht. Der Vereinsvorsitzende liegt im Krankenhause am Friedrichshain hoffnungslos darnieder.

**Nach Veruntreuung** von 20 000 M. ist, wie gemeldet wird, der Buchhalter einer größeren Schirmfabrik verschwunden.

**Ein Unfall am Fahrstuhl** ereignete sich gestern, Donnerstag, nachmittags um 12 1/2 Uhr, in dem Baarengeschäft von Werthim in der Dreikönigstraße. Der Verletzte soll mit einer Quetschung der Hand davon gekommen sein. Genaueres ließ sich weder über die Art des Unfalles noch über seine Schwere feststellen, da der Inhaber des Hamschbazar die Auskunft verweigerte.

**Jung im Glend.** Völlig hilflos wurde Mittwoch Abend ein Mädchen an der Ecke der Königsgräber- und der Mödenerstraße aufgefunden. Ein Schuttmann brachte die Bewußtlose in ein Krankenhaus, wo sie aus mitgeführten Papieren als das 17jährige Dienstmädchen Hedwig Säume aus Fülehe festgestellt wurde. Ob das Mädchen hier in Berlin eine Stellung hat und wo es wohnt, konnte noch nicht festgestellt werden.

**Das Verschwinden** der Mäntelmäherin Martha Schmögel, über das wir vor einiger Zeit berichteten, hat seine Aufklärung gefunden. Das Mädchen hatte am 18. d. M. seine Wohnung in der Prinzenstraße Nr. 53 bei seiner Tante Frau Schnelle verlassen, war aber weder auf der Arbeitstelle in der Kasanien-Allee eingetroffen, noch nach Hause zurückgekehrt. Die Verschwindene ist als geisteskrank von der Polizei auf der Straße angehalten und einer Heilanstalt überwiesen worden. Die Erkrankung ist, wie es scheint, auf unglückliche Liebe zurückzuführen. Konnten denn die Angehörigen nicht benachrichtigt werden?

**Halbnacht** lief am Mittwoch Abend ein Mann im Norden der Stadt in den Straßen umher, bis ein Schuttmann ihn anhielt und mit einer Droßke in ein Krankenhaus brachte. Es war der 23jährige Gärtler Paul Eisermann aus der Veteranenstraße 12, der augenscheinlich geistesgestört ist.

**Der 28 Jahre alte Steinbildhauer Franz Rindt**, der in der Bülowstraße Nr. 56 bei seiner Mutter wohnt, ist plötzlich geisteskrank geworden. Der Mann schwört ununterbrochen dem Kaiser Treue.

**Das Postmuseum** ist vom 30. Januar ab wieder geöffnet. Die Eingänge sind verändert worden.

**Witterungsübersicht vom 30. Januar 1896.**

Stationen.	Barometerstand in mm., reduziert auf 0. Meterep.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (50° F.)
Swinemünde	774	M	6	bedeckt	3
Hamburg	780	M	8	Nebel	1
Berlin	779	M	5	bedeckt	1
Wiesbaden	785	W	2	bedeckt	-1
München	784	O	1	bedeckt	-4
Wien	782	WNW	3	wolkig	-2
Hararanda	787	—	—	bedeckt	0
Petersburg	—	—	—	—	—
Gort	786	NO	1	bedeckt	6
Aberdeen	779	W	2	wolkig	5
Paris	785	NO	2	bedeckt	3

**Wetter-Prognose für Freitag, 31. Januar 1896.**  
Vorbereitend wolkiges Wetter mit geringen Niederschlägen, ziemlich frischen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.  
Berliner Wetterbureau.

### Geriichts-Zeitung.

**Eine an Soldaten ergangene angebliche Aufforderung zum Angehoriam** gegen militärische Bezirke beschäftigte gestern zum zweiten Male die IX. Strafkammer Landgericht I zu Berlin. Angeklagt war der Arbeiter Karl Zinne. Die Strafkammer hat größere Aufsehen erregt und auch das Reichsgericht bereits beschäftigt. Der Thatbestand ist folgender: Der Jungtaubensverein „Wedding“ veranstaltete am 22. September 1894 ein Tanzvergnügen, an welchem die Theilnahme gegen Lösung einer Eintrittskarte auch Nichtmitgliedern gestattet war. Gegen Mitternacht ließ der Angeklagte, diejenigen Personen, welche zum Herbst 1894 zum Eintritt in das Heer bestimmt waren) vortreten und hielt, als etwa zwölf zukünftige Krieger vorgetreten waren, an diese eine Ansprache, welche etwa so lautete: „Ihr kommt nun aus der Freiheit in die Knechtschaft und ich fordere Euch auf, daß Ihr auch bei dem Militär Eure Schuldigkeit thut und die sozialdemokratischen Lehren auch unter den Soldaten verbreitet. Die Sache kam zur Kenntniß der Kriminalpolizei, Kriminalkommissarius Schöne vernahm die Zeugen und gegen Zinne wurde die Anklage auf Grund der §§ 111 und 110 des Strafgesetzbuchs erhoben, weil er „zum Angehoriam des Soldaten gegen einen Befehl in Dienstsachen (§§ 92 und 93 Militär-Strafgesetzbuch), jedoch ohne Erlaubnis, aufgefordert habe.“ — Die 9. Strafkammer hatte seiner Zeit den Angeklagten freigesprochen. Der Gerichtshof hatte festgestellt, daß zufolge Ermächtigung des preussischen Kriegsministeriums sämtliche von diesem Ministerium ressortirenden Generalkommandos, mit Ausnahme desjenigen des 16. Armeekorps, an alle ihnen unterstellten Unteroffiziere und Mannschaften im Januar und Februar 1894 einen Befehl erlassen haben, in welchem diesen u. a. „jede Tritten erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Andrusse, Gesänge oder ähnliche Kundgebungen“ dienstlich verboten worden ist. Die Strafkammer war jedoch des Erachtens, daß dieser Befehl nicht einen Befehl in Dienstsachen“ im Sinne des § 92 des Mil.-Str.-G.-B. darstelle und daß seine Nichtbefolgung deshalb nicht kriminelles strafbar sei. Der Gerichtshof hielt auch die Behauptung des Angeklagten nicht für widerlegt, daß er von den erwähnten Befehlen keine Kenntniß gehabt. — Das Reichsgericht hat das erste Urtheil aufgehoben, weil es jene Befehle als „Befehle in Dienstsachen“ erachtete, auf den dolus eventualis hinwies und mehrere andere Gesichtspunkte hervorhob. Der Angeklagte behauptete auch diesmal, daß er in angelegentlichem Zustande sich die Bedeutung seiner Worte garnicht klar gemacht habe und ihm das Bestehen jener Korpsbefehle unbekannt sei. — Die vernommenen Zeugen wußten nicht mehr genau, was der Angeklagte gesagt habe, ein älterer Zuhörer, der seinerseits die Zeugen vernahm hatte, während ihrer Militärzeit sich jeder sozialdemokratischen Agitation zu enthalten, hat den Angeklagten dahin verstanden, daß die Leute, wenn sie wieder ins Jockl zurückkämen, die rote Fahne wieder hoch halten sollten. — Staatsanwalt Jagen führte aus, daß der Angeklagte zunächst durch seine Ansprache Mißvergnügen in bezug auf den Dienst unter den Kameraden, also Unzufriedenheit mit den dienstlichen Verhältnissen verbreiten wollte und dazu aufgefordert habe, dem im § 102 Mil.-Str.-G.-B. gegebenen Verbote zuwider zu handeln. Sicher sei ein Verstoß gegen die §§ 112, 111 oder 110 vorliegend. Der Angeklagte, der selbst Soldat gewesen und sich gut geführt habe, habe — selbst wenn er die betr. Korpsbefehle nicht gekannt haben sollte — bei seiner Kenntniß von den sozialdemokratischen Zielen und bei der Lektüre von Zeitungen mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß derartige Befehle gegen sozialdemokratische Agitation im Heere bestehen. Schon die vielen Abertreibungen in den Mittheilungen, die sozialdemokratischerseits über Soldatenniederhandlungen ergeben, (wo denn, Red. d. „Vorw.“, zeigen wie von jener Seite darauf abgezielt wird, die Vornachlässigkeit in der Armee zu untergraben. Wie alles hervorgehoben wird, um die Unzufriedenheit der Soldaten zu fördern und Mißtrauen gegen die Institutionen des Staates zu säen, sei bekannt und es sei doch bezeichnend, daß in keinem der sozialdemokratischen Programme mit einem Worte des Monarchen Erwähnung geschieht!! Schon daraus gehe hervor, daß sich die sozialdemokratischen Tendenzen nicht vereinigen lassen mit der Treue, die der Soldat bei den Kriegskampftagen und dem Fahneidee angelobt. Fordern doch die Sozialdemokraten auch, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht dem Monarchen, sondern dem Volke zustehen solle. Das Vorgehen des Angeklagten sei ein ganz unerhörtes und er beantrage deshalb gegen ihn 10 Monate Gefängniß. — Rechtsanwalt Schöps plädierte in längerer Rede für die Freisprechung des Angeklagten. Er bestritt, daß überhaupt genau feststehe, was der Angeklagte gesagt habe und daß letzterer bei klarem Verstande gewesen sei. Der Angeklagte habe die in Frage stehenden Korpsbefehle nicht gekannt und der dolus eventualis könne auch nicht auf ihn Lag greifen. Der Verteidiger führte zahlreiche rechtliche Momente auf, die gegen die Anwendung der §§ 112, 111 und 110 sprechen und berief sich auch auf eine Reihe von Aeußerungen sozialdemokratischer Führer, um zu beweisen, daß die Sozialdemokratie keineswegs ihre Anhänger dazu anhalte, Unzufriedenheit in die Reihen der Armee zu tragen. Er beantragte Freisprechung eventuell Geldstrafe. — Der Gerichtshof erblickte in dem Verhalten des Angeklagten einen Verstoß gegen die §§ 111 und 112 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung zum Angehoriam) und verurtheilte ihn deshalb zu einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten.



In dem Beleidigungsprozess der Frau Lina Morgenstern gegen Schuldirektor Goerth hatten beide Parteien Berufung eingelegt. Am 23. Januar ist nun in Leipzig die Goerth'sche Berufung vom Landgericht nach längerer Verhandlung verworfen, dagegen auf die Berufung der Frau Morgenstern das erste Schöffengerichts-Urtheil aufgehoben und Schuldirektor Goerth in Justirbuße zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Auch ist angeordnet worden, daß die beleidigenden Stellen des Goerth'schen Werkes vernichtet werden und daß das Urtheil in der 'Leipziger Völkerverzeitung', im 'Leipziger Amtsblatt' und im 'Leipziger Tageblatt' auf Goerth's Kosten zu veröffentlichen sei.

In der Beleidigungsklage, die der Pastor Naub gegen den Redakteur der 'Konservativen Korrespondenz', Claar, angehängt hatte, stand heute Termin vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts I an. Von den Parteien war nur der Kläger erschienen. Claar hatte in einigen Artikeln der 'Kons. Kor.' dem Kläger wie andern Pastoren u. a. den Vorwurf gemacht, daß diese um die Gunst der Arbeiter bühlen, um sich politische Macht zu sichern. Sie könnten zur konservativen Partei nicht gerechnet werden. Ueber Wirkung und Richtung ihrer Thätigkeit müßten die Herren sich aber klar sein, dies bewiesen ihnen die Ausprägungen sozialdemokratischer Blätter, und Bebel hätte alle Ursache, sich die Thätigkeit dieser Herren gefallen zu lassen.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden, einen Vergleich einzugehen, erwidert der Vertheidiger des Privatklägers: 'Einem Pastor unterzulegen, er habe sozialdemokratische Gesinnung, er wolle sich einen Anhang à la Bebel und Singer sichern, ist eines der schwersten Vorwürfe, die ihm gemacht werden können. Das kann sich ein Pfarrer nicht gefallen lassen.' Auf einen Vergleich einzugehen wäre der Kläger nur bereit, wenn diese Unterstellungen öffentlich zurückgenommen würden.

Da die Vertreter der Parteien erklärten, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß ein Vergleich zu Stande komme, wird ein neuer Termin anberaumt, für welche das persönliche Erscheinen beider Parteien angeordnet wurde.

Wegen Eidesverweigerung wurde von der Strafkammer in Gleswih der Grubenarbeiter Joseph Gaida aus Fabrze zu 150 M. Geldstrafe, 3 Tagen sofort vollstreckbarer Haft und in die Kosten des verurteilten Termins verurtheilt. Gaida sollte in einer Straffache gegen den Schleppler Radul von der Königin Luise-Grube als Zeuge vernommen werden. Als er den Eid leisten sollte, weigerte er sich und führte an, er habe in der Voruntersuchung den Eid abgegeben und der Mensch dürfe nur einmal schwören. Die Verhandlung mußte verlagert werden.

Der Opernsänger Alvarh, welcher vor anderthalb Jahren am Hoftheater in Mannheim bei seinem Auftreten in Wagner's 'Siegfried' verunglückte und daraufhin eine Entschädigungsklage

in Höhe von 30 000 Mark gegen die Stadtverwaltung und den damaligen Intendanten Prach anstregte, wurde von der Zivilkammer des Landgerichts kostenpflichtig abgewiesen.

### Gewerkschaftliches.

An sämtliche Klempner Berlins! Da in fast allen Zweigen der Metallbranche eine bessere Geschäftskonjunktur zu verzeichnen ist, sind auch die Klempner Berlins entschlossen, bei geeigneter Zeit in eine Lohnbewegung einzutreten. In der letzten Vertrauensmänner-Versammlung wurde beschlossen, einen neuen Lohn-Tarif auszuarbeiten; dies ist aber nur möglich, wenn die Kollegen in sämtlichen Werkstätten ihre Wünsche zur Sprache gebracht haben. Es werden daher alle Kollegen aufgefordert, in allen Werkstätten, soweit es noch nicht geschehen, Vertrauensmänner zu wählen und deren Adressen ungesäumt an den Unterzeichneten einzusenden. Kollegen! Ich glaube, es bedarf nur der wenigen Worte und Ihr werdet Eure Pflicht thun! Nur durch Zusammenfassung aller ist es möglich, dem Kapitalismus Zugeständnisse abzurufen; vereinzelt sind wir machtlos. Der Vertrauensmann der Berliner Klempner: Franz Zimmermann, SO. Päcklerstr. 55, Hof parterre.

Die süddeutschen Drahtseilfabrikanten wollen eine Erhöhung der Preise ihrer Fabrikate vereinbaren, weshalb sie sich benachmigt in Mannheim versammeln werden. Inwieweit die beabsichtigte Preiserhöhung auch den Arbeitern zu gute kommen soll, darüber herrscht tiefes Schweigen.

Die Weisgerber Erlangens sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Der Feilenhauerstreik in Bielefeld ist, abgesehen von der Zimmermann'schen Fabrik, für beendet erklärt.

### Vermischtes.

Sauptmann's 'Weber' sind jetzt auch für Leipzig endgültig verboten, nachdem die königliche Kreisshauptmannschaft den Verkauf des Theaterdirektors Meißner gegen das von dem Polizei-Amt Leipzig verhängte Verbot der Aufführung von Gerhart Hauptmann's Drama 'Die Weber' abschlägig beschieden.

In der Massenuntersuchung gegen Bahubeamte geht der 'Frankf. Ztg.' von eingeweihter Seite, wie das Blatt hervorhebt, eine Darstellung zu, der wir folgendes entnehmen: Die Veranlassung zu der Massenuntersuchung bot der bekannte Hamburger Schaffner- und Viehhändler-Prozess, bei dem seinerzeit ausgesagt wurde, daß im Frankfurter Eisenbahn-Direktionsbezirk solche Unregelmäßigkeiten auch vorkämen. Die Frankfurter Eisenbahn-Direktion veranlaßte darauf die dortige Polizei, eine Untersuchung einzuleiten, die jedoch resultatlos verlief. Darauf wurde die Hamburger Polizei mit der Untersuchung betraut. Der Vorsitzende der Spezialdirektion

der Hessischen Ludwigsbahn wurde zwei Tage vor dem entscheidenden Schlosse von dem vorausgegangenen Leiden der Hamburger Geheimpolizisten in Kenntniß gesetzt. Wahrscheinlich hätte die Verwaltungsbehörde, wenn sie in ihrer Gesamtheit früher unterrichtet worden wäre, die Untersuchung selber in die Hand genommen und das Vergehen auf dem Disziplinarwege gefügt. Dadurch wäre manche Familie vor großem Kummer bewahrt geblieben. Denn aus verschiedenen Umständen geht hervor, daß bei dem jetzigen Verlauf der Angelegenheit auch Unschuldige mitgelitten haben. Wie man hört, sind bei den meisten Vergehen übrigens keine unmittelbaren Geldvortheile für die Beamten herausgekommen, sondern nur die kostfreie Theilnahme an den Zechgelagen. Hierfür aber liegt eine gewisse Entschädigung, abgesehen von sehr spärlichen Befolgungsverhältnissen, darin, daß die Leute die Maße ihrer falschen 'Freunde' nicht durchschauten. Wenn man ferner bedenkt, daß Jedem in verhältnismäßig hohem Betrage gemacht wurden, so verdient die Behauptung Glauben, daß die Beamten größtentheils betrunken waren, als sie sich zu den Unregelmäßigkeiten verleiteten ließen. Die Geheimpolizisten sollen, was wir vorerst für ganz unglücklich erachten müssen, ihren Auftrag so weitberzig aufgefaßt haben, daß sie einigen Schaffnern sogar den Antrag stellten, man möchte ihnen doch zur Beschaffung von Mäßen für ihr öffentliches Haus behilflich sein. Ein solches Verhalten könnte nicht scharf genug gekennzeichnet werden.

Ein Jurist schreibt der 'Frankf. Ztg.': Der Vorgang, daß Hamburger Geheimpolizisten als Agents provocateurs Bahnbeamte zu strafbaren Handlungen veranlaßt hätten, würde nicht nur moralisch, sondern auch strafrechtlich zu verurtheilen sein. In Betracht kommt wohl § 332 R.-St.-G.-B. für die Bahnbeamten und damit ohne weiteres § 333 für die Polizisten. Erstere sind strafbar, wenn sie sich durch 'Geschenke oder andere Vortheile' zu einer Verletzung einer Amts- oder Dienstpflicht verleiten lassen, letztere, wenn sie einem Beamten 'Geschenke oder andere Vortheile' gewährt haben. Zu welchem Zwecke jene Befehle von Beamten erfolgt, ist ganz gleichgültig; § 333 hat nur zur Voraussetzung, daß die Absicht bestand, den Beamten zur Pflichtwidrigkeit zu verleiten, und daß dies hier zutrifft, geht aus den Schilderungen über die Thätigkeit der Polizei, wenn sie sich bewahrheiten sollte, insbesondere aus den freien Zechgelagen hervor. Es könnte unmöglich nur als eine Kontrolle der Bahnbeamten angesehen werden, denn eine solche ist durch § 357, Absatz 2, scharf begrenzt, und dieser Paragraph stellt gerade fest, daß die Kontrolle nicht zur Anstellung strafbarer Handlungen im Amt' ausarten darf. Die Funktionen der Polizisten waren aber eine Kontrolle in jenem Sinne, denn sie sollten als Beamten ermittelt, ob und inwieweit die Bahnbeamten Pflichtwidrigkeiten begangen haben oder begehen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

- Freitag, 31. Januar.
- Opernhaus. VI. Symphonieabend der Königl. Kapelle.
- Schauspielhaus. Faust.
- Deutsches Theater. Der Kaufmann von Venedig.
- Festung-Theater. Comtesse Sudeck.
- Berliner Theater. König Heinrich.
- Neues Theater. Der Herr Direktor.
- Residenz-Theater. Hals über Kopf.
- Vorher: In doppelter Belehrung.
- Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.
- Theater Unter den Linden. König Chilperich.
- Schiller-Theater. Victoria. Oskel Bräutigam.
- Adolph Ernst-Theater. Madame Suzette.
- Central-Theater. Eine tolle Nacht.
- Pelle-Alliance-Theater. Böse Buben.
- Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Zimmer.
- National-Theater. Preciosa. Zum Schluss: Fischens, das Waldmädchen.
- American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
- Reichshafen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Schiller-Theater. (Wallner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Victoria. Oskel Bräutigam. Sonnabend, abends 8 Uhr: Romeo und Julia.

**Adolph Ernst-Theater.**  
**Madame Suzette.**  
Baudouille - Poffe in 3 Akten von Sylvane und Ordonneau, bearbeitet von Ed. Jacobson u. J. Aren. Musik von Edmond Audran. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Große Doppel-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
**Preciosa.**  
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von Alex. Wolf.  
Regie: Frh. Schäfer.  
Zum Schluss:  
Fischens, das Waldmädchen.  
Burleske von Hugo Busse.  
Regie: Max Samst.  
Sonnabend: Zum 1. Male:  
Rouradin, der letzte Hohenstaufe.  
Tragödie in 5 Akten von Moritz Ritter von Gutmann.  
Sonntag-Nachmittags 4 Uhr:  
Kinder-Vorstellung: Hänsel u. Gretel.

**Passage - Panopticum.**  
Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:  
**Affentheater und Circus.**  
30 Affen, 30 Hunde, 12 Pferde, Esel, Ziegen, Schweine, Hasen

**Neuer Circus. Circus Busch.** Bahnhof Börse.  
Freitag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. humor. Vorstellung. „Zscheus, das Waldmädchen.“**  
Höchst komisches Programm. I. A.: Bär und Schildwache, ionische Episode. Mr. Veldeman als franzöf. Boyer. Die amerikanischen Freunde, ionische Szene von August, Mr. Busch und mehreren Herren. Broth. Dux, die lustigen Chinesen. Dir. Busch mit seinen belidresirten Freiheitssperden. Eine Damen-Schulquadrille, geritten von 6 Damen u. s. w.  
Sonnabend: Gala-Vorstellung.  
Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (ermäßigte Preise) und ein Kind unter 10 Jahren frei) und abends 7 1/2 Uhr.  
In Vorbereitung: **Die Jagd nach dem Glück.**  
Gr. phantastisches choreographisch-hydrologisches **Pracht-Aufführungstück** in einem Vorspiel und 4 Akten vom Dir. Busch. Tänze und Aufzüge arrangirt vom königl. italienischen Hof-Balletmeister **Tignani**. — Vorspiel: Im Boudoir der Mlle. de Bellemont. I. Akt: Im Salon des Grafen de Lafort. 2. Akt: Im Maison dorée (Spielhaus) in Paris. 3. Akt: Das Fest im Park des Grafen de Lafort. 4. Akt: Am Strande und in den Bogen. — Aus den Scenen, Tänzen und Arrangements besonders hervorzuheben: **Pämona's Jauber**. — **Satans Tanzkorps**. — **Die lebenden Männen**. — **Am Spieltisch**. — **Ein Ende mit Schreden** (Cornelius Herz). **Die 4 Jahreszeiten** (Montre-Pracht-Auszug). — **Ein Schlittenkorso im Sommer**. — **Strandleben**. — **Die hereinbrechende Fluth**.  
Zum Schluss: **Ein wirklicher Schiffs-Untergang.**  
(Vom Ulf getroffen und entzündet, sinkt ein großer Dampfer in 20 Fuß Wasser.) (Original-Idee v. Dir. Busch.) Obgleich das gegenwärtig auf dem Repertoire befindliche Pracht-Aufführungstück „Zscheus, das Waldmädchen“ noch völlig unverminderten Erfolg sich erfreut, wird doch, um auch denjenigen, die dies Stück bereits gesehen, eine neue Anziehung zu bieten, die **zweite große Pantomime des Circus Busch** demnächst in Szene gehen und zwar in regelmäßigem Wechsel mit „Zscheus, das Waldmädchen“.

**Urania**  
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Kaufmann's Variété-Theater**  
Königsstraße, Kolonnaden.  
**Letzte Woche** des zugkräftigen und lustigen Programms  
**Blanck's Stadt-Klatsch**  
**Hawkins. Ballet-Ratte**  
**Nickel's Ausstellungs-freunden**  
**Die verrückten Jankies**  
Die tolle Pantomime  
**Hals über Kopf!!!**  
Am 1. Februar **neues** Programm  
Der **Niesenbrustkasten - Menich** kommt!!!

**Kaiser-Panorama**  
(Passage).  
Nur diese Woche: Erste Reise Amerika, Kalifornien, Mex. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Tausende Abonnenten.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstrasse 11/12.  
Heute, sowie jeden Freitag und Montag:  
**Foixee der altbeliebten Steffiner Sänger**  
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)  
Auf. präz. 8 Uhr. — Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (s. Plakate).  
**Wundervolles Programm!**

**Alcazar.**  
Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenerstr. 62/63, Annenstr. 42/43 (City-Passage).  
Täglich.  
**Grosse Vorstellung.**  
Vollständig neues Programm.  
Signorina Cati. Alfredo Rosso. Lotte Siger. Käthechen Möller.  
Auf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Res. 50 Pf. R. Winkler.

**Feen-Palast**  
Burgstrasse 22.  
Direktion: Winkler & Fröbel.  
Freitag: den 31. Januar:  
**Gala - Abschieds - Benefiz** für die Wunder der Salon-Athletik Hirschfeld und Tochter Clara u. Grosse **Fest - Vorstellung.**  
Lehtes Auftreten des gesammten Künstler-Personals.  
Anfang (Sonntag 8 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.)  
Morgen: Für Berlin durchweg **neue Spezialitäten.**  
Zum 1. Male: Koller-Familie, 5 Personen auf dem Thurmseil.

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.  
**Letztes Auftreten d. erfolgreichen Januar-Spezialitäten.**  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
Sonnabend, den 1. Februar:  
**10 Debuts**  
Erstes Auftreten der unübertroffenen französischen Excentriques **Mlle. Eugenie Fougere** zum ersten Male in Berlin.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstrasse 11/12.  
Heute, sowie jeden Freitag und Montag:  
**Foixee der altbeliebten Steffiner Sänger**  
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)  
Auf. präz. 8 Uhr. — Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (s. Plakate).  
**Wundervolles Programm!**

**Alcazar.**  
Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenerstr. 62/63, Annenstr. 42/43 (City-Passage).  
Täglich.  
**Grosse Vorstellung.**  
Vollständig neues Programm.  
Signorina Cati. Alfredo Rosso. Lotte Siger. Käthechen Möller.  
Auf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Res. 50 Pf. R. Winkler.

Das **Löwen-Weib.**  
**Allerseelen.**  
!! Der Eden - Garten !!  
Marionetten  
Castan's Panopticum.

**Walhalla - Theater**  
Oranienstr. 52 (dicht am Moritzplatz).  
Eine Stunde im **Zukunftsstaat.**  
Vorher: **Kneipp in Berlin.**  
Lehte Aufführung im Walhalla-Theater am 9. Februar. — Die angegebene Vorzugsbillets haben nur noch bis zu diesem Tage Gültigkeit. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Sonnabend, den 1. Februar, mein **Weiß- und Vairisch-Bierlokal** eröffne. 24676 Paul Grub, Beusselstr. 44a.

**Vereinsversammlungen**  
können bis zu 100 Personen abgehalten werden in der Gastwirtschaft von **Jul. Wernau,** Rosenthalerstr. 57. 43029 Glas Bier 10 Pf. Telephon-Amt III Nr. 1296.

**W. Noack's**  
Konzert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstr. 16.  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:  
**Großes Konzert Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:  
**Großer Ball.**  
Empfehle meine hochleganten Säle für Vereine, Privatgesellschaften zu den kulantesten Bedingungen.  
**W. Noack.**

**Brockhaus, Meyer's**  
Verkon, Brehm's Thierleben, Weltgeschichte, Bücher, ganze Bibliotheken lauft Antiquariat Kochstr. 56, I. [26. v.]  
**Gebrauchte Hobelbänke**  
lauft Beck, Manteuffelstr. 69. 28/



## Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 30. Januar, 12 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Vosse, Dr. Miquel und Kommissarien.

Eingegangen ist eine Vorlage, betr. den Bau und die Einrichtung ländlicher Volksschulhäuser.

Erste Verlesung der Lehrerbeförderungsvorlage. Minister Dr. Vosse: Es wäre mir sehr erwünscht, wenn die Vorlage, das Kind meines Herzens, bei Ihnen, wenn auch in verbesserter Form, Annahme fände. Die Gründe für die Vorlage habe ich wiederholt dargelegt. Ich glaube nicht, daß ich in absehbarer Zeit in die Lage kommen werde, ein abschließendes Volksschulgesetz Ihnen vorzulegen; das ist das Ergebnis der Beratungen des Volksschulgesetz-Entwurfes gewesen, die Überzeugung, daß die Zeit für ein solches Gesetz noch nicht gekommen ist. Die Nothwendigkeit der Abstellung dringender Uebelstände im Lehrerbeförderungswesen hat sich mir gleich beim Eintritt in mein Amt aufgedrängt. Auf die Abstellung der Uebelstände kam es mir an, der Weg war mir gleichgültig; er ist jetzt durch Entgegenkommen des Finanzministers gegeben. Man sagt gewöhnlich, die Schuld an der bisherigen Verzögerung liege bei dem Finanzminister. Das ist nicht wahr. Ich bin bei dieser Vorlage mit dem Finanzminister solidarisch; wir treten beide für dieselbe ein. Die staatliche Finanzlage nöthigt uns, nur für eine beschränkte Lebenshaltung der Lehrer das gesetzliche Gehalt zu fordern. Aber bei 6000 Lehrern sind auch die hierzu erforderlichen Summen enorm. Wir haben das Hauptgewicht auf das Grundgehalt gelegt. Das Bedenken bezüglich der Großstädte ist, wie wir in der Kommission darlegen werden, nicht begründet; der Auftrieb, den die Vorlage in dieser Beziehung erweckt, läßt sich durch die Verdienste der großen Städte um unser Schulwesen an; aber die großen Städte werden einsehen, daß ihnen Zuwendungen gemacht sind auf Kosten minder besteuertfähiger Gemeinden. (Sehr richtig!) Die Verfassung verlangt Staatsunterstützung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit: Nun beanspruchen die Schulausgaben in den Städten 89 pCt., auf dem Lande 820 pCt. der Einkommensteuer. (Hört, hört!) Besonders ungünstig gestaltet sich das Verhältnis für das platte Land im Osten. (Sehr richtig!) Es ist eine Härte, zu sagen, die Städte tragen ihre Schullast allein, mögen es die ländlichen Orte auch thun; ein Schulgebäude kostet der Stadt wenige Prozente der Einkommensteuer, in einem ländlichen Orte tausende von Prozenten. (Bravo!)

Es sind 15 Redner gegen und 11 Redner für die Vorlage zum Worte gemeldet.

Abg. Dr. Dietrich (Z.): Die Vorlage stellt die Lehrer auf einen gesetzlichen Boden; Bedenken erregt § 7 der Vorlage, welcher die Gewährung der Alterszulagen abhängig macht nicht bloss von der dienstlichen Führung des Lehrers, sondern von dessen Führung im allgemeinen. Es wird das beste sein, den § 7 ganz zu streichen. (Sehr richtig!) Die großen Städte über 25 000 Einwohner verlieren durch die Vorlage 3 1/2 Millionen an Staatsunterstützung, die mittleren 1 Million und das platte Land gewinnt 4 1/2 Millionen, man hat daher mit Recht die Vorlage als agrarisch bezeichnet. Man wird Bedacht nehmen müssen, daß die Schule Gemeinde-Einrichtung bleibt und nicht eine Veranstaltung des Staates wird. Wir werden von der Regierung eine Erklärung darüber fordern, in welcher Richtung sie die Entwicklung des Schulwesens erstrebt; wenn diese Erklärung uns nicht befriedigt, können wir der Vorlage nicht zustimmen. Wir machen zur Bedingung, daß Staatsunterstützung nur den Gemeinden gewährt wird, die ihr Ansehen nachgewiesen haben. Das ein abschließendes Schulgesetz jetzt keine Aussicht auf Annahme habe, ist nicht zutreffend.

Abg. Zentgraf (natl.): Die Vorlage will eine alte Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit erfüllen und Zuständen ein Ende machen, die des Schulstaates Preußen unwürdig sind. Den Städten einfach die Millionen zu nehmen, das wird nicht gehen. Die Städte haben ihre mangelnde Leistungsfähigkeit dargelegt; wollte man das verneinen, dann läge ja ein Verfassungbruch vor; der Herr Finanzminister wird deshalb sein mildes Herz mitsprechen lassen müssen. (Weiterleit.)

Abg. Schröder (Volk): Den prinzipiellen Standpunkt, welchen der Abg. Dietrich dargelegt hat, theilen wir; auch für uns ist die weitere Entwicklung des Schulwesens entscheidend. Die stärkere Unterstützung der ländlichen Gemeinden ist eine Forderung der Billigkeit. Die Alterszulagen dürfen nicht von der außeramtlichen Führung der Lehrer abhängig gemacht werden.

Abg. v. Seydebrandt (L): Es ist dem Herrn Minister bekannt, daß meine Freunde die einheitliche Regelung des Schulwesens in einem besonderen Gesetze wünschen, für dessen Zustandekommen auch heute noch alle Erfordernisse gegeben sind. Wir halten auch heute noch an dem christlich-konfessionellen Charakter der Volksschule fest. Aber wir halten es für nicht undurchführbar, einzelne Materien des Schulgesetzes zu ordnen. So hat meine Partei die Regelung der Pensionsverhältnisse und die anderweitige Regelung der Staatsunterstützung zuerst angeregt. In bezug auf die Alterszulagen und die Gehaltsverbesserungen im allgemeinen nehmen wir eine zustimmende Stellung ein. Dagegen wird die Verteilung der Staatsbeiträge einer genaueren Prüfung in der Kommission bedürfen. Der Verfassungsmäßige Standpunkt wird durch die schematischen Bestimmungen der Vorlage nicht gewahrt. Auch über die Höhe der Lehrergehälter werden wir einige Änderungen versuchen. Ich hoffe, daß die Kommission eine annehmbare Vorlage zu Stande bringen wird, aus der der Herr Kultusminister den Rath schöpfen mag, ein größeres auf christlich-konfessioneller Grundlage beruhendes Werk dem Hause vorzulegen. (Bravo!)

Finanzminister Dr. Miquel: Für die Finanzverwaltung liegen verschiedene Hinderungsgründe für die Vorlage vor, namentlich die Verwendung der Staatsmittel, deren Verleththeit heute wohl schon in weiteren Kreisen anerkannt wird. Für die großen Städte soll ein höherer Steuerdruck nicht erwachsen und wenn z. B. der Abg. Richter immer darauf hinweist, daß die Städte die Einkommensteuer aufbringen, so ist darauf zu erwidern: Seid glücklich, daß Ihre Steuern aufbringen könnt! (Sehr richtig! Weiterleit.) Nur ein Unwissender könne einem Unwissenden erzählen, die Steuerreform habe einen agrarischen Charakter. In der Kommunalbesteuerung zeigt sich überall eine stärkere Belastung der ländlichen Gemeinde. Für den Staat kommt der Gegensatz zwischen Stadt und Land wenig in Betracht, entscheidend ist die Leistungsfähigkeit. Wenn es der Landwirtschaft gut geht, hat auch die Industrie Vortheile (Sehr richtig!) und wenn es der Industrie gut geht, hat auch die Landwirtschaft Vortheile. (Sehr richtig! Aufse! Nein, nein! rechts! Weiterleit.) Die Interessen beider laufen nebeneinander. Will man nur dem Staate neue Lasten auflegen? Den großen Städten wird die Aufbringung der Schullasten rüchlich sein, ohne daß der Steuerdruck schwer empfunden wird. Mit der Schulunterstützung haben wir uns von dem verfassungsmäßigen festgelegten Grundsatze entfernt. Je größer die Staatsausgaben für die Schule anwachsen, desto mehr gestalten sie die Schule zu einem Staatsinstitut. Die Vorlage bedingt eine Forderung der Gerechtigkeit. (Bravo!)

Abg. Dr. Glattfelder (Z): Die Nothwendigkeit eines einheitlichen Schulgesetzes läßt sich nicht verkennen. Unannehmbar ist die Bestimmung, daß für die Alterszulagen auch die außeramtliche Führung in Betracht kommen soll.

Abg. Tzschoppe (L): Verfassungsbedenken liegen nicht vor, eine gesetzliche Regelung von Einzelmaterien ist nicht ausgeschlossen. Wir halten die Festsetzung eines Mindestgehaltes für richtig, die Verwaltung wird daraus Bedacht nehmen, in den leistungsfähigen Gemeinden eine angemessene Erhöhung durchzuführen. Die Verfolgung des Alterszulagen wegen außeramtlicher Führung ist jedenfalls nur selten; sie kann sich auch nicht auf die Zulagen beziehen, die der Lehrer bereits bezieht; es scheint deshalb die bezügliche Bestimmung der Vorlage unbedenklich. Die nengeregeltte Verteilung der Staatsunterstützung erscheint uns gerechtfertigt; doch wünschen wir einen Ausgleichmodus zu finden, der die Neuregelung nicht zu nachtheilig und empfindlich für einzelne Großstädte macht. Für ein neues Schulgesetz ist die Zeit nicht günstig. Die Kämpfe, die daraus entstehen, kämen den Umsturzparteien zu gute. Das Haus verlag die Weiterberatung auf morgen, Freitag, 11 Uhr.

Schluss 4 1/4 Uhr.

## Die Volks-Reichstagswahl und die Stimmrechts-Bewegung in Schweden.

Stockholm, 29. Januar 1896.

Die Wahl zum Volks-Reichstag hat nun im ganzen Reiche stattgefunden und man kann die Lage klarer als während des Wahlkampfes übersehen.

Das Hauptinteresse in dem, was den ständigen inneren Kampf in dem Stimmrechts-Kampfe anbetrifft, ob die ganze Volksbewegung eine überwiegend sozialistische Färbung bekommen wird, knüpft sich jetzt wie 1893 an die Stockholmer Wahl. Die Sozialisten in der Hauptstadt forderten in Durchführung des Beschlusses des Parteitagresses in Göteborg 1894, daß, nachdem sich alle milderen Zwangsmittel als unzureichend erwiesen haben, die Agitation und Organisation unter den Arbeitern für einen politischen Generalstreik nach belgischem Muster beginnen sollte.

Das leitende Komitee des liberalen Stimmrechts-Kampfes hatte bereits von den Seinen den Auftrag bekommen, überallhin Anfragen zu entsenden, wie man sich innerhalb des Stimmrechts-Kampfes zu Zwangsmitteln, wie der Generalstreik und freiwillige Volksbewaffnung (die letztere hat bei den Reformen der letzten Jahre in Schweden eine sehr wichtige Rolle gespielt), stellte, und diese Anfragen gingen mit dem Anfang der Wahlbewegung hinan. Aber da entstand ein Sturm. Die bürgerlich-radikale Landpresse stürzte sich während auf die Stockholmer Sozialisten, welche mit ihren „wahrheitlichen“ und „halbwahrheitlichen“ Vorschlägen die ganze Stimmrechtsbewegung vernichteten. Die liberale Presse stimmte mit Entzücken ein und schaute auch die Komitemitglieder nicht, die sich so weit von den Sozialisten hätten verlocken lassen und die Freischütten benutzten die Gelegenheit, offen abzusallen und der ganzen Stimmrechtsbewegung Leberöl zu sagen. Bedauerlicherweise entbehrten sie in diesem Sturm auch nicht völlig der Unterstützung einiger schonenischer Parteifreunde, welche leitenden Männer mehr oder minder ihre eigenen Ansprüche und Beschlüsse vom Göteborger Kongresse ableugneten. Die organisierten Arbeiter ließen sich jedoch durch den Zeitungssturm nicht abschrecken; sie hielten fast überall an ihrer inständig abgegebenen Meinung fest, daß die besitzenden Klassen nicht früher nachgeben werden, als bis sie durch einen Generalstreik sehen, daß es mit der Stimmrechtsforderung ernst ist. Dennoch ist an einer Menge von Orten auf dem Lande, wo die liberal-radikale Presse noch allein herrscht, Mißtrauen entstanden, besonders gegen die Stockholmer, und sind Äußerungen gegen alle Streikgedanken gefallen.

Unter solchen Verhältnissen wurde die Wahlkampagne in Stockholm eingeleitet.

Die Sozialdemokraten beherrschten hier alle öffentlichen Versammlungen und ihre Taktik wurde von diesen auch gebilligt. Die Liberalen mußten sich damit begnügen eine Parteiliste anzustellen, die im voraus dazu verurtheilt war, geschlagen zu werden. Da zogen die lokalen liberalen Leiter es vor, lieber zu schießen, als schlecht zu scheitern. Unter dem Vorwand eines Geldstreites, der nicht schlimmer war, als das er bereits vor der Wahl vollständig beigelegt war, zogen sie ihre Mitglieder von dem gemeinsamen Wahlkomitee zurück, erklärten alle Zusammenkünfte mit den Sozialisten für unmöglich und forderten geradezu zur Wahlenthaltung auf. Die Bevölkerung gehorchte auch so sehr, daß die Liberalen Volks-Reichstags-Wahlstimmen in Stockholm von 4500 im Jahre 1893 auf 1500 stellten. Aus dem Wahlstreit wurde in Stockholm fast nichts, nachdem die eine Partei geflohen, aber die Sozialdemokraten erschienen fast ebenso zahlreich auf dem Wahlplatze, wie bei der heißen Schlacht im Jahre 1893.

Ihre Liste, die sechs Parteifreunde, sowie zwei Mitglieder des leitenden Ausschusses der liberalen Stimmrechtsbewegung enthielt, stieg mit 11 000 Stimmen von 15 000. Wie in Stockholm zogen sich auch in Göteborg die Liberalen ganz zurück und in Malmö waren bereits 1893 unsere Parteifreunde bei der Reichstagswahl ganz verlassen.

Die feige Flucht der Liberalen in den Großstädten vor der Volks-Reichstagswahl hat ihre absoluten Stimmrechtzziffern im Vergleich gegen 1893 vermindert und der Abfall der Freischütlichen und anderer halbliberaler Elemente hat, seitdem begonnen wurde, von ersten Zwangsmitteln zu reden, sie und

wenn ich noch keinen Herzens dastände! Das zu erleben! Zwei Beglückte!

„Und zwei Glende,“ kispelte Georgine. Wir mußten das erleben, damit unsere Gewissensqual gesteigert werde, von beständiger Angst gefoltert, ob wir die Tochter nicht im nächsten Augenblick schwachbedeckt verlassen müssen, um zwei Glückliche unglücklich zu machen. Fände ich doch einmal eine ruhige Nacht! O wie beneide ich Hanna in ihrem elenden Kerker, sie kann wenigstens ruhig ohne Gewissensbisse schlafen. Etid! — Nur jetzt keine Schwäche — Clotilde kommt!

Und die Lebensfrohe, Ueberglückliche trat ein mit silberhellen Lachen, pries ihren Eugen, küßte und drückte ihre Eltern beim „Gute Nacht“ sagen, versprach morgen auch ernsthaft zu werden und häßte dann, ein Lied trällernd, in ihr Zimmer um süß zu schlummern, glückselig zu träumen.

Ihre Eltern schliefen leise, als fürchte sich eines vor dem anderen, hinweg, Georgine sahle nach ihrem Amulett mit dem Oistfläschchen, Brambach nach seinem Stui mit dem Revolver.

28.

Am anderen Tage ließ sich im Brambach'schen Hause die Gräfin Mary mit ihrer Tochter, Frau Legationsrätthin von Berglühn, zu einem kurzen Besuche anmelden.

Brambach befahl, alles sanfter für so vornehme Gäste herzurichten und rief stolz und neugierig einmal über das andere aus: „Was mögen die wohl hier suchen?“

Georgine nahm als bestimmt an, daß der Cäcilien-Verein ihr auf neue eine besondere Mission übertragen werde.

Zur bestimmten Stunde meldete Jean die hohen Herrschaften.

Georgine empfing die Gräfin auf der Treppe und bald darauf rauschte die gestrenge Dame herein und nahm selbstbewußt Platz. Ihre Tochter war im Wagen verblieben.

Mit den Worten: „Welche hohe Ehre! Wie erfreulich für mein Haus so angenehmer Besuch,“ begrüßte sie Brambach.

„Nichts Erfreuliches,“ entgegnete scharf die Gräfin, „ich komme mich zu belagern über eine Notiz in Ihrem Blatte, die unsere Familie betrifft.“ (Fortf. folgt.)

## Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von

G. W. M. von Walthausen.

Hier traten Brambach und Georgine ein, sie hatten die letzten Worte gehört.

Clotilde sog ihrem Vater entgegen und umhalsie ihn. Dann küßte sie ihre Mutter.

Was ist Dir? fragte Brambach.

Clotilde stand freudestrahlend, als wollte sie reden, doch sie zögerte — horchte sie auf, weil eben die Hausglocke erklang? oder war ihr Herz zu übervoll? — Doch nein — sie klaischte in die Hände, rief jubelnd: „ich heirathe den Doktor Langenberg,“ und rannte im tollen Jugendübermutze zur Thüre hinaus.

„Doktorchen! Doktorchen! wie ich schon sagte, Sie machen unser Kind eitel. Was sagt Du, Heinrich?“

Brambach erwiderte: „Der Herr Doktor mahnt uns nur daran, daß Clotilde kein Kind mehr ist. Wir lassen ihr zu viel Willen, wir müssen sie strenger halten, sie einsperren!“

„Dämmen Sie diese reinste Quelle der Armut nicht in enge Fesseln. Gibt es noch Schöneres als den Hauber des Jugendübermutzes in solcher schönen Hülle? Das reinste kindliche Gemüth in so blühender Gestalt?“

„Sie schwelgen, Herr Doktor, in Verzückung,“ sagte Georgine, „bedenken aber nicht das Gerede der Leute.“

„Dem lassen Sie mich heute begegnen. Lassen Sie uns ein Doppelfest feiern, schenken Sie dem langerprobten Freunde Ihres Hauses, dem Verehrer Ihrer Clotilde, die Hand Ihrer Tochter.“

„Clotilde ist noch zu jung, Herr Doktor,“ sagte Brambach.

„Nicht doch. Bezu Jahre soll immer der Mann älter sein.“

„Wenn Clotilde nicht dagegen ist,“ bemerkte Georgine lauernd.

„O gnädige Frau! Sie machen mich glücklich, Sie geben mir Hoffnung, dieses Engels bin ich gewiß! Clotilde!“ rief Langenberg, indem er nach der Thüre eilte. Ehe er sie erreichte, wurde sie geöffnet und Clotilde rief im Eintreten: „Signor Palavi.“

„Da bin ich schon wieder,“ sprach dieser.

„Willkommen!“ rief Langenberg ihm zu, „Sie kommen zur guten Stunde,“ und indem er Clotilde's Hand ergriß, sagte er feierlich: „Hier stelle ich Ihnen meine Braut vor.“

„Braut!“ riefen alle wie aus einem Munde.

„Ja!“ sagte Clotilde laut und umarmte stürmisch ihren Eugen.

„Da kommt die gute Stunde mit mir,“ begann nach dem allgemeinen Stammen Palavi.

„Ja, die Verlobungstunde! Nicht wahr, liebe Schwiegereltern?“ Er führte seine Braut zu deren Vater und Mutter, die abwechselnd jedem die Hand reichten.

„Seid glücklich, Kinder,“ sagte Brambach weich, indem er seinen Liebling umarmte.

Mit den Worten: „Nicht eitel, aber glücklich machen, Herr Schwiegersohn,“ sagte Georgine die Hand Clotilde's in die des Dr. Langenberg. Georgine, die am Ziele ihrer Wünsche stand, hätte sich gern abgewendet und laut geweint, aber sie hielt sich, sie fürchtete die beobachtenden Blicke des Italieners.

Dieser kam indeß sehr freudestrahlend zu ihr hergetrippelt und begann ängstlich redselig: „Lassen Sie mich Ihnen Glück wünschen zu einem solchen Schwiegersohne! Meine Genesung, daß ich hier bin, verdanke ich ihm. Den seltsamen Augenblick, den ein Männerherz erleben, den eine Mädchenseele empfinden kann, habe ich hier mitempfunden. Wie bevorzugt ist dies Haus! Wie begünstigt solche Eltern! Wie begnadigt ein so schönes Paar, dies zu erleben. Doch nun zu Ihnen, lieber Doktor, liebes Fräulein! Geprüften der Mann, der nach Mühen und Kämpfen am Ziele ein solches Kleinod findet, beneidenswerth die ungetrübte Franchese, die einem geliebten Manne ihre ganze Liebe widmen kann! O, wie freue ich mich, daß ich dies Verlobungsfest verschönern kann. Schon ist meine Dienerschaft in besser Arbeit, lassen Sie mich eilen, um nachzusehen, daß alles zu Ihrer Freude hergerichtet wird.“ — Palavi verschwand in der Thür.

Auch Dr. Langenberg verabschiedete sich bald darauf. Clotilde gab ihm das Geleit — noch mancher herzinnige Kuß wurde ausgetauscht, wohl selten gab es zwei Glücklichere.

Anders die beiden Zurückgeliebenen. Brambach flüsterle seiner Frau in die Ohren: „O was gäbe ich jetzt darum,



da auch in den Landorten lähmend gewirkt. Auf der anderen Seite kann an vielen Stellen eine erfreuliche Zunahme des Interesses für die Stimmrechtsbewegung und den Volks-Reichstag konstatiert werden. Große Industriezentren, wie Gelsenkirchen, haben bis 20 pCt. der Bevölkerung als Teilnehmer aufgewiesen — man muß sich erinnern, daß bei dieser Wahl auch die Frauen Stimmrecht haben, obgleich sie davon bei weitem nicht in der Ausdehnung wie die Männer Gebrauch machen. Auf den großen Grubenfeldern im mittleren Schweden, ja selbst nördlich um den Polarkreis bei Gellivara haben die gut organisierten Arbeiter in Massen an der Wahl teilgenommen und fast alle für die sozialistischen Kandidaten und für den Generalstreik gestimmt.

Ob die Regierung dem gegenwärtig tagenden Reichstage einen Vorschlag zur Lösung der Stimmrechtsfrage vorlegen wird, ist ungewiß, ja nach dem Wortlaut der Thronrede wenig wahrscheinlich. Damit wird indessen die Möglichkeit einer Reform um ganze drei Jahre verzögert.

So lange Staatsminister Postum die Forderungen des Volkes zu ignorieren wagt, thut er das natürlich, aber der Tag ist wohl nicht mehr fern, wo auch dem langmütigen schwedischen Volke die Geduld reißt; das haben auch die Landbewohner an vielen Orten mit wünschenswerther Deutlichkeit zu erkennen gegeben.

Die Sozialisten haben noch einmal durch die That bewiesen, daß sie die einzigen sind, die wirklich wagen, für ihre Worte einzustehen, und daß sie zuerst und vor allem auf die Sache sehen und nicht, wie ihre sogenannten Bundesgenossen, die Liberalen, nur auf ihre eigene Haut, sobald es sich um anderes als Worte handelt.

## Gewerkschaftliches.

Der Wasser-Eisenbahn-Arbeiterverein ist mit 400 Mitgliedern dem schweizerischen Arbeiterbund beigetreten.

An alle Schneider und Näherinnen der Konfektions-Industrie Berlins (Mantelnäherinnen, Wäglar, Zuschneider, Stepper, Stepperinnen, Kinderkonfektions-Näherinnen, Herrenkonfektions-Schneider und Näherinnen u. s. w.). Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, werden zwölf öffentliche Versammlungen abgehalten und zwar in Nieß's Festhale, Weberstr. 17, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, Paster's Gesellschaftshaus, Neue Königstr. 7 (in der Nähe des Königsplatzes); Sanssouci, Kottbuserstr. 4a und Märkischen Hof, Admiralsstr. 18c; Königsplatz, Bülowstr. 37; Berliner Brater, Kasanien-Allee 7; Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße 35 und Gröndel's Festhale, Brunnenstr. 188 (in der Nähe des Kofenthaletz Thores); Ködliner Hof, Ködlinerstr. 8; in der Krensch'schen Brauerei, Stromstraße 11-16; in den Viktoria-Sälen, Nixdorf, Hermannstraße 48-50.

Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Konfektions-Unternehmern, Händlern und Meistern und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion und Beschlußfassung darüber.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint zahlreich und entscheidet, ob Ihr gewillt seid, auf Eure gestellten Forderungen zu beharren und dieselben zu erkämpfen.

Arbeiter! Parteigenossen! Eure Frauen und Töchter sind gezwungen, unter den erbärmlichsten Verhältnissen in der Konfektion zu schaffen. Wir fordern Euch auf, mit in den Versammlungen zu erscheinen. Es ist Pflicht aller Beteiligten, darüber zu entscheiden, was geschehen soll.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins. J. N.: J. Timm, Vertrauensmann.

## Versammlungen.

In einer stark besuchten Versammlung des sechsten Wahlkreises, die am Mittwoch im Colberger Salon tagte, sprach Reichstagsabgeordneter Wozel über „Die Reichsgründung“. Er führte etwa aus: Wenn wir zurückblicken auf die 1848er Bewegung, so finden wir, daß sich schon damals im Volke das Bestreben nach der Einheit des Deutschen Reiches geltend machte. Die Bourgeoisie hatte ein großes Interesse an einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, um erstens auf dem Weltmarkt besser zu prosperieren und zweitens um die Ausbeutung der Arbeiter noch vortheilhafter betreiben zu können. Auch das Proletariat war dem Einheitsgedanken geneigt, aber natürlich konnte es sich nur ein einziges und freies Deutschland denken. Selbst während des 1870er Krieges war immer nur das Volk der Träger des Einheitsgedankens; der Widerstand, den z. B. der Kaiser Wilhelm I. einem einigen Deutschen Reich entgegensetzte, ist ja allen aus dem Tagebuch Kaiser Friedrichs bekannt. Was hat uns nun das einige Deutsche Reich gebracht? Das Missern, das die Sozialdemokraten von Anfang an gegen die Reichsgründung hegten, hat sich als gerechtfertigt erwiesen. Die Zweifler haben wieder einmal recht behalten. Alle Folgen, die Karl Marx dem deutsch-französischen Kriege vorhergesagt, sind bis auf das Trübselchen über dem i eingetroffen. Anstatt daß, wie es zuerst hieß, der Militarismus mehr eingeschränkt wurde, kam eine Militärvorlage nach der anderen; der militärische Charakter hat sich immer mehr verschärft und zeigt sich jetzt in

## Kunst und Wissenschaft.

Nütgen über seine Entdeckung. Professor Nütgen hat in Würzburg über seine X-Strahlen in der medizinisch-physikalischen Gesellschaft einen Vortrag gehalten, über den wir dem „Frankl. Kur.“ folgenden Bericht entnehmen: Wenn man einen elektrischen Strom durch unsere atmosphärische Luft schickt, so hat derselbe große Widerstände zu überwinden. Die Ueberwindung derselben zeigt sich durch die Funkenbildungen. Sendet man dagegen den elektrischen Strom durch verdünnte Luft, so ist der Widerstand bedeutend kleiner. Um dies der Hörschaft zu demonstrieren, ließ Nütgen den elektrischen Strom zu gleicher Zeit durch die gewöhnliche Luft und durch eine Geißler'sche Röhre schlagen. Der Strom nimmt den Weg, auf welchem ihm am wenigsten Widerstand entgegengeht wird. Wirklich sah man auch, daß der Strom nicht mehr durch die Atmosphäre ging — denn es sprang kein Funken über — sondern durch die Geißler'sche Röhre, die sich von einem bläulichen Lichte erfüllt zeigte, das von den Elektroden ausging. Die Luft darf nicht ganz evacuiert werden, sondern es besteht eine Grenze des Leitungsvermögens bei einer bestimmten Verdünnung. Die Wichtigkeit dieses Satzes zeigte Nütgen ebenfalls und zwar diesmal an einer Hittorf'schen Röhre. Es ist dies eine von den Röhren, die in den bisherigen Zeitungsberichten gewöhnlich Crooke'sche Röhren genannt wurden. In diesen Röhren gehen von der Kathode Strahlen aus, die Lenard'schen Kathodenstrahlen. Sie zeigen, wenn man in die Röhre das Mineral Strontianit bringt, blaue Fluoreszenz. Außerdem bemerkt man an den Wänden der Röhre sehr deutlich eine grüne Färbung. Das ist die Wirkung der Kathodenstrahlen. Man kann diese mittels eines Magnets auch ablenken. Nütgen stellte sich nun nicht die Aufgabe, die Wirkung der Kathodenstrahlen zu untersuchen, sondern er versuchte, unter Benutzung einer genügend evacuirten Röhre die Strahlen der Atmosphäre mitzuthemen. Bei dem Versuch war die Röhre mit schwarzem Karton bedeckt. Wohl sah Nütgen, wie ein Buchstabe, der mit Barium-Platin-Oxyd auf Papier geschrieben war, leuchtete fluorescierte. Der Gelehrte hielt die Sache anfangs für eine Täuschung, aber nachdem er die Versuche zu wiederholten Malen angestellt und ihre Ergebnisse außerdem durch die Photographie fixirt hatte, mußte er wohl überzeugt sein, daß jeder Irrthum ausgeschlossen sei. Nütgen

einem Geiste, wie er sich z. B. in dem Geireien Süd geltend gemacht hat. Trotz der 5 Milliarden Kriegsschuldung, die ja längst verpulvert sind, hat es das Deutsche Reich auf 2 1/2 Milliarden Schulden gebracht. Bismarck, der Gewaltsmensch, erklärte alle, die nicht dieser Reichsgründung zustimmten, in die Reichsacht. Zuerst bedachte er die Ultramontanen mit dem „Kulturkampf“, der diese verfolgte Partei aber um das dreifache vergrößerte und zur ausschlaggebenden im Reichstage machte, und die 12 Jahre Sozialistengesetz, die Tausende ins Verderben brachten, haben bewirkt, daß die sozialdemokratische Partei die stärkste Partei Deutschlands wurde. Ferner wurden in der Kera Bismarck alle nur erdenklichen Lebensmittel besteuert und während Bismarck auf der einen Seite Millionäre züchtete, ging auf der anderen Seite die Auspovertung des arbeitenden Volkes immer schneller und schneller vor sich. Der trassige Egoismus macht sich seitdem in politischen und wirtschaftlichen Leben breit. Die Durckpatrioten geben den Ton an und der Prozent- oder Geschäftspatriotismus folgt hinterher. Einer derartigen Reichsgründung können wir nicht zustimmen und darum haben wir zu arbeiten, damit das Reich zu einem solchen wird, dem auch wir vollständig zustimmen können, einem Reiche, wo die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zur Herrschaft gelangt sein werden. Draußen der Beifall folgt den Ausführungen des Redners. Von der Diskussion wurde einstimmig Abstand genommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend. In der Generalversammlung am 19. Januar berichtete der Kassirer, daß im 4. Quartal die Einnahme 985,85 M., die Ausgabe 489,16 M. und das Gesamtvermögen einschließlich 1222,24 M. Bestand vom 3. Quartal 1888,43 M. betrug. Der Kassirer wurde entlassen. Ein Antrag, das alte Mitglied, den 70jährigen Kameraden Gierert von der Zahlung der Beiträge zu entbinden und als Ehrenmitglied zu betrocknen, fand einstimmige Annahme. Mielenz theilte mit, daß sich die Zahlstelle für den Osten von jetzt an bei Jauer, Fruchtstraße 53, befindet. Die Erziehung eines Kontrolleurs fiel auf Hermann Lehmann. Goede schlug vor, man solle für das von einem Unfall betroffene Mitglied Herzog eine freiwillige Sammlung vornehmen und diesem auch den Ertrag der Zeller-Sammlung überweisen (was etwa 55 M. ausmachte). Nach einer Mittheilung des Kameraden Obst über die Lohnbewegung der bei den Firmen Seidel und Radtke beschäftigten Zimmerer bedauerte Lehmann sehr, daß noch viele Zimmerer trotz der ziemlich günstigen Konjunktur für 50 Pf. Stundenlohn arbeiten und forderte diese auf, endlich das Versäumte nachzuholen. Graßdorff geistigte das Ueberstunden-System und die Nachtarbeit und erklärte, daß vor allen Dingen für die Verlängerung der Arbeitszeit propagirt werden müsse. Graß schildert die Arbeitsverhältnisse der Firma Stiebig und Köpchen, wo meist Sonntags gearbeitet werde. Fischer betonte, daß bei eventuell eintretenden Lohndifferenzen ihm zuerst Nachricht gegeben werden muß, damit die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden können. Der Punkt: „Was bedeutet für uns der nächste Gewerkschaftskongress?“ rief eine lebhafteste Debatte hervor, in der von Obst, Fischer und Lehmann der Leiter der General-Kommission kritisiert wurde. Die sehr stark besuchte Versammlung wurde hierauf mit einem kräftigen Hoch auf das Gedeihen der Organisation geschlossen.

Die Filiale des Verbandes der in der Kleinschneiderei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands nahm am 20. Januar die Abrechnung über das dritte Quartal des 6. Jahrgangs entgegen, die eine Einnahme von 115 M. 20 Pf., eine Ausgabe von 113 M. 90 Pf., mithin einen Ueberschuß von 1 M. 30 Pf. feststellte. Der Kassirer wurde entlassen. Beim Bericht Schreimüller's über die Thätigkeit des Arbeitsnachweises im letzten Halbjahre ersuchte Peters die Arbeiterinnen, den Nachweis mehr zu benutzen. Der Antrag des Hauptvorstandes, den Verband aufzulösen, rief eine rege Debatte hervor. Nachdem zunächst Peters und Wier für den Antrag gesprochen hatten, theilte der Vorsitzende Kegel die Gründe mit, wieso der Hauptvorstand zu diesem Antrage gekommen ist. Durch den vor drei Jahren erfolgten Austritt der Jurichter sei der Verband sehr geschwächt worden. Auch die kleinen Filialen wären sehr zurückgegangen; nur in Berlin und Hamburg beständen noch nennenswerthe Filialen. Schon vor einem Jahre habe das Verbandsorgan eingehen müssen, dadurch sei das Hauptbindglied verloren. Da der Verband auf die geringe Zahl von 220 Mitgliedern zusammengeschmolzen, sei eine Zentralverwaltung nicht mehr zweckmäßig. Es wäre daher besser, wenn der Verband aufgelöst würde und die Filialen sich in Lokalorganisationen umzuwandeln suchten. Sollten die Jurichter ihren alten Jopf abthun, so könnte — nach Jahren vielleicht — der Verband wieder neu ins Leben gerufen werden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen 2 Stimmen angenommen.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein Berlins und Umgegend hielt am 20. d. M. eine ordentliche Generalversammlung ab, wo der Kassirer Arndt folgenden Kassenbericht vom 4. Quartal gab: Bestand am 30. September 184,55 M., Einnahme im 4. Quartal 210,09 M., Ausgabe 188,70 M. Das Stiftungsfest verursachte eine Ausgabe von

stellte die ersten Photographien auf folgende Weise her: Er brachte den Induktions-Apparat in ein erleuchtetes Zimmer hinter eine Thür, an deren anderer Seite im verdunkelten Zimmer die photographische Platte aufgestellt war. Auf der Photographie zeigten sich nun dunkle Linien, die dem Gelehrten viel Kopfzerbrechen machten. Sogleich untersuchte er den Lack und den Farbstoff, mit dem die Thür gestrichen war, und da zeigte es sich, daß als Grundirung Weisfarbe benutzt worden war. Da die Thür nicht glatt war, sondern Erhöhungen und Vertiefungen in derselben angebracht waren, zeigte sich nun folgende Erscheinung: die Weisfarbe der Thür, die an den verschiedenen Profillinien verschieden durchstrahlt wird, giebt Anlaß zu den erwähnten Linien. Hieraus und aus weiteren Versuchen ergab sich der wichtige Satz: Die Durchlässigkeit der Körper ist im wesentlichen abhängig von ihrer Dichte. Nütgen zeigte die Photographien, die er angefertigt hatte, um diesen Satz zu beweisen. Von diesen sind besonders erwähnenswert die einer Holzrolle mit tief eingeschnittener Nute, in der ein Trakt aufgenickt ist. Man sieht hier den Schatten der hölzernen Rolle nur angedeutet, sehr deutlich dagegen den Trakt, der dem Auge durch die Rolle verborgen ist. Ferner wurden die in den Zeitungen öfter genannten Photographien, die Magneten in der Metallhülle und die Hand mit den Ringen, vorgezeigt. Durch verschiedene angeestellte Versuche zeigte es sich, daß die neuen Strahlen durchaus nicht gebrochen werden können. Weder ein Holz-, noch ein Hartgummi-Prisma, noch auch die oft benutzten Schwefelkohlenstoff- und Glas-Prismen sind im Stande, die Strahlen zu brechen. Dagegen wurde eine Reflexion wahrgenommen. Doch auch diese ist keine regelmäßige, sondern nur eine diffuse. Nun ist es die Frage, ob die Strahlen die bereits bekannten Kathoden-Strahlen oder ob sie eine neue Art sind. Dafür, daß es die Lenard'schen Kathodenstrahlen nicht sind, ist bezeichnend, daß bei ihnen keine Ablenkung wahrzunehmen ist, und außerdem, daß die Kathoden-Strahlen die Gegenstände nur in dünnen Schichten durchdringen. Die Berechnung, das Agens-Strahlen zu nennen, liegt darin, daß regelmäßig von ihnen Schatten geworfen wird. Scharfe Bilder lassen sich nicht erkennen, denn man muß immer bedenken, daß man nicht einfache Photographien vor sich hat, sondern nur Schattenbilder. Am Schluß seiner Rede sprach der Forscher die Ansicht aus, daß man mit Gewißheit nicht eine Verwendung für die Medizin versprechen könne, daß eine solche aber höchst wahrscheinlich sei.

155,95 M. und brachte 147,80 M. ein. Der Jahresbericht ergab folgenden Bestand am 1. Januar v. J. 184,19 M., Einnahme 850,20 M., Ausgabe 848,12 M. Die Mitgliederzahl beträgt 850. Die Wahlen hatten folgendes Resultat: Soltik erster, Frau Schüler zweiter Vorsitzender, Bernau erster, Frau Pfaffig zweiter Schriftführer, Arndt erster, Fischer zweiter Kassirer, Schüler, Haupt, Moitner, Revisoren; zu Bibliothekaren wurden Karloski, Eisner und Noack gewählt, als Schiedsgericht die Kollegen Hahne, Sachmann, Frau Heinsmann, Frau Noack und Frau Körner.

Die Freie Vereinigung selbständiger Barbier nahm in der Generalversammlung am 20. Januar den Vierteljahrsbericht des Vorstandes entgegen. Abgehalten wurden drei Vereins- und eine öffentliche Versammlung, ferner drei Vorstandssitzungen. Eingetretene sind die Kollegen Bach, Vorges, Kappe und Schwarz, ausgetreten Groß und Hartmann, ausgeschieden wurden Ball, Schulze, Stadelmann. Der Bericht des Kassirers lautet: Einnahme 87,70 M., Ausgabe 50,11 M., bleibt Bestand 37,59 M. Nach dem Bericht des Schriftführers sind 6 Schriftstücke eingegangen und 124 abgehandelt worden. Zum 1. Vorsitzenden wurde Gasse, zum Stellvertreter Gröndel, zum 2. Kassirer Kappe gewählt.

Die Lederarbeiter (Vorfescheiter) hielten am 21. Januar eine gut besuchte Vereinsversammlung ab, wozu die Kollegen aus den Fabriken Simonson, Hoffsneider und Lütges u. Ko. Nach eingeladen waren. Der Vorsitzende Schulz forderte die Kollegen auf, sich sammt und sonders zu organisieren, damit während der Herbstsaison die an die Fabrikanten gestellten Forderungen durchgesetzt werden könnten. In der Diskussion traten Höhe und Heinde ebenfalls für den Anschluß an die Organisation ein. Chr. Schulz erörterte noch die Lehrlingsfrage und beantragte die Veröffentlichung eines Aufrufs in der Zeitung, worin den Eltern gerathen werden soll, ihre Söhne nicht bei jedem beliebigen Meister in die Lehre zu geben, sondern sich an den Fachverein zu wenden, der ihnen solche Meister empfehlen werde, bei denen ihre Söhne auch etwas Nütziges lernen. — Ein Maskenball, der vorgeschlagen war, wird nicht abgehalten, dagegen im März das Stiftungsfest. Als Vergnügungskomitee hierfür sind gewählt: Frau Clara Schulz, Nob. Voigt, Wüst, Alb. Voigt, Dersfurt, Gerlich und Schwalbach.

Allgemeiner deutscher Tapezirer-Verein, Filiale Berlin. In der Generalversammlung am 22. Januar referirte Genosse Zubeil über das Thema: „Unlauterer Wettbewerb“. Dann gab der Kassirer seinen Bericht über das letzte Vierteljahr, wonach sich die Einnahmen auf 108,65 M. belaufen. Weiter wurde mitgetheilt, daß die Benutzung der Bibliothek befriedigend war. Es folgte die Wahl der Ortsverwaltung, die folgendes Ergebnis hatte: Otto Pönke erster, Richter zweiter Bevollmächtigter, Kubert erster und Moskopp 2. Kassirer (und Bibliothekverwalter), Wesper Schriftführer, Martin und Schert Revisoren. Nachdem Kollege Kubert mitgetheilt hatte, daß er von der Generalkommission Flugblätter erhalten habe und um deren möglichste Verbreitung ersuchte, wurde auf Antrag Sander beschlossen, in diesem Jahre ein Stiftungsfest abzuhalten, und zu diesem Zweck eine Kommission gewählt.

Der Verein Berliner Droschkenfahrer hielt am 24. d. im „Keller'schen Lokale“ in der Kopenstraße seine ordentliche Generalversammlung ab. Dem vom Vorsitzenden Knüttler gegebenen Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre dem Verein 185 Kollegen neu beigetreten sind. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 860. Der Stellennachweis des Vereins konnte keine rege Thätigkeit entfalten; von 135 gemeldeten Stellen sind noch nicht die Hälfte besetzt worden, was auf die verschiedenen Stellenvermittlungen in den Schanlokalen zurückzuführen wird. Das Vereinsbureau ist seit dem 1. Juli vor. J. nur noch mit einem Beamten und dem Vorsitzenden besetzt. Dadurch wird dem Verein eine bedeutende Ausgabe erspart. An Fundsachen sind im ganzen 1684 zur Einlieferung gelangt. Davon wurden 788 reklamirt. Für den Verein ist, alle Auslagen abgerechnet, an den Fundsachen ein Gewinn von 287,90 M. erzielt worden. Schriftstücke verschiedener Art gingen 1729 Stück ab. Das Vereinsvermögen beträgt 3063,15 M. Der Verein ist für das fahrende Publikum sowohl wie auch für Mitglieder und Nichtmitglieder fast unentbehrlich geworden. Schütte erklärte namens der Revisoren Bücher und Belege für richtig, worauf der Vorstand einstimmig entlastet wurde. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Knüttler erster Vorsitzender; Hanisch zweiter Vorsitzender; A. Dentschel Rentant; A. Becker zweiter Rentant; E. Kranz, erster Schriftführer; Lüdike zweiter Schriftführer; A. Schulz, G. Albrecht und Steffen Beisitzer. Revisoren wurden Vollenndorf, Meyen und A. Schulz. Vom Vereinsmitgliede Fuhrherrn Kulnig war beantragt, daß auch Fuhrherren, die dem Verein als Mitglieder angehören, in den Vorstand gewählt werden können. Dieser Antrag wurde nach längerer Berathung mit Stimmenmehrheit abgelehnt, um der Möglichkeit vorzubeugen, daß der Verein etwa in die Hände der Fuhrherren gelangt. (Zu bemerken ist jedoch, daß Mitglieder, die dem Verein als Anlicher beigetreten und erst später selbstständig wurden, in den Vorstand wählbar sind.) Kulnig beantragte ferner eine Abänderung des § 3 des Rechtschutzes-Reglements dahingehend, daß der Rechtschutz seitens eines Mitgliedes nicht beansprucht werden dürfe, wenn durch Thatsachen die Schuld des Mitgliedes unzweifelhaft erwiesen ist. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Angenommen dagegen wurde ein Antrag Schreiber, die im § 4 des Rechtschutzes-Reglements vorgesehene Karenzzeit von 6 Monaten auf 1 Jahr zu erhöhen, sowie der Antrag Kranz, daß bei Stellung eines Antrages auf Gewährung von Rechtschutz das betreffende Mitglied nicht länger als 3 Monate mit seinen Mitgliedsbeiträgen rückständig sein darf. Das Gehalt des Bureaubeamten wurde um 12 M. erhöht. Der Vorsitzende verzichtete zu gunsten des Vereins auf eine Gehaltserhöhung.

Der Verein aller in Schriftstellerschulen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage, wie die im Gewerbe der Schriftstellerschulen vorhandenen Missstände zu beseitigen seien und was der Verein gegenüber der ungenügenden Beschäftigung seiner Mitglieder und der übermäßigen Einstellung von Lehrlingen zu thun gedente. Der Vorsitzende theilte zunächst mit, daß die Differenzen in der Reichsoldschen Offizin, nachdem der Betrieb kurze Zeit geruht hat, durch das Eintreten des Gesamtpersonals zu gunsten der Arbeiter beigelegt worden sind, und führte dann weiter aus: Die im letzten Jahre immer angestiegenen gewordenen gewerblichen Missstände bedürften dringlich der Abhilfe. So sei die Entlohnung für gleiche Positionen in den Offizinen ganz verschieden, da ein einheitlicher Tarif nicht existire. Vor allem müsse eine gleichmäßige Arbeitszeit für alle Arbeiter geschaffen werden. Zur Zeit werde ein Theil der Arbeiter nur 4 bis 5 Stunden pro Tag beschäftigt, während der geistigere Theil dauernd volle Arbeitszeit hätte. Die verschiedene Arbeitszeit könne nur durch gleichmäßige Arbeitsverlängerung, vielleicht auf acht Stunden regulirt werden. Die technische Entwicklung habe die Produktion im Gewerbe völlig umgestaltet, dem müsse durch eine allgemeine Tarifrevision Rechnung getragen werden. Die gegenwärtige günstige Geschäftslage sei zu einem Vorgehen am geeignetsten. In der Diskussion äußerten sich die weissen Redner in ähnlichem Sinne. An den Komplexmaschinen und bei den Messinglinien-Arbeiten wären die verschiedenen Tarife die Ursache zu Streitigkeiten. Nur die im gewissen Maße fehlenden Arbeiter und Arbeiterinnen blieben davon verschont. Der Verdienst einzelner Arbeiter sei auf 12







